

106. Sitzung

am Freitag, dem 5. November 1993, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7149	Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge (Drs. 12/13231)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Schmid Albert, König u. Frakt. SPD betr. Europäische Vereinigung (Drs. 12/13238)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Fleischer, Lödermann u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Tierversuchsvorhaben (Drs. 12/13232)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Prof. Dr. Doeblin, Freiherr von Gumpfenberg u. Frakt. FDP betr. Europäische Vereinigung (Drs. 12/13256)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Fleischer, Lödermann, Rieger, Kellner u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Genehmigung und Förderung von Anlagen zur biologischen Restmüllbehandlung (Drs. 12/13233)	
Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD)	7150, 7170	Dringlichkeitsantrag der Abg. Schmid Georg, Bauereisen, Maurer u.a. CSU betr. Schweinepest (Drs. 12/13236)	
Prof. Dr. Doeblin (FDP)	7154, 7177	Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Schmid Albert, Starzmann, Dr. Baumann u.a. u. Frakt. SPD betr. Schweinepest in Bayern (Drs. 12/13237)	
Ministerpräsident Dr. Stoiber	7157	Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Schmid Albert, Dr. Kaiser Heinz, Naumann u. Frakt. SPD betr. DASA – Standorte in Bayern (Drs. 12/13239)	
Frau Rieger (DIE GRÜNEN)	7166, 7171	Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück Alois, Dr. Bernhard, Michl u. Frakt. CSU betr. DASA – Erhalt des Werkes Neuaubing (Drs. 12/13253)	
Glück Alois (CSU)	7168	Fünfundsiebzig Jahre Freistaat Bayern	
Frau Würdinger (CSU)	7170	Präsident Dr. Vorndran	7187
Freiherr von Gumpfenberg (FDP)	7172	Schluß der Sitzung	7188
Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN)	7174		
Staatsminister Dr. Goppel	7175		
Müller Herbert (SPD)	7176		
Beschluß	7178		
Erklärung betr. HIV-infizierte Blutspenden			
Staatsminister Dr. Gebhard Glück	7178		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Schmid Albert, Haas u. Frakt. SPD betr. Aufarbeitung des HIV-Skandals in Bayern (Drs. 12/13241)			
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück Alois, Kobler, Fischer Anneliese, Michl u. Frakt. CSU betr. Sofortmaßnahmen zur Sicherheit von Blut und Blutprodukten (Drs. 12/13242)			
Müller Karl Heinz (SPD)	7184		
Kobler (CSU)	7185		
Frau Scheel (DIE GRÜNEN)	7186		
Prof. Dr. Doeblin (FDP)	7187		
Beschluß	7187		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Schmid Albert, Müller Karl Heinz u. Frakt. SPD betr. Kürzungen im Zivildienst (Drs. 12/13230)			
Dringlichkeitsantrag der Abg. Paulig, Köhler, Schramm, Rieger u. Frakt. DIE GRÜNEN betr.			

(Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Hiersemann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche allseits einen wunderschönen guten Morgen. Ich eröffne die 106. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

(Zweiter Vizepräsident Hiersemann)

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, ZDF, Bayern Aktuell, Bayerisches Lokalradio sowie Pressephotographen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Europadebatte und die Regierungserklärung mit Aussprache unmittelbar.

Der Ältestenrat ist übereingekommen, die beiden Dringlichkeitsanträge zur Europapolitik heute zu Beginn dieser Sitzung um 9 Uhr aufzurufen.

Ich rufe daher auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Schmid Albert, König und Fraktion SPD betreffend Europäische Vereinigung (Drucksache 12/13238)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Doeblin, Freiherr von Gumpenberg und Fraktion FDP betreffend Europäische Vereinigung (Drucksache 12/13256)

Über beide Anträge wird heute im Plenum abgestimmt. Es gilt die übliche Redezeitregelung der Geschäftsordnung. Die SPD-Fraktion hat für ihren Fraktionsvorsitzenden um Redezeitverlängerung gebeten. Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion wird vom Fraktionsvorsitzenden begründet. Bitte, Herr Kollege Dr. Schmid, Sie haben das Wort.

Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Innerhalb von zwei Wochen diskutieren wir zum zweiten Mal über Grundlagen der Europapolitik. Mit Rücksicht auf den Herrn Ministerpräsidenten haben wir die für 11 Uhr vorgesehene Debatte bereits auf 9 Uhr vorverlegt, und es ist heute so wie vor 14 Tagen: Es liegt wohl auch an dieser Zeit, daß sich das europapolitische Interesse leider in Grenzen hält.

Meine Damen und Herren, ich halte es für gut, daß wir das Parlament, den Bayerischen Landtag, verstärkt zum Ort der europapolitischen Erörterung und Auseinandersetzung machen. Wir alle beklagen, daß bis zum Vertrag von Maastricht die europapolitische Diskussion überwiegend eine Insiderdiskussion war und überwiegend eurokratische Züge trug.

Wir haben am Freitag, dem 22. Oktober, auf der Basis einer gemeinsamen Entschliebung diskutiert, und, meine Damen und Herren, ich frage Sie und uns schon, was es für einen Sinn macht, wenn wir als SPD-Fraktion, als CSU-Fraktion, als FDP-Fraktion am 22. Oktober eine Entschliebung zur Europapolitik verabschieden und sich am 2. November der der CSU-Fraktion angehörende Ministerpräsident von den Grundzügen dieser Entschliebung verabschiedet.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

In dieser Entschliebung haben wir in den beiden letzten Absätzen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir für die weitere Integration Europas eintreten, daß wir die weitere Vertiefung der Integration haben

wollen und für eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft sind. Damit ist klar zum Ausdruck gebracht worden, was unser landespolitischer Wille in Sachen Europa ist.

Es ist pikant, lieber Herr Kollege Glück, wenn ich mir das an dieser Stelle zu sagen erlauben darf, daß der Entwurf für diese Entschliebung vom Vorsitzenden der CSU-Fraktion stammt und daß sich jetzt der Ministerpräsident inhaltlich davon distanziert.

Herr Glück, Sie haben heute in einem Interview der „Nürnberger Nachrichten“ ebenfalls auf die Kontinuität in der Europapolitik verwiesen.

(Zuruf von der SPD: Alles Schall und Rauch!)

Sie haben erklärt – heute früh in den „Nürnberger Nachrichten“ nachzulesen –: Es gibt bei uns keinen Abschied von der Europapolitik von Adenauer oder Strauß. – Herr Glück, ich bin gespannt, wie Sie dann das einordnen, was der Ministerpräsident gesagt hat, der sich ja mit einem bewußten Bruch mit der Tradition Adenauers, Strauß' und Kohls in der Europapolitik profiliert.

Herr Glück, Sie sprechen in diesem Interview heute auch davon, daß es keine große Kursänderung der CSU gebe, allerdings eine Akzentverschiebung. Meine Damen und Herren, der Vorsitzende der CSU und Bundesfinanzminister hat gestern noch einmal sehr deutlich hier in München erklärt, daß sich Bayern für die Verwirklichung der europäischen Ziele einsetzen müsse. Wir stimmen dieser Aussage des Bundesfinanzministers und CSU-Vorsitzenden, der den Maastricht-Vertrag ausgehandelt hat, ausdrücklich zu.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sie haben die Beweislast dafür, warum Sie sich von einer Linie, bei der Sie noch 1991 Waigel in eine Reihe mit Robert Schuman und Alcide De Gasperi gestellt haben, verabschieden, ohne daß Veränderungen in den europapolitischen Rahmenbedingungen erkennbar sind. Das Motiv liegt auf der Hand: Es geht um die tatsächlichen oder vermeintlichen parteitaktischen Interessen der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir meinen, daß Sie sich mit Ihrer bewußten Abkehr von der Linie der großen Europapolitiker der fünfziger und sechziger Jahre – und ich habe Verständnis dafür, daß Sie die anderen der siebziger und achtziger Jahre, die aus unseren Reihen stammten, aus parteipolitischen Gründen nicht genannt haben, Sie hätten mit guten Gründen in diese Reihe auch Willy Brandt und Helmut Schmidt als die Großen der europäischen Integrationspolitik stellen können – dem Vorwurf aussetzen, sich für die Alternative in der Europapolitik entschieden zu haben. Diese Alternative zur europäischen Integrationspolitik heißt Renationalisierung in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Dabei argumentieren Sie unhistorisch, Herr Ministerpräsident. Sie erklären, daß durch die Wiedervereini-

(Dr. Schmid Albert (Regensburg) [SPD])

gung sozusagen die Möglichkeit gegeben sei, auf die europäische Integration wenn nicht zu verzichten, so diese doch zu verlangsamen. Dabei verkennen Sie, daß Geschäftsgrundlage für die Wiedervereinigung in den Verhandlungen zwei plus vier die Zusage der deutschen Bundesregierung, des Bundeskanzlers war, einen forcierten europäischen Integrationskurs zu steuern.

Meine Damen und Herren, wir hätten in die Zwei-plus-vier-Verhandlungen weder von den Briten – lesen Sie Margaret Thatcher nach! – noch von den Franzosen oder von den Amerikanern – ich rede jetzt nur von unseren westlichen Partnern und hebe nicht auf die russischen ab – die Zustimmung zur Wiedervereinigung bekommen, wenn nicht gleichzeitig eine Art Selbstbindung Deutschlands an und in Europa als eine Grundvoraussetzung anerkannt worden wäre. Wenn Sie jetzt glauben, daß Sie durch die erlangte Wiedervereinigung Chancen hätten, eine stärkere nationale Akzentuierung vorzunehmen, dann meinen wir, daß Sie damit Ängste und Irritationen weit über Deutschland hinaus wecken, die sich zum Schaden unseres Landes, auch des Freistaates Bayern, auswirken werden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Lesen Sie in diesen Tagen, Herr Stoiber, die europäische Presse. Von der holländischen bis zur britischen und italienischen werden diese Äußerungen mit Argwohn in Richtung auf die Gefahr eines Rückfalls in den deutschen Nationalismus kommentiert.

Meine Damen und Herren, die Deutschen sind, wenn wir uns das zu eigen machten, was Sie uns empfehlen, in dem deutschen Wiedervereinigungsprozeß und in dem europäischen Einigungsprozeß wortbrüchig, wenn wir nicht bei unserer forcierten Integrationspolitik bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Die Wiedervereinigung erlaubt uns nicht, die europäischen Integrationsbemühungen zu lockern, sondern verlangt im Gegenteil die Einbindung des wiedervereinigten Deutschlands in ein integriertes Europa.

Herr Stoiber, Sie führen eine zweite Begründung für Ihren Kurswechsel in Richtung auf die Linie von Gauweiler, Manfred Brunner und anderer Europaskeptiker und Europanörgler an. Sie verweisen auf die Exzesse der Brüsseler Bürokratie und brandmarken Bürokratismus und Zentralismus. Dagegen sind wir auch. Wir wollen nicht, daß zu zwölf nationalen bürokratischen Großorganisationen eine dreizehnte übernationale Großorganisation hinzutritt. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Bürokratiediskussion setzen Sie sich in Widerspruch zu dem, was sie im Lande selber betreiben. Der Freistaat Bayern hat 800 Ministerialbeamte mehr als das etwa gleichgroße Baden-Württemberg. Wir haben hier extrem zentralistische Strukturen, die von der Brüsseler Behörde, die den Umfang der

Stadtverwaltung von Köln hat, überschritten wurde. Bei 800 Ministerialbeamten mehr können Sie den europäischen Bürokratismus nicht beklagen, wenn Sie nicht selber etwas tun, um den Bürokratismus abzubauen.

(Beifall bei der SPD und FDP)

Wir wollen, daß diese Stellen und Aufgabengebiete aus den Ministerien heraus auf die Mittelbehörden verlagert werden und auf die Ebenen darunter, auf die kreisfreien Städte und auf die Landratsebene.

Ein Weiteres, Herr Ministerpräsident: Sie beklagen die Regelungswut in Europa. Vielleicht haben Sie gestern aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zur Kenntnis genommen, daß auf Wunsch des Freistaates Bayern eine EG-Norm über die Sitze von Traktoren verlangt wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und FDP)

Da sind Ihre Beispiele, Herr Ministerpräsident, sehr eindrucksvoll, die Sie vor 14 Tagen genannt haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dies widerlegen könnten, und wäre glücklich darüber, wenn sich das als Ente erweisen würde; aber ich habe hier Vertrauen zu der Seriosität der Recherchen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Herr Ministerpräsident, Sie rügen die Regelungswut in Brüssel. Ich empfehle Ihnen, das Ministerialblatt vom 27. Oktober 1993 in die Hand zu nehmen. Darin lesen Sie:

Einführung technischer Baubestimmungen, Spritzbeton, Herstellung und Güteüberwachung, Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 30. September 1993; Antennendrahtwerke aus Stahl, Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 30. September 1993; Schornsteine aus Stahl, Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 30. September 1993; Ergänzungsbestimmungen zu der Norm DIN 4227, Teil 1, Spannbetonbauteile aus Normalbeton mit beschränkter und voller Bespannung, 30. September 1993

und ähnliches mehr.

Meine Damen und Herren, wir halten es für nicht ehrlich, im Gegenteil, wir halten es für pharisäerhaft, die Regelungswut in Brüssel anzuklagen und selbst eine solche Regelungsdichte herbeizuführen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen jetzt nur dieses bayerische Ministerialblatt vorgelesen. Ich könnte noch mehr machen, ich könnte ihnen die seinerzeitige Dienstanweisung im Zusammenhag mit der Frage der Entgegennahme von Zuwendungen an Angehörige des öffentlichen Dienstes vorlesen.

Wir dürfen uns hier nicht widersprüchlich verhalten und quasi sagen: Populistisch kritisieren wir alles, was man in Brüssel macht, dagegen können wir

(Dr. Schmid Albert (Regensburg) [SPD])

nichts machen, aber dafür regeln wir im eigenen Land jedes Detail bis in die kleinste Kleinigkeit. Dann kommen sie mit der Bauordnung daher und wollen die Regelungsdichte auflockern und den Prüflingen mehr Spielräume schaffen. Das ist doch Firlefanz, wenn Sie von vornherein durch alle diese Details die Spielräume auf Null reduzieren.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, Sie reden nicht mehr vom Europa der Regionen – das fällt auf – im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger. Das ist auch gar nicht verwunderlich, weil die Staatsregierung unter Ihrer Führung keinerlei Anstrengungen unternimmt, um unseren Freistaat zu regionalisieren und zu dezentralisieren.

(Beifall bei der SPD)

Da müssen wir unsere Hausaufgaben erfüllen; dann können wir auch mit Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit parallel unsere Forderungen an die Adresse Brüssels richten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie nun dies als einen Grund nehmen, wegen der Überbürokratisierung und Bevormundung einen Austritt aus der europäischen Gemeinschaft zu reklamieren, dann bitte ich Sie zu überlegen, was die bayerischen Bezirke und Gemeinden erst an Überlegungen anstellen müßten angesichts der Regelungsdichte, die wir in Bayern haben. Ich hoffe, es kommt keiner von ihnen auf die Schnapsidee, auf die Sie gekommen sind mit der Austrittsüberlegung, begründet durch Bürokratisierung und Bevormundung. Das ist nicht seriös.

Den wahren Grund nennen Sie im letzten Absatz des Interviews, wo es um die Interessenlage der CSU geht. Da habe ich das Gefühl, daß hier, wie es auch Parteifreunde in der CSU empfinden, die Sorge um das Europawahlergebnis vom Juni 1994 Pate steht und natürlich die Frage, ob die CSU die 5-Prozent-Hürde im wiedervereinigten Deutschland überspringt. Ich habe Verständnis in einer Parteiendemokratie, daß sich führende Politiker auch ihrer Parteiloyalität bewußt sind. Aber der Ministerpräsident eines Landes schuldet seine erste Loyalität dem Freistaat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich, Herr Ministerpräsident, an die Diskussion erinnern, die wir in der Asylrechtsfrage gehabt haben. In der Asylrechtsdiskussion wurden Töne aus Ihrem politischen Lager angeschlagen, die den Grad der Zustimmung für die sogenannten Republikaner in Bayern weit über den Durchschnitt anderer Länder und des Bundes insgesamt haben ansteigen lassen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir hatten 1992 zweistellige Umfrageergebnisse für die sogenannten Republikaner. In der Art, in der die Asylrechtsdiskussion geführt wurde, wurde die Hemmschwelle gesenkt. Aufgrund der Asylrechtseinstimmung ist der Grad der Zustimmung für die sogenannten Republikaner – Gott sei Dank – wieder ein-

stellig, und ich wünschte mir, daß sie die 5-Prozent-Hürde nächstes Jahr nicht überschreiten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

– Das wünschen wir uns, meine Damen und Herren! Uns geht das staatspolitische Interesse am Nichterscheinen der Republikaner über irgendwelche parteitaktischen Kalküle, mit aller Entschiedenheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Lieber bleibt die SPD in der Opposition, gewinnt erheblich dazu und hält die Republikaner draußen, als daß sie parteipolitischer Profiteur des Erscheinens der Republikaner im Bayerischen Landtag wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind doch nicht so wie Sie; diese ganze Reihe verhinderter Staatssekretäre und Minister, deren Lebensglück von einem Pöstchen da droben auf der Regierungsbank abhängt.

(Beifall bei der SPD – Oh! oh! bei der CSU)

Was Sie hier präsentiert haben, war doch das letzte Aufgebot. Wir lassen uns nicht von parteitaktischen Überlegungen bestimmen,

(Abg. Freiherr von Gumppenberg: Sondern allein von der Vernunft!)

sondern wir sagen: Es darf nicht durch Europa-Nörgelei und unbegründeten Europa-Skeptizismus Wasser auf die Mühlen derer fließen, die sich rechts am Rande des politischen Spektrums bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, da Sie sich in den ersten Monaten Ihrer Amtszeit sehr zurückhaltend, wenn überhaupt zu Asylrechtsfragen und zu Fragen der inneren Sicherheit geäußert haben, hatte ich den Eindruck, als hätten Sie die Konsequenzen aus den Erfahrungen der Jahre 1991 und 1992 gezogen. Bis zum Erscheinen des Interviews, das wohl nur den Sinn hat, die parteipolitische Position der CSU so zu profilieren, daß am Ende der Grad der Zustimmung für die Republikaner abnimmt, hatte ich gehofft, daß Sie nicht durch eine falsche Intonierung das Geschäft anderer besorgen. Nun ist aber das Gegenteil der Fall: Sie werden die Hemmschwellen senken und damit noch mehr Zustimmung für neonationalistische Positionen bei den sogenannten Republikanern herbeiführen.

Herr Ministerpräsident, ich verstehe nicht, warum auf Ihrer Seite Europapolitik nur in der Konstellation Bayern, Länder, Brüssel diskutiert wird. Wir wären sofort auf Ihrer Seite – das gebe ich Ihnen und anderen zu bedenken –, wenn wir einen Konsens dahin gehend fänden, künftig gemeinsam dafür einzutreten, daß allenfalls nationale Kompetenzen, aber nicht Länderkompetenzen auf Europa übertragen werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darauf verständigten, würde sich der Konflikt auf das Verhältnis zwischen Brüssel, Europa und Bonn beschränken. Dann würde eine Entwicklung eintreten – das sage ich auch im 75. Jahr des

(Dr. Schmid Albert (Regensburg) [SPD])

Freistaates Bayern –, in der das Land als europäische Region in seiner Beziehung zu Brüssel bzw. zu Europa seinen Stellenwert und sein Gewicht heben könnte. Darin läge eine Chance für die föderale Struktur, in der die Länder aufgewertet würden, was zugegebenermaßen zu Lasten der bundesstaatlichen Ebene, sprich zu Lasten Bonns, ginge. Deshalb sollten wir uns überlegen, ob wir nicht unsere Länderinteressen folgendermaßen definieren wollen: Unsere bildungspolitische und kulturpolitischen Zuständigkeiten sind für Brüssel tabu, zur Disposition steht allenfalls das, was auf nationaler Ebene in Bonn geregelt wird; nur dies darf übernational auf europäischer Ebene geregelt werden. Darin läge eine Chance für die Länder.

Meine Damen und Herren, ich habe es zwar schon vor 14 Tagen gesagt, muß es aber noch einmal wiederholen: Die Diskussion über Bundesstaat, Staatenbund, Staatenverbund und ähnliches ist eine Diskussion in den Kategorien des 19. Jahrhunderts.

(Abg. Dr. Matschl: Staaten v e r b u n d ist etwas Neues!)

Wir sind der Meinung, daß die europäische Entwicklung einen ganz eigenen Weg gehen wird, das heißt, es wird ein Einigungsprozeß ganz eigener Art, bei dem uns diese Kategorien nicht weiterhelfen. Die politische Alternative heißt nicht Bundesstaat, Staatenbund oder Staatenverbund, sondern die politische Alternative heißt Integration in Europa, Vertiefung der Einheit Europas oder Renationalisierung. Zwischen diesen Alternativen haben wir zu wählen – und nicht zwischen staatsrechtlichen Kategorien.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, im übrigen ist der Einigungsprozeß weiter fortgeschritten, als sich mancher Landespolitiker vorstellen kann. Die Wirtschaft hat den europäischen Einigungsprozeß vorangetrieben. Auch die bayerische Wirtschaft lebt zu einem großen Teil von den Vorteilen einer zunehmenden Integration. Der Wirtschaftsstandort Bayern braucht einheitliche Normen, um den Warenaustausch in Europa durchführen zu können, und Sicherheit der Rahmenbedingungen. Wenn Sie die wirtschaftlichen Interessen Bayerns wohlverstanden vertreten, müssen Sie die Exportchancen Bayerns – 60% der bayerischen Exporte gehen in andere europäische Länder – fördern, indem Sie dafür sorgen, daß sich die Fakturierenden an europaeinheitliche Normen halten können.

Im übrigen waren auch im 19. Jahrhundert, worauf Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrem Interview eingegangen sind, Zollunionen die Vorläufer späterer politischer Unionen und staatsrechtlicher Einheiten. Historische Modelle suchen sich ihren eigenen Weg. Zwar haben Sie auch noch das Jahr 1871 und den König Ludwig bemüht, nur sind das die schlechtesten Beispiele, die Ihnen einfallen konnten, denn damals hat sich Bayern über den Tisch ziehen und sich für ein paar Millionen Gulden von den Preußen kaufen lassen.

(Abg. Freiherr von Gumpenberg: Stimmt ja gar nicht!)

Hätten wir schon damals bayerische Chancen im Zuge des deutschen Einigungsprozesses eigenständig definiert, wäre es nicht zu der jahrzehntelangen preußischen Vorherrschaft im Deutschen Reich gekommen. Deshalb sage ich Ihnen jetzt: Sie machen einen historischen Fehler, wenn Sie der Europa-Nörgelei anderer mit der Autorität Ihres Amtes als Ministerpräsident das Wort reden, anstatt der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Gesellschaft insgesamt Chancen, Möglichkeiten und Aufträge innerhalb Europas positiv zu vermitteln.

Herr Ministerpräsident, was Sie gesagt haben, wird die europäische Entwicklung kaum beeinflussen. Es wird nur das Ansehen Deutschlands beeinflussen und den innerparteilichen Konflikt in Ihrer Partei zuspitzen, wonach Sie ein Bedürfnis haben mögen, da Ihnen vor Ihrer Berufung zum Ministerpräsidenten die bundespolitische Kompetenz versagt wurde. Nach dieser Kapitulationserklärung wählen Sie nun eine europapolitische Ausflucht.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Das Ganze eignet sich aber bestenfalls für den parteipolitischen Hausgebrauch. Ich fürchte, daß Manfred Brunner, Peter Gauweiler, Herr Schönhuber und andere vor dem Hintergrund der von Ihnen gegebenen Stichworte ihre europapolitischen Aversionen noch sehr viel deutlicher als bisher intonieren werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD –
Abg. Diethel: Eine Ungeheuerlichkeit! –
Weitere lebhaftes Zurufe von der CSU)

Damit leisten Sie einen weiteren Beitrag zu dem, was Sie sich nach der Münchener Oberbürgermeisterwahl vorgenommen haben, nämlich rechts von der Mitte Wähler zu suchen und Wahlentscheidungen herbeizuführen. Genau das hatten Sie sich in Kreuth bereits im Januar vorgenommen und dann auch in Banz bei Ihrer Klausurtagung. Dabei handelt es sich nicht nur um politologische Feuilletons des Herrn Baring, den Sie damals als Berater hatten, sondern Sie haben daraus politische Schlußfolgerungen gezogen. Diese Kurskorrektur, dieser Bruch mit der bisherigen Europapolitik ist nach meinem Dafürhalten eine erste Schlußfolgerung aus der neuen strategischen Platzierung rechts von der Mitte. Dies wird Sie einholen, meine Damen und Herren.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft für Bayern und für die Interessen Bayerns nutzen; wir wollen, daß die Europapolitik zu einer herausragenden landespolitischen Aufgabe gemacht wird, daß der zuständige Minister und daß die zuständigen Ausschüsse hier im Parlament eine herausragende Funktion wahrnehmen, daß das, was in Europa, in Brüssel geschieht, qua Frühwarnsystem und auf diesen Wegen schnellstmöglich vermittelt wird, um dagegen zu halten, wo es Übertreibungen gibt und wo bayerische Interessen negativ betroffen sind.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft für Bayern nutzen; wir wollen die Europäische Gemeinschaft re-

(Dr. Schmid Albert (Regensburg) [SPD])

formieren. Wir wollen, daß die zentralistischen Strukturen, die sich dort in einer Großbehörde manifestieren, aufgeweicht werden. Aber das geht nur – und ich hätte erwartet, Herr Ministerpräsident, daß Sie das wenigstens als eine Forderung aufnehmen – durch die Erfüllung einer zentralen Forderung: indem die Rechte des europäischen Parlamentes gedehnt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der einzige politische Weg. Kein bayerischer Ministerpräsident hat die Statur, den europäischen Prozeß wirkungsvoll zu korrigieren. Das müssen Parlamente machen, so wie das auch die Parlamente im 19. Jahrhundert geschafft haben.

Wir sagen: Staat Europa-Nörgelei, statt Europa-Skeptizismus brauchen wir europapolitischen Realismus, der unsere Interessen verantwortlich vertritt, der die Europapolitik in historischen Dimensionen einordnet, der die ökonomischen Chancen, die bei allen Risiken überwiegen, in den Vordergrund rückt. Wir sind gegen ein Europa der Kleinmütigkeit; wir sind gegen ein Europa provinzieller Bedenkenträger. Wir sind für ein Europa und für eine Europapolitik, die nicht nach dem Motto des französischen Staatsmanns Talleyrand verläuft, der gesagt hat: Da vorne läuft mein Volk, ich bin sein Führer, ich muß ihm nach. Einen solchen Populismus, Herr Ministerpräsident, wollen wir nicht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Hiersemann: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Schmid. Das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrags seiner Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende der FDP. Bitte, Herr Professor Dr. Doeblin.

Prof. Dr. Doeblin (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines erregenden politischen Experimentes. Dieses erregende politische Experiment wird von der CSU durchgeführt; es besteht darin, daß in diesen Tagen und Wochen jeder alles und das Gegenteil von allem sagt. Das Ziel ist, damit möglichst viele Wähler zu gewinnen.

Am 1. November steht im „Handelsblatt“ die Feststellung von Herrn Waigel:

Eurowährung knüpft an die Tradition der DM an.

Dann fährt er fort:

Dies bestätigt die Haltung der Bundesregierung. Die Vereinbarungen zur Wirtschafts- und Währungsunion stellen ein in sich geschlossenes und tragfähiges Konzept für eine echte und dauerhafte Stabilitätsgemeinschaft dar. Nach der Entscheidung von Karlsruhe muß es jetzt darum gehen, den Konvergenzprozeß, so wie er im Vertrag angelegt ist, überall in Europa energisch voranzutreiben.

Man will die schnelle europäische Einigung. Am 2. November stand in der „Süddeutschen Zeitung“ die Äußerung von Herrn Stoiber:

Es gab einmal eine europäische Bewegung in Deutschland ... das ist vorbei.

Er spricht davon, daß er den Integrationsprozeß verlangsamen will. Er gibt sich empört: „Hier soll ein Bundesstaat geschaffen werden, wir sind dagegen.“

Heute steht in der „Süddeutschen Zeitung“, daß sich die CDU, die er ja auch vereinnahmt hat, in der Europapolitik jetzt gewendet hat:

CDU nennt Stoibers Äußerungen zur EG irritierend.

In der diplomatischen Sprache unter Parteifreunden heißt das: kompletter Unsinn.

(Abg. Kolo: Der spinnt, heißt das!)

Waigel sagt: Auch für Bayern gibt es keine Alternative zu Europa. Ich zitiere:

Der CSU-Chef wandte sich gegen den Vorwurf „unkritischer Europagläubigkeit“. Zentralismus und Bürokratismus könne „weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene hingenommen werden“. Es gehe „nicht um die Überwindung von Nationen, sondern um die Überwindung eines kleingestrickten Nationalismus“.

Ohrfeigen für Herrn Stoiber, via „Süddeutsche Zeitung“ über die Bande gespielt.

In der „Landshuter Zeitung“ lesen wir sogar, daß der ehemalige Europaabgeordnete Günther Müller – wohlgermerkt ein CSU-Abgeordneter – der CSU empfiehlt, konsequenterweise doch nicht zur Europawahl anzutreten. Welche Spiralen, welche Phantasien dort plötzlich freigesetzt werden, die doch im Grunde die Glaubwürdigkeit der CSU in der Europapolitik pulverisieren und zunichte machen! Natürlich wollen Sie die Wählerstimmen für die Europawahl maximieren; Sie wollen sich retten. Sie wollen Ihre Existenz als Partei im Europäischen Parlament retten – das wissen wir alle –, und Sie glauben, daß jeder Bürger irgendwo seine Meinung im Potpourri der CSU-Europapolitik wiederfindet.

(Beifall bei der FDP)

Montag sagt der eine das, Dienstag sagt der nächste das, und so geht das die ganze Woche über, sogar noch mit Schattierungen zwischen vormittags und nachmittags.

(Frau Abg. Hiersemenzel: Das war unter Strauß genauso!)

– Das war unter Strauß genauso, aber irgendwie klang es bei ihm professioneller. Die CSU versucht, sich in ihrer Europapolitik maritime Erfahrungen zunutze zu machen. Das Motto heißt: Mit voller Kraft im Kreise drehen.

Meine Damen und Herren, es gibt Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten an den Bundeskanzler, ein Schreiben vom August. Ich muß eines sa-

(Prof. Dr. Doeblin [FDP])

gen: Obwohl wir den Inhalt dieses Schreibens wirklich nicht mittragen können, finden wir es mehr als merkwürdig, eigentlich ungehörig, daß Herr Kohl den bayerischen Ministerpräsidenten schon fast drei Monate lang auf eine Antwort warten läßt. Ja, nimmt er ihn denn nicht ernst, meine Damen und Herren? So geht man doch nicht mit einem bayerischen Ministerpräsidenten um!

(Beifall bei der FDP)

Dann heißt es in der „Süddeutschen Zeitung“:

Bundeskanzler Helmut Kohl und die übrigen Mitglieder des Bundeskabinetts messen den Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zur Vereinigung Europas keine übermäßige Bedeutung bei. Regierungssprecher Dieter Vogel

– Kohl selbst redet dazu gar nicht –

sagte in Bonn, zumindest Kohl, wahrscheinlich aber das gesamte Kabinett fänden die Kontroverse „nicht über Gebühr bedeutungsvoll“.

Meine Damen und Herren, so – ich wiederhole das – behandelt man doch keinen bayerischen Ministerpräsidenten.

Herr Stoiber fürchtet eine Aushöhlung der Staatlichkeit von Bund und Ländern. Er sagt – das ist das Schreckensbild, das er an die Wand malt –, in einem Europäischen Bundesstaat käme der Bundesrepublik lediglich die Rolle zu, die Bayern innerhalb der föderalen Ordnung Deutschland jetzt zukommt. Der Freistaat Bayern würde seiner Staatlichkeit völlig entkleidet. – Das hat man von ihm schon anders gehört. Noch in seiner Regierungserklärung vom Oktober sprach er davon:

Der Vertrag von Maastricht hat den Ländern ein starkes Handlungsinstrumentarium gesichert.

Und dann erwähnt er das Subsidiaritätsprinzip in Artikel 3 b,

(Frau Abg. Hiersemenzel: So ist es!)

spricht vom Artikel 46, der den Ländern ein Mitentscheidungsrecht im EG-Ministerrat einräumt, erwähnt lobend den EG-Regionalausschuß und kommt dann – wir nehmen das dankbar zur Kenntnis, denn wir haben dazu auch unseren Beitrag geleistet – auf den Artikel 23 des Grundgesetzes zu sprechen, der ein verfassungsmäßig verbrieftes Mitberatungs- und Mitentscheidungsrecht der Länder in allen für sie wesentlichen politischen Entscheidungen festschreibt.

Letztlich

– sagt Herr Stoiber –

hat der Vertrag von Maastricht in der Bundesrepublik Deutschland die Mitwirkung der Länder gestärkt wie zuvor kein anderer europäischer Vertrag. Damit wurde nicht nur einer schleichenden Untergrabung der Staatlichkeit der deutschen Länder ein Riegel vorgeschoben; ihr Einfluß und damit

auch der Einfluß Bayerns auf europäische Entscheidungen ist entscheidend gewachsen.

Also, der Vertrag von Maastricht als Wegbereiter des Föderalismus in Deutschland, als Voraussetzung der Stärkung Bayerns, um der „schleichenden Untergrabung“ – mein Gott, wer schleicht hier, wer untergräbt? – der Staatlichkeit der deutschen Länder einen Riegel vorzuschieben.

Als Sie noch Innenminister waren und nicht Ministerpräsident, haben Sie als Mitglied der Verfassungskommission von Bund und Ländern maßgeblich und aktiv an dem neuen Europaartikel des Grundgesetzes, den ich gerade zitiert habe, mitgewirkt. Darin ist die Rede von einer Entwicklung der Europäischen Union, an der die Bundesrepublik Deutschland mitwirkt, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist. Was heißt „föderativ“, wenn es nicht auf eine Art staatlicher Zusammenarbeit auf europäischer Ebene hinzielen soll? Das mögen Sie nicht Bundesstaat nennen wollen, aber es ist eine Form staatlicher Zusammenarbeit. Was heißt „Subsidiarität“? Das heißt doch nichts anderes als Aufgabenbewältigung auf möglichst angemessener Ebene, sei es in den Kommunen, in den Kreisen, in den Ländern, im Bund oder auf europäischer Ebene.

Dann spricht Herr Stoiber in der „Süddeutschen Zeitung“ davon:

Mit der deutschen Wiedervereinigung haben wir nun eine andere Situation.

Ja nun, richtig. Die Wiedervereinigung hat natürlich die Rahmenbedingungen deutscher Politik beeinflusst, hat sie verändert – aber auch in bezug auf die Europapolitik? Das ist doch die Frage. In den Materialien zur Änderung des Grundgesetzes heißt es:

Auf diese Weise

– mit Einführung dieses neuen Grundgesetzartikels 23 –

wird zum einen das im Grundgesetz bereits enthaltene Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zu einer für supranationale Integration offenen Staatlichkeit bekräftigt. Zum anderen wird nach Wiederherstellung der deutschen Einheit der Standort der Bundesrepublik Deutschland als Teil und Mitgestalter der Integrationsgemeinschaft europäischer Demokratien definiert, wie sie sich seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit der Montanunion, später der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und jetzt der Europäischen Union entwickelt hat.

Auf den Punkt gebracht, meine Damen und Herren, heißt dies: Kontinuität der deutschen Europapolitik seit Konrad Adenauer bis zum Vertrag über die Europäische Union und darüber hinaus. Worauf beruht diese Aussage zur Kontinuität? Es darf noch einmal wiederholt werden: auf den Arbeiten der Verfassungskommission mit Edmund Stoiber als maßgeblichem Teilnehmer.

Wie hat sich der Bundesrat, in dem Bayern eine prominente Rolle spielt, im Gesetzgebungsverfahren

(Prof. Dr. Doeblin [FDP])

verhalten? Er hat eine Stellungnahme zur Änderung des Grundgesetzes abgegeben, aber zur Staatszielbestimmung Europa im Artikel 23 hatte der Bundesrat nichts zu bemerken. Er hat Widerspruch zu gewissen Detailpunkten der Grundgesetzänderung angemeldet, aber gerade nicht zur Staatszielbestimmung und der europäischen Ausrichtung.

Meine Damen und Herren, wer wie Herr Stoiber Europa in dieser Weise in Frage stellt, schadet nicht nur fundamentalen deutschen Interessen, er setzt sich auch ab vom Grundgesetz und vom eigenen Tun, das gerade ein Jahr zurückliegt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Nun zu einer bizarren Variante der Argumentation von Herrn Stoiber. Er fordert in diesem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“

eine europäische Regierung mit Zuständigkeiten für die übergreifenden gemeinsamen Bereiche der inneren Sicherheit, Außenpolitik und auch Wirtschaft.

Ja, fällt Ihnen denn nicht auf, daß es in krassem Widerspruch zu Ihrer Absage an den Bundesstaat steht, wenn Sie eine europäische Regierung wollen? Eine europäische Regierung ist nur denkbar, wenn auf europäischer Ebene bundesstaatliche Strukturen geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen gar nicht so weit gehen. Unsere Meinung ist, daß der bisherige Integrationsstand durchaus ausreicht. Gerade in den von Herrn Stoiber selbst angeführten Bereichen, der Außenpolitik, der Zusammenarbeit Justiz und Innerem, war ja die Bereitschaft einiger Mitgliedstaaten, über den im Vertrag zur Europäischen Union erzielten Integrationsstand hinauszugehen, nicht vorhanden. Der Vorschlag, eine europäische Regierung zu schaffen, Herr Stoiber, steht deswegen zur Zeit überhaupt nicht auf der Tagesordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Man könnte daran denken, diesen Vorschlag als einen Beitrag in die Debatte zur Vorbereitung der Revisionskonferenz 1996 einzubringen. Aber vor dem Hintergrund der auch von Ihnen zitierten und kritisierten Angst vor einem europäischen Zentralismus erscheint die Forderung nach einer europäischen Regierung zum jetzigen Zeitpunkt als illusionär und widersprüchlich. Wir gestatten uns, darauf hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, der europäische Integrationsprozeß ist zum Ende hin offen. Wir haben bisher keine Definition des Endzieles des europäischen Integrationsprozesses vorgenommen. Aber es ist klar, daß der Vertrag zur Europäischen Union eine Etappe auf dem Weg zur europäischen Integration ist, keine Endstation.

Ohne daß die Union damit zum Bundesstaat wird, sind allerdings im Maastrichter Vertrag gerade auf deutsche Anregung hin starke föderale Elemente aufgenommen worden, die die künftige Struktur der

Europäischen Union im Sinne einer staatlichen Konzeption festlegen. Derartige, an den deutschen Verfassungserfahrungen orientierte föderale Prinzipien, zu denen übrigens auch Subsidiarität gehört, machen normalerweise auch das Credo von Herrn Stoiber aus.

Wir sehen aber nicht nur in den von Herrn Stoiber genannten Politikbereichen, wie Außenpolitik, teilweise Wirtschaft, Justiz, innere Sicherheit, Gemeinsamkeiten, sondern auch beim Umweltschutz, in der Verkehrspolitik, der Infrastrukturpolitik, der Sozialpolitik. Hier sind die nationalen Regierungen zur Lösung von grenzüberschreitenden Problemen überfordert, und sie sind gefordert, gemeinschaftliche Lösungen zu finden.

Nun gibt es Kritik, die auch Herr Stoiber immer wieder äußert, an diesem sozusagen bürokratischen Überbau Brüssel: Die regeln zu viel, die regulieren zu viel. Nur übersieht er mit seiner Kritik, daß auch hier durch den Maastrichter Vertrag entscheidende Weichenstellungen hin zur Subsidiarität, zu mehr Rechten der Länder, auch der Bundesländer, der Nationalstaaten vorgezeichnet sind und daß eigentlich nur noch in ganz wenigen Fällen Harmonisierungsregeln notwendig sind. Aber die Erfahrung zeigt – das muß man auch deutlich machen –: Die Harmonisierung, die Standardisierung nationaler Regeln auf europäischem Niveau und auf europäischer Ebene geschieht nicht in erster Linie auf Drängen der EG-Kommission, sondern immer wieder, weil die nationalen Regierungen drängen, auch weil im Europaparlament bestimmte politische Richtungen harmonisieren wollen, weil sie keine Vielfalt wollen.

Lassen Sie mich als Beispiel die Bananenmarktordnung nennen: eine absurde Regelung. Jetzt können Sie sagen: Bananen, was interessieren uns Bananen? Wir diskutieren hier über Bundesstaat, Staatenbund, abstrakte große Lösungen. Nein, meine Damen und Herren, der Bürger erfährt Europa im alltäglichen Leben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn jemand auf dem Hauptmarkt in Nürnberg, am Viktualienmarkt in München oder wo auch immer auf Märkten jetzt nur noch kleine und teure französische Bananen kaufen kann, dann empfehle ich diesen Bürgern, die darüber zu Recht empört sind, sich doch einmal an die CSU-Parlamentarier im Europaparlament zu wenden und sie zu fragen, warum sie – anders als die liberale Fraktion – diesem Konzept zugestimmt haben.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Hiersemann: Herr Kollege, ich bitte Sie, für einen Moment zu unterbrechen. – Frau Kollegin König, die Aussprache ist noch nicht eröffnet. Daher kann ich keine Zwischenfragen zulassen. – Sie können fortfahren, Herr Kollege, bitte.

Prof. Dr. Doeblin (FDP): Ich gehe davon aus, daß mich Frau Kollegin König darauf hinweisen möchte, daß es gerade auch Herr Bockfét war, der im Europäi-

(Prof. Dr. Doeblin [FDP])

schen Parlament für diese Regelung stimmen wollte und nun für diese zentralistische, dirigistische, bürokratische Einstellung belohnt wurde, indem er jetzt zum Landwirtschaftsminister des Kabinetts Stoiber gemacht wurde.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, deutlicher kann man doch nicht sagen, wo die politischen Grundlinien der Regierung Stoiber liegen. Ich bedaure das sehr.

(Zurufe von der CSU)

Ich empfehle dem Ministerpräsidenten Stoiber, einmal nachzuschauen, was der Innenminister Stoiber 1990 in einer Darstellung „Die Haltung der bayerischen Staatsregierung zum europäischen Binnenmarkt und zu seinen Auswirkungen auf das Lebensmittelrecht und die Lebensmittelüberwachung“ an Harmonisierungsforderungen aufgestellt hat. Meine Damen und Herren, ich will Sie nicht quälen mit der Schilderung der einzelnen Punkte, wo Herr Stoiber als Innenminister – er ist der Verfasser – harmonisierte Regelungen, Standardisierungen fordert.

Der Höhepunkt der Darstellung kommt dann am Ende: Der Binnenmarkt kann zum Wohle aller Beteiligten nur verwirklicht werden – Stoiber-Ministerium! –, wenn versucht wird, die anstehenden Probleme als Gemeinschaftsaufgaben zu sehen und zu lösen. Hoppla, meine Damen und Herren: Also geht es hier um Standardisierung, Harmonisierung, Vereinheitlichung, nicht um Vielfalt, nicht um Föderalismus, nicht um Subsidiarität. Verfasser: Herr Stoiber.

(Beifall bei der FDP)

Dann sprach gestern Herr Waigel in München die Zinsbesteuerung an. Dazu meldet dpa:

Die Bundesrepublik Deutschland strebt in der zweiten Hälfte 1994 unter deutscher Ratspräsidentschaft eine EG-weite Regelung bei der Zinsbesteuerung an. Dies kündigte Bundesfinanzminister Theo Waigel, CSU, am Donnerstag in München an.

– Vereinheitlichung auch bei der Zinsbesteuerung, meine Damen und Herren. Ich weiß gar nicht, ob das finanzwirtschaftlich so sinnvoll ist, daß wir jede autonome steuerliche Handlung der Mitgliedstaaten der EG nun auch noch vereinheitlichen. Ich frage einmal: Wollen wir denn wirklich alles harmonisieren, standardisieren, vereinheitlichen?

Meine ganz große Bitte an die Kolleginnen und Kollegen von der CSU ist, doch auf ihre Repräsentanten einzuwirken, daß wir die Vielfalt in Europa erhalten und Autonomie und Subsidiarität statt eines Überstaates und statt mehr Bürokratie bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Bitte, unterstützen Sie uns darin.

Meine Damen und Herren, es war immer unstrittig, daß wir in Bayern, in Deutschland, in Europa staatliche Ordnungen bekommen, die freiheitlich-demokra-

tischen Grundstrukturen entsprechen und freiheitlich-liberalen Traditionen verpflichtet sind. Diesen Vorstellungen entspricht der Vertrag von Maastricht. Er schafft keinen zentralistischen Überstaat mit einem demokratischen Überbau in Europa.

Wir würden es begrüßen, wenn es den GRÜNEN und der CSU gelänge, zu einer einheitlichen europapolitischen Linie, wie sie von der Bundesregierung, der FDP und der CDU im Bundestag vorgezeichnet wird, zurückkehren könnten. GRÜNE und CSU sollten erkennen, daß mit populistischen Anti-Maastricht-Lösungen bestenfalls Blumentöpfe, aber keine Wählerstimmen zu gewinnen sind.

(Beifall bei der FDP)

Mit Ihrer Argumentation, Herr Stoiber, rufen Sie Geister, die Sie nicht mehr loswerden.

Die FDP unterstützt weiterhin die Europapolitik der Bundesregierung, wie sie von Bundesaußenminister Genscher vorgezeichnet wurde, wie sie von Bundesaußenminister Kinkel weitergeführt wird und wie sie von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP mitgetragen werden.

Meine Damen und Herren, Europa gewinnen wir mit Mut, Maß und Mitte, aber nicht mit Mittelmaß.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Hiersemann: Vielen Dank, Herr Professor Doeblin. Die Dringlichkeitsanträge sind damit begründet. Ich eröffne die Aussprache. – Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich benutze diese Dringlichkeitsanträge natürlich sehr gern, um erneut auf die europapolitische Position der bayerischen Staatsregierung und auch auf die Probleme hinzuweisen. Denn ich bin in der Tat der Auffassung: Man kann nicht genug darüber reden. In der Vergangenheit ist darüber in der Breite sicherlich viel zuwenig geredet worden.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedaure, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Erklärungen, die ich im Landtag abgegeben habe, in der „Süddeutschen Zeitung“ nur im Bayernteil besondere Aufmerksamkeit gefunden haben. Jedoch freue ich mich, daß dieselbe Erklärung, wenn man sie in einem Interview abgibt, auf die erste Seite kommt und dann auf die Auseinandersetzung eine heilsame Wirkung hat.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Schmid, eine schlichte Frage erfordert eine schlichte Antwort. Zu der schlichten Frage, die Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag stellen, sage ich: Die zitierten Äußerungen von Staatsminister Dr. Goppel gaben und geben natürlich die Haltung der bayerischen Staatsregierung zur europäischen Integration wieder

(Lachen bei der SPD)

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

und entsprechen meiner persönlichen Auffassung.

Um zu dieser Antwort zu kommen, hätte es keines Antrags und schon gar nicht eines Dringlichkeitsantrags bedurft. Die Antwort liegt auf der Hand, wenn man die von mir vor diesem Haus am 22. Oktober 1993 abgegebene Regierungserklärung wirklich zur Kenntnis genommen und das zitierte Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 2. November 1993 tatsächlich gelesen hat und sich nicht lediglich an den Schlagzeilen der Presse orientiert.

Meine Damen, meine Herren, mit dieser Feststellung will ich mich natürlich nicht begnügen, sondern ergreife gern die durch die Dringlichkeitsanträge geschaffene Gelegenheit, meine Aussagen nochmals zu erläutern und dem ständigen Drang zum bewußten Mißverständnis entgegenzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann natürlich eine solche Debatte führen, wie Sie sie geführt haben, indem man eine Position unterstellt und sich dann an dieser Position sozusagen erregt.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es für eine – ich will mich vorsichtig ausdrücken – nicht zutreffende Interpretation, mir etwas zu unterstellen, indem man unzulässigerweise eine Verallgemeinerung vornimmt. Ich hatte gesagt, daß die Konzeption von Adenauer und Strauß zur Erreichung eines Bundesstaates heute von der CSU und der CDU nicht mehr verfolgt wird. Wenn man mir aufgrund dieser Aussage über den Bruch mit einer bestimmten Position einen generellen Bruch mit der Adenauerschen Friedenspolitik unterstellt, dann ist das eine unredliche Interpretation, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sehe das ja auch in der Presselandschaft. In einem Leitartikel hat mir Herr Joffe alle möglichen parteipolitischen Motive unterstellt, obwohl ich gar nicht Parteivorsitzender bin.

(Lachen bei der SPD und der FDP)

Er qualifiziert mich also nicht als Staatsmann. Herr Kremp macht das wieder anders. Herr Riehl fordert mich in der „tz“ geradezu auf, ich müsse natürlich weiterhin Druck machen usw. – Jedenfalls ist das, was Sie tun, kein Druckmachen, sondern bedeutet, Entwicklungen in Europa zu verhindern.

(Beifall bei der CSU)

Mit dieser Politik bejubeln Sie all diese Dinge nur.

Die Staatsregierung hält am Erfordernis der europäischen Einigung fest. Dabei steht sie in klarer Kontinuität mit Adenauer, De Gasperi, Schuman und Strauß.

(Lachen bei der SPD)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr Lachen zeigt, daß Sie im Grunde genommen wiederum

überhaupt nicht an einer inhaltlichen Diskussion der Reform der Politik in Brüssel interessiert sind.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt keine Rede irgendeines Ministerpräsidenten, auch nicht von mir oder von einem Mitglied der Staatsregierung, die nicht die Friedensbezogenheit der Europäischen Gemeinschaft und der europäischen Konstruktion besonders betont und sagt, daß dies einer der größten Erfolge der Nachkriegsgeschichte gewesen ist und wir dafür sorgen müssen, daß es so bleibt. Das Gegenteil zu behaupten wäre doch unredlich.

(Beifall bei der CSU)

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich will das von Anfang an gleich sagen –, stellen sich hierhin und sagen: Der will eine Renationalisierung, der will Maastricht nicht, der will also weg von Europa usw.

(Zuruf von der SPD: Von Waigel!)

– Dann lesen Sie doch bitte. Wenn wir über diese Dinge hier in diesem Hause schon diskutieren, dann lesen Sie doch, was ich gesagt habe.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, lesen Sie es. Sie zitieren es doch völlig falsch. Wenn Sie mir unterstellen, ich wolle keine Integration Europas, dann ist das eine Lüge; denn ich drücke das in dem Interview gleich deutlich aus: Ich will eine Verlangsamung der Integration, aber aus einer Reihe von Gründen keine weitere Beschleunigung.

(Zuruf von der SPD: Den Ausstieg wollen Sie doch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren von der FDP, auch Ihnen muß ich sagen: Es ist mir schleierhaft, wo hier der in Ihrem Antrag unterstellte Dissens mit dem Bundesfinanzminister sein soll. Ich verstehe ihn jedenfalls nicht. Wir vertreten gemeinsam die Auffassung – und ich werde das noch im einzelnen begründen –, daß der Zentralisierungsprozeß in Brüssel jedenfalls entscheidend gehemmt und umgedreht werden muß.

(Beifall bei der CSU)

Darum geht es. Ich sage es noch einmal: Sie bauen einen Popanz auf, indem Sie mein Eintreten für eine langsamere Integration bewußt fehldeuten in eine Abkehr von der Integration. Davon habe ich nie gesprochen.

Es kann doch niemand darüber hinwegtäuschen, auch nicht mit der edelsten und elegantesten Zunge, daß gerade wir Deutschen neben den milliardenschweren Belastungen der deutschen Einheit nicht gleichzeitig neue finanzielle Belastungen der europäischen Integration in gleichem Umfang schultern können wie bisher. Wenn Sie glauben, Sie können das tun, dann wünsche ich ihnen viel Vergnügen, dies der Bevölkerung sehr deutlich zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich spreche das aus, was wir heute an Veränderungen haben. Wir können nicht den Kohäsionsfonds in

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

dieser Weise weiterhin bedienen und gleichzeitig 150 Milliarden DM weiterhin in die deutsche Integration stecken. Wenn Sie meinen, das deutsche Volk wäre belastbar, all dieses, was wir uns konzeptionell überlegt haben, in der Schnelligkeit zu erfüllen, dann werden sie sich täuschen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer – auch dieses ist ja nun eine Frage der vernünftigen Diskussion – in dieser neuen Situation einer zusätzlichen Belastung der Deutschen insgesamt, um ihre Integration zu bewältigen, darin, daß man das anspricht, sofort eine nationalistische oder nationale Überbetonung sieht, dem muß ich sagen: Dann haben Sie ein gestörtes Verhältnis zu unserer nationalen Identität und Möglichkeit.

(Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]: Oh!)

Ich weiß, Herr Kollege Schmid – erlauben Sie mir diese Nebenbemerkung –, Sie haben das angeführt. Ich glaube, daß Sie in der Frage der Asyldebatte wirklich sehr vorsichtig sein sollten. Ich erinnere mich noch, Herr Kollege Schmid, daß mir hier in diesem Hause 1985 und 1986 Debatten geführt haben. Sie oder Ihre Partei haben mir schwerste Vorhaltungen gemacht, weil ich für eine Änderung des Grundgesetzes eingetreten bin,

(Abg. Diethel: So ist es!)

weil ich mit meinen Freunden davon ausgegangen bin,

(Abg. Diethel: Alles vergessen!)

daß nur durch eine Änderung des Grundgesetzes der Mißbrauch einigermaßen eingedämmt werden kann. Heute stellen Sie sich hier hin, Sie, der nach langen Mühen genau das getan hat, was wir gefordert haben, und beschimpfen diejenigen, die das seit Jahren gefordert haben.

(Beifall bei der CSU – Abg. Diethel: Genauso ist es!)

Hätten Sie früher zugestimmt, hätten wir uns einiges ersparen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir erleben doch jetzt denselben Prozeß. Darüber müssen wir diskutieren, wenn Sie es anführen. Ich erinnere mich noch, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was haben Sie dem Innenminister Stoiber alles entgegengehalten, als er unter anderem dafür eingetreten ist, das Grundgesetz zu ändern, um die elektronische Überwachung auch in Wohnungen unter bestimmten Voraussetzungen zu ermöglichen? Es war eine ungeheure Kritik. Es war Geschrei auf Ihrer Seite. Ich gehe davon aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich jetzt sehe, was alles bei Ihnen diskutiert wird, dann werden Sie auf dem Parteitag der SPD sehr wahrscheinlich genau das beschließen, was ich vor Jahren schon gefordert habe

und was auf Ihren erbitterten Widerstand gestoßen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich hoffe nicht, daß wir uns eines Tages darüber Rechenschaft ablegen müssen, ob wir nicht alles getan haben, auch im Interesse unserer Möglichkeiten und unserer Staatlichkeit einen Zentralisierungsprozeß abzuwehren, den hier angeblich niemand will. Aber dann muß man auch was dagegen tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich sage es noch einmal: Gerade weil wir auf die Gemeinschaft setzen, dürfen wir nicht blind sein für Fehlentwicklungen und absurde Regelungen, die auch ein Adenauer nicht gewollt hätte. Von einem EG-Milchsee oder von einem Rindfleischberg, von EG-Badeverboten oder von dem einheitlichen Krümmungsradius für Gurken hat er bestimmt nicht geträumt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sie führen hier den Traktorsitz an; das ist keine bayerische Position, um Ihnen das noch einmal deutlich zu machen. Es gibt keine bayerische Position dieser Art. Es mag sein, daß es ein bayerisches Unternehmen oder einen bayerischen Unternehmer gibt, der in Brüssel, wie das die Wirtschaft insgesamt natürlich tut, nach Vereinheitlichung bestimmter Dinge ruft, die nicht vereinheitlicht werden sollen und nicht vereinheitlicht werden dürfen. Das ist gar keine Frage. Auch solche wirtschaftlichen Überlegungen dürfen nicht allein den Weg bestimmen. Zwar brauchen wir in vielen Bereichen Vereinheitlichung. Aber es ist geradezu lächerlich, Herr Kollege Doeblin, wenn Sie mir hier mit solchen Lächerlichkeiten unterstellen, daß es irgendein solches Schreiben aus dem Innenministerium gibt. Selbstverständlich brauchen wir allerdings gewisse Vereinheitlichungen des Verbraucherschutzes innerhalb des Binnenmarktes.

(Beifall bei der CSU)

Es ist doch lächerlich, mir zu unterstellen, ich wäre dagegen. Ich habe geradezu dafür gekämpft. Die Frage ist nur: Müssen die Regelungen so extrem detailliert sein, wie sie ausgeführt sind? Muß die Frischfleischrichtlinie derartige Auflagen für den einzelnen Metzger machen, wie sie da stehen? Das meine ich nicht. Dagegen müssen wir uns wehren.

(Beifall bei der CSU)

Mit einer solch pauschalierten Diskussion treffen Sie doch überhaupt nicht die Sorgen und Probleme der Menschen, die ganz anders die Dinge empfinden, als oft unsere Sprache es auszudrücken vermag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussion – und da kommen Sie mir nicht so leicht heraus, Herr Kollege Schmid – meines Interviews aufgrund meiner Regierungserklärung mit Herrn Busche und Herrn Prantl, kreist vor allen Dingen um einen Gedanken: Wollen wir einen Bundesstaat Europa, ja oder nein? Das ist mehr als nur eine Spielwiese für Juristen, sondern das ist eine Frage von ganz zentraler Bedeutung. Die dazu in der Auseinandersetzung bezogenen Positionen kommen mir geradezu ge-

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

spenstisch vor, wenn ich von folgenden Fakten ausgehe:

Erstens. Einem Bundesstaat ist das Recht immanent, im Rahmen der Verfassung die Aufgaben aufzugreifen, die ihm regelungsbedürftig erscheinen. Wenn wir einen Bundesstaat Europa bekämen oder hätten, dann würde sozusagen die Gesamtkompetenz, was in Europa geregelt werden soll und wer es regeln soll, ob die Staaten oder die Länder, von Europa aus entschieden werden. Dies ist eine Konzeption, die ich nicht für richtig halte. Deswegen habe ich diese Konzeption auch immer kritisiert.

(Beifall bei der CSU)

In einem Staatenbund oder – wie das Bundesverfassungsgericht meint – in einem Staatenverbund bleiben dagegen die Mitgliedstaaten die Souveräne über die Kompetenzen. Sie teilen dem Staatenverbund konkret einzelne Befugnisse zu. In einem europäischen Bundesstaat würde sich dieses Verhältnis umkehren. Der Bundesstaat Europa wäre von der Kompetenz her der Herr über die Mitgliedstaaten. Aufgrund unserer Erfahrungen in den vergangenen 30 Jahren sehen wir heute klarer, was ein Bundesstaat Europa für unsere bayerische Staatlichkeit bedeuten würde.

Zweitens – auch hier bauen Sie einen Popanz auf, Herr Doebelin –: Der Vertrag von Maastricht, dem Bayern und ich zugestimmt haben, sieht keinen Bundesstaat Europa vor, wie es das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgestellt hat. Ich füge hinzu: Der Vertrag hätte einen solchen Bundesstaat auch nicht vorsehen können, ohne gegen das Grundgesetz zu verstoßen.

Wenn den ehemaligen Außenminister Genscher nun wegen meiner Äußerungen die Sorge umtreibt, es könnten Zweifel an der Berechenbarkeit der Politik des vereinigten Deutschlands entstehen,

(Zuruf von der SPD: In der Tat!)

dann füge ich hinzu: Der Vertrag von Maastricht, den Genscher mit oder entscheidend ausgehandelt hat, hätte die Hürde –

(Zuruf von der SPD: Waigel!)

– Waigel hat die Währungsunion ausgehandelt, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber nicht die Europäische Politische Union.

(Unruhe)

Sie müssen schon ein bißchen differenzieren und sich ein bißchen informieren, wenn Sie in diese Diskussion einsteigen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Vertrag von Maastricht, den Genscher ausgehandelt hat, hätte die Hürde des Bundesverfassungsgerichts nicht genommen, wenn Bayern mit seinem konsequenten Einsatz für den neuen Artikel 23 des Grund-

gesetzes das innerstaatliche Demokratiedefizit nicht mitbeseitigt hätte.

(Beifall bei der CSU)

Wenn sich – und ich halte es mit Verlaub schon für ein gewisses Plagiat, das ich hier deutlich machen will –

(Zuruf von der SPD: Das hat Präsident Mitterrand!)

gerade der Vorsitzende der FDP hier hinstellt und sagt, „mit unserer Hilfe“ sei der Artikel 23 mit der Möglichkeit der Mitwirkung des Bundesrates an künftigen Entscheidungen in Brüssel geschaffen worden, dann muß ich Sie darauf aufmerksam machen, Ihre Partei, Ihr früherer Parteivorsitzender, Ihr heutiger Parteivorsitzender, alles was irgendwie Rang und Namen in der FDP hat, hat sich mit Händen und Füßen in Bonn dagegen gewehrt, unsere Positionen zu übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe leider keine Stimme in der FDP vernommen, die hier für föderale Grundzüge eingetreten ist und die CDU/CSU und auch die SPD in dieser Frage unterstützt hätte. Das muß man der geschichtlichen Wahrheit wegen schon sagen, wenn Sie sich hierherstellen und sich plötzlich mit den Segnungen des Artikels 23 brüsten.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich ist Maastricht – das ist doch gar keine Frage – deswegen eine vernünftige Fortentwicklung, weil es eine ganze Reihe von Verbesserungen schon im Hinblick auf die Subsidiarität mit sich bringt. Maastricht hat auch in Deutschland die Frage endgültig geklärt, was Europa sein soll und was es nicht sein soll und unter welchen Voraussetzungen künftig weitere Zuständigkeiten an Europa übertragen werden.

Drittens. Ein Bundesstaat Europa wird von den Völkern der Mitgliedstaaten weder jetzt noch auf absehbare Zeit gewünscht und akzeptiert. Das haben die ernüchternden Ergebnisse der Volksabstimmungen in Dänemark und in Frankreich oder die Diskussion im Unterhaus deutlich gemacht. Meinungsumfragen in den Mitgliedstaaten und ganz besonders bei uns in Deutschland bestätigen dieses Ergebnis. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein sehr sicheres Gespür dafür, ob sich der Politiker mit Visionen oder mit Realitäten beschäftigt. Die Regierungschefs anderer Mitgliedstaaten sehen das häufig realistischer als manche deutschen Politiker oder Kommentatoren. Der britische Premierminister John Major hat klar erklärt, Europa müsse eine Gemeinschaft der Nationalstaaten sein und bleiben. Aber auch Präsident Mitterrand, der Ihnen vielleicht von dieser Seite näher ist oder etwas unverdächtiger als Zeuge erscheint, hat klargestellt, daß die europäische Integration von den Nationalstaaten ausgeht.

(Zuruf von der SPD: Ausgeht?)

– Sie bleiben als identitätsstiftende und soziale Großverbände noch lange erhalten.

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

Ich frage mich, wenn Sie dem zustimmen, warum Sie dann hier überhaupt so eine Auseinandersetzung führen. Das ist etwas, was mich erstaunt. Ich sage immer wieder, Sie konstruieren eine Mißdeutung

(Zuruf von der SPD: Fragen Sie an bei Goppel!)

und ranken sich dann an dieser Mißdeutung in die Höhe, um hier politische Aktionen vorzuspiegeln.

Meine Damen und Herren, die Erfahrungen, die wir mit den Realitäten der Europäischen Gemeinschaft gemacht haben und täglich machen, bestärken uns darin, den weiteren Schritt hin zu einem Bundesstaat Europa nicht mehr zu verfolgen. Diese Frage habe ich schon angesprochen. Die von der EG ausgehenden bürokratischen und zentralistischen Tendenzen, mit denen wir uns täglich herumschlagen, brauche ich hier nicht nochmals auszubreiten. Ich stelle auch ausdrücklich klar: Wir brauchen diese europäische Gemeinschaft, aber wir müssen sie neu strukturieren.

Viertens. Der Weg zu einem europäischen Bundesstaat ginge in die falsche Richtung. Unsere eigenen Erfahrungen in Deutschland zeigen uns doch, daß mit jeder Zentralisierung notwendigerweise auch eine Bürokratisierung einhergeht. Wir wollen aber auch den Mitgliedstaaten, den Ländern und Regionen ihre eigenständige Gestaltungsmöglichkeit so weit wie möglich erhalten. Gerade Bayern mit seiner über eintausendjährigen Geschichte darf nicht zu einer unselbständigen Verwaltungsprovinz der Europäischen Gemeinschaft herabsinken.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das ist schon ein Unterschied für uns. Wir sind nicht nur eine Region, auch wenn wir für das Europa der Regionen sind, sondern Bayern ist mehr als eine Region. Es hat die eigene Staatlichkeit, die wir in all den Auseinandersetzungen um das Grundgesetz etc. auch in diesem Hohen Hause leidenschaftlich diskutiert haben. Der bayerische Ministerpräsident muß im besonderen auf diese Eigenstaatlichkeit Bayerns auch im weiteren Integrationsprozeß sehr sorgfältig achten, damit nicht später die Geschichte einmal sagt: Im nationalen Bereich haben Sie sie verteidigen können, aber im internationalen Bereich haben Sie die Staatlichkeit Bayerns dann doch letzten Endes um die Jahrhundert- oder Jahrtausendwende nicht mehr halten können. Ich möchte dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, keinen Beitrag leisten. Daß das möglicherweise – auch das sage ich ganz offen – der Generalsekretär der CDU mißversteht oder nicht richtig kennt, sehe ich ihm nach, weil er vielleicht zuwenig bayerische Bezüge hat. Aber vielleicht ist es auch ganz gut so.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens. Die für einen Staat notwendigen tatsächlichen Voraussetzungen – das war der Hintergrund meines Interviews – liegen in Europa nicht vor. Ich verweise auf das Bundesverfassungsgericht, das in seinem Urteil auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer Demokratie hingewiesen hat. Es sagt,

notwendig ist eine ständige freie Auseinandersetzung der sich begegnenden sozialen gesellschaftlichen Kräfte und Ideen, in der sich politische Ziele klären und aus der eine öffentliche Meinung den politischen Willen vorformt. Das haben wir nicht.

Die verfolgten politischen Ziele müssen von Sizilien bis Jütland allgemein sichtbar und verstehbar sein. Glaubt denn jemand im Ernst, diese Voraussetzungen lägen vor? Noch so schöne politische Beschlüsse oder Manifeste könne doch Fakten nicht ersetzen. Lassen Sie mich die Frage einmal anders herum stellen: Glauben wir wirklich, daß ein europäischer Bundesstaat den europäischen Herausforderungen besser gerecht werden würde? – Ich meine, nein.

Statt dessen brauchen wir eine europäische Gemeinschaft bzw. eine europäische politische Union, die endlich die gemeinschaftsweiten Probleme anpackt. Ich denke an eine gemeinsame Außenpolitik, die von den Nationalstaaten auf Europa übertragen wird, an die Bekämpfung grenzüberschreitender organisierter Kriminalität,

(Beifall bei der CSU und der FDP)

an eine gemeinsame Asylpolitik, an die Steuerung der Flüchtlingspolitik, an die Wirtschaftsprobleme und die steigende Arbeitslosigkeit in ganz Europa. 20 Millionen Arbeitslose haben wir in Europa. Die Integration Europas hat jedenfalls bis jetzt das Problem der Arbeitslosigkeit nicht so bewältigen können, wie es der Cechini-Bericht vorgesehen hat. Das heißt also, hier müssen gemeinschaftliche Initiativen ergriffen werden zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA, Japan und Südostasien und zur Einbindung der Völker Osteuropas in eine gesamt-europäische Ordnung, die unseren gemeinsamen Interessen an Frieden und Freiheit gerecht wird.

Dazu sind eine klare Aufgabenabgrenzung und eine Reform der inneren Strukturen der Gemeinschaft erforderlich. Wir werden demnächst dazu auch Vorschläge vorlegen. Das bedeutet keinen Stopp der europäischen Integration, sondern ganz im Gegenteil die Aufforderung, endlich konkrete Europapolitik auf dem großen Feld der gemeinschaftsweiten Probleme zu machen, anstatt sich mit kleingärtnerischen Detailregelungen auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten und Träumereien über eine unrealistische Staatsform zu beschäftigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt mir in diesem Zusammenhang auch schleierhaft, wo die FDP einen Klärungsbedarf im Konvergenzprozeß zur Währungsunion sieht. Ich habe dazu in meiner Regierungserklärung ausgeführt:

Die harte D-Mark kann nicht von einem weichen Ecu abgelöst werden. Eine Aufweichung der Stabilitätskriterien ist mit Deutschland nicht zu machen. Heute sind die meisten Mitgliedstaaten so meilenweit von den Kriterien entfernt, daß meines Erachtens eine gemeinsame Währung in diesem Jahrhundert nicht mehr zu verwirklichen sein wird.

Soweit meine Regierungserklärung.

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Auffassung hat Theo Waigel in seinem Interview im „Handelsblatt“ am 1. November, das Sie zitiert haben, voll bestätigt. Daß er als Bundesfinanzminister, was das Tempo der Entwicklung der Europäischen Währungsunion anlangt, vielleicht eine optimistischere Haltung einnimmt, das ist sein gutes Recht.

(Abg. Alois Glück: Aber davon abhängig macht, daß ...!)

– Selbstverständlich. Das ist sein gutes Recht, wenn er davon ausgeht, daß die Stabilitätskriterien tatsächlich 1999 eingehalten werden können. Nur, ich weise darauf hin – und ich nehme mir durchaus das Recht, auch über den Tag hinaus zu denken –, auch wenn es möglicherweise in der eigenen Partei noch nicht diskutiert ist: Die Frage muß ich doch heute – –

(Abg. Prof. Dr. Doebelin: Um es vorsichtig zu sagen!)

– Über mich brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Machen Sie sich lieber über sich und über die Reaktion darauf in der Öffentlichkeit Sorgen.

(Beifall bei der CSU)

Ich muß schon die Frage nach der Vereinbarung von Maastricht, Währungsunion ist gleich Europa „deux vitesses“, also mit zwei Geschwindigkeiten, stellen. Bei einem „erweiterten Europa“ mit dann möglicherweise 16 oder gar 20 Mitgliedern wird das natürlich nicht so einfach sein, weil all diejenigen Staaten, die mit dem inneren Kern nicht mithalten können, sich irgendwo diskriminiert fühlen könnten. Das beginnt gegenwärtig schon mit der Diskussion, ob die kleinen nicht gegenwärtig bereits ein zu hohes Stimmpotential im Vergleich zu den großen Mitgliedstaaten haben. Also ich betrachte den europäischen Integrationsprozeß nicht mit Ihren euphorischen Augen,

(Abg. Prof. Dr. Doebelin: Euphorischen Augen?)

sondern mit realistischen Augen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie es die Bevölkerung draußen auch tut.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu einem weiteren Popanz. Die Europa-politik der Staatsregierung steht in der Kontinuität

(Abg. Herbert Müller: Von wem? – Gegenruf des Abg. Max von Heckel: Von Gauweiler!)

der Politik des Ausgleichs und des Friedens in Europa von Adenauer bis Strauß. Niemand bricht mit der Westbindung Deutschlands. Niemand von uns will aus der Europäischen Union austreten, wie das unterstellt wird. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Begründung des Unterschiedes zwischen Staatenbund und Bundesstaat verweise ich auf das Bundesverfassungsgericht.

(Abg. Dr. Matschl: So ist es!)

Dieses sagt: Solange es sich um einen Staatenbund handelt, kann man immer noch, wenn der Zweck nicht erreicht wird, austreten.

(Beifall des Abg. Dr. Matschl)

Wenn ich darauf hinweise und sage, das ist der Unterschied zwischen einem Staatenbund und einem Bundesstaat, und mir dann von Ihnen oder von wem auch immer unterstellt wird, ich wolle aus der Europäischen Gemeinschaft austreten, kann ich nur sagen: Wenn man die Diskussion so führt, kann man im Grunde genommen die sachliche Diskussion vergessen. Das ist doch völlig klar.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man also zur Begründung, daß der Europäische Bundesstaat und der Europäische Staatenbund zwei Paar Stiefel sind, das Bundesverfassungsgericht zitiert und dann daraus Ihren Schluß zieht, ist das – das sage ich Ihnen ganz offen – hanebüchen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade Adenauer, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die Europäische Gemeinschaft als Friedensgarant für Westeuropa und als Gegengewicht zum Block des Kommunismus in Osteuropa gesehen. Der erste Aspekt hat auch weiterhin volle Gültigkeit. Auch ich halte die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union zur Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa für unverzichtbar, wie ich das in meiner Regierungserklärung wieder eindeutig und ausführlich dargestellt habe.

Adenauer hat aber auch immer ganz Europa gesehen. Er hat noch 1967 ausgeführt – das ist schon bemerkenswert –:

Unser Ziel kann – das ist meine feste Überzeugung – nicht ein Europa der Sechs bleiben. Auch Spanien muß dazukommen. (...) Aber auch nach Osten müssen wir blicken, wenn wir an Europa denken. Zu Europa gehören Länder, die eine reiche europäische Vergangenheit haben. Auch ihnen muß die Möglichkeit des Beitritts gegeben werden.

So Adenauer 1967. Heute spricht Europa nicht mit einer einheitlichen Zunge, wenn es um die Erweiterung um die Visegrád-Staaten, also um Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn geht.

Nun gilt es, dieses Erbe Adenauers auch einzulösen und die durch den Wegfall des Eisernen Vorhangs entstandene Lage in die europapolitische Konzeption einzubeziehen. Das kann nicht eine weitere Abkapselung Westeuropas bedeuten, sondern Offenheit für die berechtigten Bedürfnisse der Völker Mittel- und Osteuropas. Vielleicht sehen wir den Unterschied nicht. Folgender Punkt ist ganz entscheidend: Wir können nicht die westeuropäische Integration über den Vertrag von Maastricht hinaus beschleunigen und gleichzeitig die Staaten Osteuropas in diese Integration einbeziehen.

(Beifall bei der CSU)

Wer glaubt, eine gleichzeitige Integration Osteuropas sei möglich, lügt sich selbst an. Ich habe mich über diese Frage lange mit Ministerpräsident Václav Klaus

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

unterhalten. Ich habe mich über diese Frage lange mit dem slowakischen Ministerpräsidenten Mečiar unterhalten. Sie haben alle ein elementares Interesse daran, schnell irgendwie an die Europäische Gemeinschaft – über die Assoziierung hinaus – angebunden zu werden. Sie sagen aber auch klar und deutlich: Ihr müßt natürlich dann auch warten, damit wir mitkommen können. Wer will, daß diese osteuropäischen Staaten in die Europäische Gemeinschaft integriert werden, muß auch bereit sein, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der CSU)

Sie müssen bedenken, daß die Grundkonzeption für den Vertrag von Maastricht 1987 entworfen worden ist, also zu Zeiten, als wir noch nicht von der Zerstörung des Ost-West-Gegensatzes ausgehen konnten. Dies sage ich, weil es im bayerischen Interesse liegt. Wir Bayern haben nicht unbedingt ein Interesse daran, der Schnittpunkt der EG zu sein. Aber wir wollen, daß die europäische Grenze nach Osten verschoben wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, da gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten. Erforderlich ist eine Konsolidierung, um diesen Völkern das Nachrücken zu ermöglichen. Das ist kein Bruch, sondern eine Fortentwicklung der Europapolitik im Geiste Adenauers. Man kann das natürlich unterschiedlich bewerten. Ich halte es aber für unredlich, aus der Position, daß wir eine Verlangsamung brauchen, um den Osten aufnehmen zu können, den Schluß zu ziehen, ich wolle eine nationale Politik und eine Renationalisierung. Dazu kann ich nur sagen: Das heißt, einen Popanz aufzubauen und eine Schimären Diskussion zu führen.

(Beifall bei der CSU)

Die Union hat allerdings – und das ist der Punkt, und nur das habe ich expressis verbis angesprochen – ganz bewußt mit dem europapolitischen Ziel „Bundesstaat Europa“ gebrochen, weil sich die Verhältnisse mit der ersten Erweiterung der Gemeinschaft deutlich geändert haben. Franz Josef Strauß hat dies bereits in der Festschrift für Kai-Uwe von Hassel aus dem Jahre 1988, kurz vor seinem Tode, angedacht. Ich zitiere ihn:

Mit der ersten und zweiten (EG-)Erweiterung sind Staaten hinzugekommen, die eine politische Union Europas im Sinne eines Staatenbundes mit Entwicklung zum Bundesstaat, d. h. mit zentralen, politischen, unter Kontrolle des Parlaments stehenden Entscheidungsinstanzen nicht wünschen. Diese Tatsachen waren allen bekannt und sollten deshalb heute für niemanden Anlaß zu lautem Wehklagen über die Verlangsamung des europäischen Integrationsprozesses sein.

Die Formulierung, die Strauß und die CSU damals benutzten, nämlich „Bundesstaat“, war natürlich noch auf ein Europa der Sechs ausgerichtet. Sie können davon ausgehen, wäre es bei dem Europa der Sechs

geblieben, wäre all das, was das Bundesverfassungsgericht für einen Bundesstaat vorschreibt, möglicherweise schon erfüllt mit Frankreich, den Benelux-Staaten, wohl auch mit Italien. Aber mit dem Hinzutreten anderer Staaten, die von uns aus gesehen peripher liegen, verflüchtigt sich dieses Ziel, weil es viel größere Probleme mit sich bringt, wenn man etwas in eine Form zusammenpreßt, in die es nicht gepreßt werden sollte.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die CSU hat den Vertrag von Maastricht leidenschaftlich diskutiert. Im Leit-antrag zur Europapolitik haben wir am 7. November 1992, also vor einem Jahr, folgendes beschlossen. – Es war auch für mich überraschend, daß dies auch die von mir hochgeschätzten Journalisten überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hatten. Sie haben in der Aussage, wir seien nicht mehr für einen Bundesstaat, plötzlich einen massiven Bruch mit der gesamten Politik gesehen. Das gibt es doch gar nicht! – Ich habe Sie am 7. November 1992 darauf aufmerksam gemacht:

Die CSU verfolgt das Konzept eines Europa der Regionen, das europaweit immer mehr Zustimmung findet, nicht das Konzept eines europäischen Bundesstaates.

Zum erstenmal expressis verbis 1992 eine Änderung zur bisherigen Programmatik. Die Presse hat darüber am 9. November des letzten Jahres unmißverständlich berichtet.

Weil wir nicht davon ausgehen, daß die SPD CSU-Parteitage und Berichterstattungen aufmerksam verfolgt, haben wir die europapolitischen Positionen der Staatsregierung, die identisch sind, in der Antwort auf die CSU-Interpellation am 18. März dieses Jahres schriftlich gegeben. Darin heißt es ausdrücklich – ich zitiere –:

Diese Politische Union wird eine auf der Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten beruhende Gemeinschaft besonderer Art sein müssen. Europa darf kein Bundesstaat werden, es bleibt auch unter dem Dach der Europäischen Union ein Kontinent von Vaterländern.

Das, meine Damen und Herren, ist natürlich in diesem Punkt eine Veränderung der Position, die vorgenommen worden ist, die aber nicht von mir jetzt in der Regierungserklärung oder in diesem Interview, sondern die nach einer langen Diskussion in der CSU im vergangenen Jahre vollzogen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Die Frage, ob die Europäische Gemeinschaft ein Bundesstaat oder ein Staatenbund werden soll, hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ja nicht erfunden, sondern letztendlich nur entschieden. Geradezu rührend ist es, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß in dieser Frage Ihre Landesvorsitzende einen Gegensatz zwischen dem Bundeskanzler und mir in der Absage an einen Bundesstaat Europa zu konstruieren versucht.

(Zuruf von der SPD: Nicht nur die!)

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

Ich zitiere jetzt einmal – und ich tue dies mit besonderem Vergnügen – den Bundeskanzler.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]):
Das klingt ja fast ironisch!)

Am 5. Oktober dieses Jahres hat er in Wien dazu folgendes gesagt:

Deswegen spreche auch ich nicht mehr von den Vereinigten Staaten von Europa als Zukunftsziel. Ich selbst habe dies in der Vergangenheit getan, aber ich räume gerne ein, daß dieser Begriff – der auf die große Rede Winston Churchills 1946 in Zürich zurückgeht – zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Wir wollen kein staatliches Abbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir wollen aber kein Zurück in den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts. (...) Heimat, Vaterland, Europa – dies ist der Dreiklang der Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist natürlich eine Veränderung der bisherigen Position in der Frage Bundesstaat ja oder nein, und nur darauf habe ich mich mit aller Deutlichkeit bezogen.

Und auch dieses darf ich Ihnen nochmals sagen: Die SPD hat die Kehrtwendung der Christlich-Demokratischen Union in ihrem Grundsatzprogramm offenkundig nicht zur Kenntnis genommen. Die „FAZ“ berichtete bereits am 27. August dieses Jahres – ich zitiere –:

Bisher strebte die CDU die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa und die Auflösung der Nationalstaaten als Völkerrechtssubjekt an.

Das war die damalige Position: Aufgabe der Nationalstaaten in ihrer Substanz.

Dieses Ziel will sie nun aufgeben. Dies gab der Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission, der Parlamentarische Staatssekretär Göhner, am Donnerstag in Bonn zu erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist anscheinend nicht zur Kenntnis genommen worden. Wenn ich sage, CDU und CSU haben in puncto Entwicklung zum Bundesstaat und Auflösung der Nationalstaaten eine Änderung und einen Bruch vorgenommen, dann beziehe ich mich auf die Entwicklung, wie sie sich in den letzten Jahren, insbesondere im letzten Jahr, abgespielt hat. Deswegen ist es mir unverständlich, daß hier eine solche Mißinterpretation stattfindet. Ich würde Herrn Hintze empfehlen, sein eigenes Grundsatzprogramm einmal etwas intensiver anzuschauen.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich hat die CSU am 7. Oktober mit dem Beschluß über ihr neues Grundsatzprogramm auch dem Bundesstaat Europa eine Absage erteilt. Auch dies war in nahezu allen Berichten über den Parteitag unmißverständlich zu lesen.

Ich fasse zusammen:

Erstens. Die Union hat aus wohlüberlegten Gründen das Ziel eines europäischen Bundesstaates aufgegeben. Die Europäische Gemeinschaft darf nicht selbstherrlich entscheiden, was sie regeln will.

Zweitens. Dieser Kurswechsel ist weder heimlich vonstatten gegangen, noch hat er die Union gespalten.

Drittens. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich muß Sie fragen, was Sie wollen. Das weiß ich nämlich nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Diese Frage muß ich stellen, denn Oskar Lafontaine hat immerhin am 3. Oktober dieses Jahres bei der großen Feier zum Tag der deutschen Einheit als amtierender Bundesratspräsident erklärt: Wir wollen eine „Nation Europa“. – Ich weiß nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob dieses hinreichend bedacht, hinreichend ausdiskutiert worden ist. Ich sage also: Wenn Sie Nation mit dem Nationalstaat identifizieren, dann können Sie keine Nation Europa wollen. Die Europäische Politische Union ist ein Zusammenschluß von selbständigen Staaten.

(Beifall bei der CSU)

aber es ist nicht die europäische Nation anstelle der Nationen in Europa. Wer dieses anstrebt, geht mit Sicherheit über die Empfindungen der überwältigenden Mehrheit der Menschen hinweg.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen wäre es günstiger, diese Fragen zu klären, bevor Sie uns hier solche Vorwürfe machen.

Mit aller Entschiedenheit verwehre ich mich dagegen, daß SPD und FDP versuchen, die Europapolitik der Staatsregierung in die nationale Ecke zu schieben. Wir haben keinen Nachholbedarf in der Abgrenzung gegen Radikale und Extremisten. Erlauben Sie mir noch einen Satz dazu: Auch das sollten Sie künftig nicht mehr in dieser Weise sagen, Herr Kollege Schmid. Ich werfe ja der SPD auch nicht vor, daß sie schuld daran sei, daß die DVU im Landtag von Schleswig-Holstein sitzt. Ich würde also sehr vorsichtig sein, uns Vorwürfe hinsichtlich der Verhinderung oder der Nichtverhinderung der Republikaner hier zu machen. Da tun wir ein gerüttelt Maß und haben es bisher verstanden und auch geschafft, die Republikaner aus diesem Haus herauszuhalten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich wiederhole das deswegen, weil Sie mir dies hier erneut vorgeworfen haben. Ich weise darauf hin, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich vor einem Jahr noch als Innenminister eine Erklärung abgegeben habe, wo ich erklärt habe – und ich zitiere daraus –:

Wir dürfen den Fehler, der auf der linken Seite unseres politischen Spektrums in den siebziger Jahren begangen worden ist, nicht wiederholen. Mit Radikalen und Extremisten darf es weder geistige Gemeinsamkeiten noch Aktionsbündnisse geben.

(Beifall bei der CSU)

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

Die rechtsradikale Parole „Ausländer raus“ ist an politischer Dummheit nicht zu übertreffen und an moralischer Niedertracht nicht zu unterbieten. Für Herrn Schönhuber und Herrn Frey mögen moralische Maßstäbe in der Politik nicht gelten. (...) Nationale Interessenvertretung schließt Gastfreundschaft nach innen und gute Nachbarschaft nach außen nicht aus, sondern setzt sie voraus.

(Beifall bei der CSU)

Diese Erklärung, meine Damen und Herren, habe ich als bayerischer Innenminister am 7. Oktober 1992 vor diesem Hohen Hause für die gesamte Staatsregierung als Antwort auf die mörderischen Anschläge auf Ausländer in unserem Land abgegeben. Deswegen verwahre ich mich gegen irgendwelche Unterstellungen, und deswegen, Herr Kollege Schmid, verbitte ich mir, daß die SPD-Landesvorsitzende mein europapolitisches Interview mit rassistischen Anschlägen auf US-Sportler in Oberhof in Zusammenhang bringt. Ich halte das für unmöglich.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Derartige Maßlosigkeit im Angriff, meine sehr verehrten Damen und Herren, mag man auch ein gewisses politisches Ziel damit verfolgen, schadet uns allen miteinander.

(Beifall bei der CSU)

Weil ich sehr wohl weiß, daß Nationalismus auch heute nicht ein für allemal gebannt ist, habe ich vor einem Monat auf dem CSU-Parteitag als Vorsitzender der Grundsatzkommission wörtlich gesagt:

Das alte europäische Machtspiel der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts darf sich nicht mehr wiederholen. Millionen von Menschen haben diese Machtpolitik mit ihrem Leben bezahlt. Wer wie dumpfe rechtsradikale Nationalisten fordert: Deutschland zuerst, und wer wieder lautstark grölt: Deutschland, Deutschland über alles, der hat nichts, aber auch gar nichts aus der deutschen und europäischen Geschichte gelernt.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedauere es, daß ich dies in diesem Hause wiederholen muß, aber aufgrund der Anwürfe von Frau Schmidt ist das einfach notwendig. In meiner Regierungserklärung am 22. Oktober habe ich hinzugefügt:

Gerade nach der deutschen Einigung muß Deutschland in ein gemeinsames Europa eingebettet sein. Als isolierte Macht wird es Ängste der Nachbarn wecken. Wer wie Nationalisten – auch mit Schlips und weißem Kragen – fordert, Deutschland zuerst, der hat nichts aus der deutschen und europäischen Geschichte gelernt. Wer nationale Einfalt fördert und europäische Zwietracht sät, ist in jedem Parlament auf diesem Kontinent fehl am Platze!

Soweit meine Regierungserklärung von damals. So einfach, wie Sie es sich machen, kann man es sich mit dem Thema Europa nicht machen.

Mit Europaeuphorie sind gerade die Bürger, die sich von kleinlichen zentralistischen europäischen Regelungen gegängelt fühlen, heute nicht mehr zu gewinnen. Wenn der europäische Integrationsprozeß Bestand haben soll, müssen die Bürger dieses Europa wollen. Im Augenblick überwiegen Skepsis und Unbehagen bei den Menschen draußen im Lande, wenn man über Europa redet. Es ist unsere ureigenste politische Aufgabe, diese Skepsis zu überwinden. Ich greife deshalb bewußt die Ängste und Verunsicherungen der Bürger in der Europapolitik auf. Wenn Sie mich dafür des Populismus bezichtigen, offenbaren Sie ein sehr merkwürdiges Politikverständnis.

(Beifall bei der CSU)

Europapolitiker, auch die, die es mit Europa gut meinen, die den Willen, die Wünsche und die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger mißachten, werden ihre blauen Wunder erleben. Ich will in dieser Frage keine blauen Wunder erleben.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen müssen wir klar und deutlich sagen: Europa eine große Friedensgemeinschaft, Öffnung in den Osten, Teilmitgliedschaft überlegen etc. etc. Aber wir müssen auch sagen, was Europa nicht übernehmen soll, welche unserer Aufgaben Europa nicht übernehmen soll, weil sie in Brüssel wesentlich schlechter gelöst werden als in München.

Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen:

Das Europa, das wir jetzt bauen, ist nicht ein Europa, das im Gegensatz zur nationalen Identität der Deutschen oder irgendeiner anderen Nation gerät. Deutschland ist und bleibt unser Vaterland, und wir sind zugleich Europäer. (...) Deswegen hat es überhaupt nichts mit Rechtsruck oder Chauvinismus oder Nationalismus zu tun, wenn wir uns gerade jetzt, in dem Augenblick, in dem die Deutschen und die Europäer aus einer 300jährigen Geschichte endlich die richtige Konsequenz ziehen, gleichzeitig zu „Einigkeit und Recht und Freiheit“ bekennen. Beides gehört zusammen. Wer es leugnet, geht an der Wirklichkeit des deutschen, des französischen, des dänischen Volkes und aller anderen Völker in Europa vorbei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist die Aussage des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 1993. Dieses unterschreibe ich voll und ganz. Deswegen ist es völlig richtig gewesen und auch völlig verständlich, daß der Sprecher der Bundesregierung in der Frage des Bundesstaates, in der Frage der Entwicklung Europas zum Bundesstaat – ja oder nein – überhaupt keinen Dissens sieht und daß das für ihn keine wesentliche Diskussion wert gewesen ist. Diesen können Sie nur hochziehen. Ich bin gerne bereit, diesen Streit weiterzuführen. Diesen können Sie nur hochziehen, indem Sie ganz bewußt oder unbewußt Aussagen falsch interpretieren und mir etwas unterstellen, was ich nie gesagt habe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD:
Das haben Sie ja provoziert!)

(Ministerpräsident Dr. Stoiber)

Die Schlagzeile „Abkehr von der Adenauerschen Europapolitik“ ist natürlich falsch.

(Beifall bei der CSU)

Sie ist richtig, was den Bundesstaat angeht. Aber dies ist ein Ausschnitt. Deswegen kann man nicht die gesamte Europapolitik damit in Mißkredit bringen.

Daher erlaube ich mir eine Schlußbemerkung: Überlassen Sie es dem Urteil der Wählerinnen und Wähler – nur diese sind für mich maßgebend –, wie die Menschen in unserem Lande den Ministerpräsidenten in dieser Frage bewerten, was sie zu ihm sagen und was sie ihm schreiben. Bewertet wird er nicht von der veröffentlichten Meinung, sondern von der Öffentlichkeit. Dort, wo ich spreche, gibt es in der Regel sehr viele Menschen, und ich stelle fest, daß diese Menschen Gefühle, Ängste, Sorgen und Hoffnungen haben. Ich stelle auch fest, daß das, was ich zu Europa sage – ja zu Europa, aber auch Skepsis –, auf eine ganz breite Resonanz stößt. Da trete ich sehr gerne mit allen, insbesondere mit Ihnen in einen Wettstreit. Dann werden wir sehen, wer die Mehrheit in unserem Lande bekommt.

(Langanhaltender Beifall bei der CSU – Abg. Prof. Dr. Doeblin: Beifall wie bei Streibl!)

Zweiter Vizepräsident Hiersemann: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf: Dummschwätzer!)

Das Wort „Dummschwätzer“ weise ich zurück. Bei aller Liebe: das ist nicht parlamentarisch. Suchen Sie sich ein anderes Wort aus. – Das Wort hat Frau Abgeordnete Rieger.

Frau **Rieger** (DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Ich werde vorausschicken: Wir werden weder den Dringlichkeitsantrag der SPD –

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Hiersemann: Frau Kollegin, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich denke, zum parlamentarischen Brauch gehört es auch, daß man den politischen Gegner anhört.

(Zuruf des Abg. Dr. Ritzer)

– Das ist in der Frage vielleicht so; ansonsten sehe ich es eher anders, Herr Kollege Ritzer. Manchmal wundert einen einiges. – Das Wort hat Frau Kollegin Rieger. Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Haus.

Frau **Rieger** (DIE GRÜNEN): Ich werde noch einmal anfangen; vielleicht lassen Sie mich jetzt sprechen. – Wir werden sowohl den Antrag der FDP als auch den Antrag der SPD ablehnen. Wir brauchen weder Herrn Minister Waigel noch Herrn Minister Goppel als politisches Sprachrohr oder zum Darstellen unserer Positionen. Wir haben eine eigene Politik. Was Herr Minister Waigel mit „energisch vorantreiben in Europa“

meint, ist uns nicht ganz klar; das ist uns noch zu offen.

(Abg. Herbert Müller: Hauptsache der Stoiber ist klar!)

Zum Antrag der SPD und zu dem, was Herr Dr. Goppel gesagt hat, werde ich noch kommen. Die Dringlichkeitsanträge, die wir heute behandeln, sind ohnehin ein Phänomen, denn nach § 63 der Geschäftsordnung ist die Dringlichkeit eines Antrags gegeben, wenn er bei Behandlung im grundsätzlich vorgeschriebenen Verfahren gegenstandslos würde. Das trifft aber weder für den einen noch für den anderen Antrag zu. Mit der Dringlichkeit geht man in diesem Hause ohnehin einmal etwas großzügiger, einmal etwas kleinlicher um. So hat man z.B. über unseren Antrag betreffend Postämter, die mittlerweile, am 3. Oktober, geschlossen worden sind, bis heute noch nicht befunden. Damals hat man die Dringlichkeit nicht begriffen; aber heute scheint etwas sehr, sehr dringlich zu sein, nämlich der Ausstieg aus dem Boot, in das FDP, SPD und CSU vor 14 Tagen gestiegen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das scheint allen drei Parteien so wichtig zu sein, daß sie Dringlichkeitsanträge stellen – und das Parlament nimmt die Dringlichkeit auch noch an. Wahrscheinlich sind die FDP und die SPD von ihrem Landesvorsitzenden bzw. von ihrer Landesvorsitzenden zurückgepfiffen worden, denn dem Wähler dürfte wohl so viel Gemeinsamkeit im Europawahlkampf nur schwer zu vermitteln sein. Eine schwarz-rot-gelbe Koalition in der Europapolitik hat es noch nie gegeben.

Herr Dr. Doeblin, nicht wir, sondern Sie und die SPD haben sich mit der CSU gemeinsam in ein Boot gesetzt.

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Sie sitzen doch mit der CSU zusammen!)

– Nein, wir haben noch keinem Antrag der CSU in dieser Sache zugestimmt.

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Aber heute stimmen Sie mit der CSU!)

– Das werden Sie schon sehen. Ich möchte jetzt zu den „Fürchterlichkeiten“ kommen, die unser Ministerpräsident gesagt haben soll. Er hat doch nur die staatliche und geschichtliche Tradition dieses Landes hervorgehoben. Was glauben Sie von der SPD denn, was eine Renate Schmidt im Wahlkampf machen wird? Sie wird die Eigenständigkeit des Landes hervorheben, sie wird im Dirndl erscheinen, sie wird im Bierzelt hinter Bierkrügen sitzen, und sie wird sich so benehmen, daß sie Ministerpräsidentin in diesem Land werden kann.

(Abg. Walter Engelhardt: Sehr schlichte Vorstellung!)

– Ja, das hat sie schon gemacht, und das wird sie auch weiter so machen.

Zweitens will der Ministerpräsident keinen Bundesstaat – das Bundesverfassungsgericht allerdings auch nicht. Es spricht ausdrücklich von souverän

(Frau Rieger [DIE GRÜNEN])

bleibenden Staaten, die durch ihre Regierungen handeln, und es spricht von einem Staatenverbund. Damit setzen sich das Gericht und Herr Stoiber klar von den Vorstellungen Adenauers, Kohls und Dr. Goppels ab,

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Sie verteidigen Stoiber!)

zumindest wenn er dem festen europäischen Bündnis Kompetenzkompetenz zugestehen würde. Diese Formulierung ist mir auch erst seit dem Gerichtsurteil bekannt.

Das Bundesverfassungsgericht stellt ausdrücklich klar, daß zwar offen bleibt, wohin der europäische Integrationsprozeß nach weiteren Vertragsänderungen führen soll; die Vereinigten Staaten von Europa, vergleichbar mit den USA, seien aber nicht beabsichtigt. Das Gericht geht sogar soweit, zu sagen, daß die Befugnisse und Kompetenzen, die der Europäischen Union und den ihr zugehörigen Gemeinschaften eingeräumt sind, soweit sie durch Hoheitsrechte ausgeübt werden, im wesentlichen die Tätigkeit einer Wirtschaftsgemeinschaft bleiben.

Herr Ministerpräsident fordert die Verlangsamung der Integration und plädiert für eine Erweiterung der EG. Außerdem warnt er davor, die Kluft zwischen den Staaten Mittel- und Osteuropas nicht größer werden zu lassen. Das kann ich eigentlich nur gut finden. Bereits im April letzten Jahres haben wir ein Innehalten sowie Möglichkeiten der Integration und Teilhabe derjenigen europäischen Staaten gefordert, die dem europäischen Raum im Osten und Südosten der europäischen Gemeinschaft angehören. Für den damaligen Ministerpräsidenten war das alles mehr oder weniger ein militärstrategisches Problem. Ich finde es gut, daß es da einen Wandel gegeben hat.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat recht: Man kann nicht auf der einen Seite versuchen, Strukturen zu schaffen, die sich für weitere Länder öffnen, und auf der anderen Seite mit derselben Geschwindigkeit eine Vertiefung betreiben. Das kann nicht gutgehen; das muß scheitern.

Der Ministerpräsident sagte: Die Verantwortung des Europaparlaments ist nachrangig; erst kommt die Demokratie im Nationalstaat. Damit liegt er voll auf der Linie des Bundesverfassungsgerichts.

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Ist ja unglaublich!)

Ich zitiere: „Nimmt er“ – gemeint ist der Staatenbund – „hoheitliche Aufgaben wahr und übt dazu hoheitliche Befugnisse aus, sind es zuvörderst die Staatsvölker der Mitgliedstaaten, die dies über die nationalen Parlamente demokratisch zu legitimieren haben.“ Erst dann spricht das Gericht vom Europäischen Parlament, von dem ergänzend eine Abstützung der Politik der Europäischen Union ausgehen soll.

Meine Damen und Herren, wir wissen, warum wir in Ihr Hosianna nicht eingestimmt haben und warum wir nicht in Ihr Boot gesprungen sind, in dem Sie sich im

Augenblick nicht so wohl fühlen. Wir haben nämlich – ich glaube, im Unterschied zu Ihnen – das Urteil gelesen. Sie sind nur in einem Punkt nicht konsequent, Herr Ministerpräsident, denn in einer Ihrer Aussagen findet sich ein fundamentaler Widerspruch: Sie wünschen sich eine europäische Regierung, auch wenn sie noch in weiter Ferne liegt. Eine Regierung setzt aber einen Staat voraus. Ein Staatenbund braucht keine Regierung.

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir haben andere Vorstellungen. Für uns soll das Europäische Parlament, das direkt vom Volk gewählt wird, an der Spitze einer pyramidenförmigen demokratischen Struktur stehen; es soll Kontrollfunktion bekommen. Angefangen bei der europäischen Ebene müssen die Kompetenzen wieder nach unten abgegeben werden. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip soll die darüberliegende politische Ebene nur das zugeordnet bekommen, was nur dort sinnvoll entschieden werden kann. Es ist bedauerlich, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil an keiner Stelle auf die wirklichen Demokratiedefizite eingegangen ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die Defizite, die sich auf dem Weg nach Europa eingeschlichen haben. Wir brauchen basisdemokratische Strukturen, damit die Bürgerinnen und Bürger in allen europäischen Ländern auf allen nationalen Ebenen mitentscheiden können. Deshalb auch unsere Forderungen nach Volksentscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen versprechen, Herr Ministerpräsident: Sie fänden eine weitreichende Unterstützung in der Bevölkerung, wenn es darum ginge, Unsinniges in Europa abzubauen, zum Beispiel Baustelleneinrichtungs-Richtlinien, Fleischigiene-Richtlinien und Vorschriften bis hin zum Krümmungsradius von Gurken.

Jetzt noch zum Antrag der SPD. Wenn Sie die Äußerung von Herrn Minister Dr. Goppel festschreiben wollen, kann ich Ihnen versichern, daß Sie weder das Problem des Rechtsradikalismus auf europäischer Ebene lösen können – damit muß vor Ort und an dieser Stelle umgegangen werden – noch Europa retten werden, wenn Sie ihm eine Zwangsjacke anlegen wollen. Damit beschwören Sie den Nationalismus, damit kommt erst Nationalismus auf. Europa kann nur gerettet werden, wenn die Bürger dies wollen, wenn jeder oder jede es mitgestalten kann.

Wenn Sie jetzt auch noch daran festhalten wollen – so wie es in Ihrem Antrag steht –, daß die heutige Diskussion gespenstisch an die Jahre 1933 und 1939 erinnert, als mancher unterschätzte, daß Europa an einer Stelle zu brennen begann, muß man sagen: So etwas kann eine Person einmal sagen, aber wenn das eine ganze Fraktion wiederholen will, dann ist das schlimm.

Meine Damen und Herren, es hat bei uns gebrannt, nicht an irgendeiner Stelle in Europa. Auch in Zukunft

(Frau Rieger [DIE GRÜNEN])

kann uns kein Europa davor retten, in dem Feuer unterzugehen, das wir selbst gelegt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Alois Glück. Bitte!

Glück Alois (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition hatte heute wohl gehofft, daß sie mit scharfer Munition schießen könnte. In Wirklichkeit hatte sie nur nasse Platzpatronen, mit denen sie auf ein Phantombild geschossen hat.

(Beifall bei der CSU)

Diese Blamage hätte man sich sparen können, wenn man die Regierungserklärung und die Aussprache zur Regierungserklärung nachgelesen hätte, wenn man das Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ im Wortlaut exakt gelesen hätte und wenn man sich vor Augen gehalten hätte, daß es im Zusammenhang mit diesem Interview nur um einen Teilaspekt ging, nicht um die Europapolitik schlechthin.

(Abg. Freiherr von Gumpenberg: Also ein Slalomkurs!)

Die Aussprache zur Regierungserklärung und auch die heutige Debatte haben noch einmal belegt: Die Europapolitik der CSU ist in sich geschlossen,

(Zurufe von der SPD – Abg. Freiherr von Gumpenberg: Von Gauweiler bis Goppel!)

und sie bewegt sich in der Kontinuität der Partei seit Beginn der Europapolitik.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Der populistischen Kontinuität!)

Natürlich gibt es zwei Akzentverschiebungen, die sich aus historischen Veränderungen ergeben. Ich will das betonen. Die erste Akzentverschiebung ist die, daß wir alle miteinander – das gilt auch für die Union als ganze, wie gerade die dezidierten Aussagen des Bundeskanzlers belegen – heute eine andere Einschätzung der Folgen eines Einheitsstaates im Sinne des Bundesstaates haben, als wir das selbst vor Jahren gesehen hätten. Das zeigt sich auch an der Veränderung im Grundsatzprogramm der CSU. Das ist aber keine neue Erfindung aus dem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“, sondern das ist bei uns in öffentlicher Debatte so erarbeitet worden.

Die zweite Akzentverschiebung ist: Es gibt eine Akzentverschiebung durch die Tatsache, daß Europa nicht mehr durch den Eisernen Vorhang geteilt ist und daß sich damit die Europäische Gemeinschaft der neuen Situation im früheren Osteuropa, im mitteleuropäischen Bereich stellen muß, weil Europa durch die Auflösung des Eisernen Vorhangs nicht mehr geteilt ist.

Die Europapolitik spiegelt die innere Spannung unserer Wirklichkeit wider. Auf der einen Seite suchen die

Menschen immer mehr die Heimat, die Behausung, die Verwurzelung in der kleineren Einheit, auf der anderen Seite werden wir immer mehr auch von internationalen Entwicklungen abhängig. Davon haben wir in der letzten Europadebatte gesprochen; ich will dies im einzelnen nicht mehr wiederholen.

Aber eines, glaube ich, wird immer deutlicher, nicht nur in der Entwicklung in der Politik – man braucht sich nur einmal die Entwicklung zum Beispiel in der Organisation der großen Firmen genauer anzuschauen –: Das Zeitalter der Zentralisten ist vorbei. Das Zeitalter der Zentralisten ist deshalb vorbei, weil sich zeigt: Je komplexer Wirklichkeiten sind – sei es die Wirklichkeit eines Marktes in der Wirtschaft, die Wirklichkeit eines Betriebes oder die Wirklichkeit im Zusammenleben der Völker Europas –, je komplexer Sachverhalte werden, um so weniger können sie von einer Zentrale aus gesteuert werden. Deswegen haben doch alle Firmen ihre Organisationsstrukturen im Vergleich zu denen der sechziger und siebziger Jahre verändert. Das ist allerdings etwas, was viele in der europäischen Politik nicht nachvollzogen haben. Zu viele glauben immer noch, die Dinge mit dem Organisationsverständnis der sechziger Jahre regeln zu können. Ich glaube, daraus sollten wir lernen.

Ich bin überzeugt, daß die neunziger Jahre ein Jahrzehnt des Föderalismus und der Dezentralisierung werden, bis in unsere eigenen Angelegenheiten in Bayern und in Deutschland hinein, weil die Sachverhalte dies erfordern, weil nur so Sachverhalte transparent bleiben, weil wir nur so problemnah genug bleiben.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich im übrigen auch der Nationalstaat. Der amerikanische Wissenschaftler Daniel Bell hat kürzlich einmal formuliert, oder ich habe es jedenfalls kürzlich gelesen: Der Nationalstaat ist für die Lösung vieler großer Probleme zu klein und für die Lösung vieler sogenannter kleiner Probleme zu groß. Dort, wo es um die lebensnahen Probleme der Menschen geht, ist er zu groß,

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Schlußfolgerung?)

und bei vielen internationalen Problemen kann er für sich allein die Dinge heute nicht mehr lösen.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Schlußfolgerung?)

Das gilt selbst für Teile der Währungs- und Wirtschaftspolitik, weil es so viele internationale Verflechtungen gibt. Das gilt für den ökologischen Bereich und für viele andere Bereiche. Ich will das jetzt mit Blick auf die Uhr nicht näher ausführen, da ich glaube, daß heute viele Menschen draußen durch die Fernseh-Übertragung noch eine Orientierung in der sehr brennenden Aids-Problematik erwarten. Deswegen werde ich mich jetzt ganz kurz fassen.

Die Schlußfolgerung, Herr Kollege Schmid: Ich will in sieben knappen Anmerkungen unsere Positionen zusammenfassen.

(Glück Alois [CSU])

Erstens. Wir wollen und wir brauchen eine Europäische Gemeinschaft, die in all den Angelegenheiten handlungsfähig ist, in denen der Nationalstaat für sich allein überfordert ist,

(Beifall bei der CSU)

dort, wo internationale Verflechtung und Zusammenarbeit notwendig sind. Der Ministerpräsident hat solche Bereiche genannt, ich will das jetzt nicht wiederholen.

Zweitens. Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft mit der größtmöglichen Vielfalt im Innern. Die europäische Vielfalt ist beispielsweise ungleich größer als die amerikanische, weshalb Vereinigte Staaten von Europa im Sinne der Vereinigten Staaten von Amerika nicht das Ziel sein können.

Drittens. Wir wollen eine Europäische Gemeinschaft, die sich stärker dem bisherigen Osteuropa, den östlichen Nachbarn zuwendet. Dafür brauchen wir eine besondere Qualität der Beziehungen. Ob das in Form von Teilmitgliedschaften geschehen kann, wie es der Ministerpräsident in der letzten Europadebatte vorgeschlagen hat, oder in einer besonderen Vertragsform, das ist Sache der weiteren Diskussion. Aber die bislang üblichen Assoziierungsverträge können dafür nicht ausreichen, und wir Bayern als unmittelbare Anrainer haben ein besonderes Interesse daran, daß sich hier die europäische Politik fortentwickelt.

Viertens. Die CSU ist für eine Fortsetzung der europäischen Integration bei einer Neuverteilung der Bereiche, die der Integration bedürfen, und der Dinge, wo Integration, sprich Vereinheitlichung, nicht notwendig ist.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Dann stimmen Sie unserem Antrag zu!)

Fünftens. Die CSU steht zu den Maastrichter Verträgen. Sie sagt ja, weil die Maastrichter Verträge eine Grundlage und das gemeinsame Band für die Weiterentwicklung der europäischen Politik sind.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Sehr gut!)

Aber es muß auch die Bereitschaft zur Korrektur und zur Weiterentwicklung im Sinne der Veränderung vorhanden sein. Denn schon heute zeichnet sich ab, daß sich manches nicht genauso wird realisieren lassen, wie es in den Maastrichter Verträgen steht.

Sechstens. Die Möglichkeit, ja, die Zielsetzung der Maastrichter Verträge im Sinne eines föderalistischen Europa muß nun endlich konsequent angepackt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die CSU hat erreicht, daß das Subsidiaritätsprinzip ein Strukturelement der Maastrichter Verträge geworden ist. Mit der Einführung der Regionen als Arbeitsebene – bei uns sind es die Länder, andere Nationen haben andere Strukturen – haben wir eine wichtige Plattform für die Mitwirkungsmöglichkeit der Länder. Ich bin sehr froh, daß die Staatsregierung dies ent-

schieden weiterverfolgt. Ich möchte insbesondere Europaminister Dr. Goppel dafür danken, daß dies in Europa vorangetrieben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des
Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg])

Wir sehen darin nach wie vor ein wichtiges Strukturelement unserer Europapolitik.

(Beifall bei der CSU)

Siebtens. Wir sind in der CSU einig,

(Abg. Freiherr von Gumpenberg: Daß ihr
nicht einig seid!)

daß das Tempo der Währungsunion von der Möglichkeit abhängig ist, diese harten Kriterien in Europa auch zu realisieren. Anders formuliert, wir sind uns einig: Eher scheitert die Währungsunion, als daß es eine europäische Weichwährung geben dürfte. Dies ist ganz eindeutig unsere Position.

(Beifall bei der CSU – Abg. Freiherr von
Gumpenberg: Da sind wir uns alle einig!)

– Ja, dann versuchen Sie doch nicht Gegensätze zu konstruieren, wo keine Gegensätze sind.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, meine Damen und Herren, sage ich an dieser Stelle an die Adresse der SPD ebenso wie an die der FDP, daß Ihre Anträge so überflüssig sind wie drei Kröpfe auf einmal und deshalb nur abgelehnt werden können.

(Beifall bei der CSU – Abg. Freiherr von
Gumpenberg: Also, geh' zu! – Abg.
Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Sie stimmen zu, ja?)

Im übrigen zeigt die europäische Wirklichkeit, daß es nach menschlichem Ermessen in diesem Jahrhundert eine Europäische Währungsunion nicht mehr geben kann, nicht weil es nicht wünschenswert wäre, daß sich die Länder stärker zusammenfinden zu einer in sich stimmigen Währungs- und Wirtschaftspolitik. Wir hätten das dringend notwendig, damit Europa sein Eigengewicht auch wirtschaftlich gegenüber dem asiatischen und dem amerikanischen Wirtschaftsraum bewahrt. Aber die Wirklichkeit der Entwicklung in den letzten Jahren zeigt leider, daß nach menschlichem Ermessen die Währungsunion in diesem Jahrhundert wohl nicht mehr realisierbar ist.

Trotzdem muß es das Ziel bleiben, so gut wie möglich gemeinsam eine Zone der Stabilität zu bilden in dieser so unruhigen und schwierigen Welt, politisch und wirtschaftlich.

(Beifall bei der CSU)

Dann wird es schlicht von der weiteren Entwicklung abhängen, ob bzw. wann eine Währungsunion verwirklicht werden kann. Schließlich hat auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts belegt, daß dieser Vertragsteil keine Defizite hat. Das Bundesverfassungsgericht hat damit die Qualität der Vertragsverhandlungen auch des Bundesfinanzministers bestätigt.

(Glück Alois [CSU])

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Das kritisieren wir nicht!)

Meine Damen und Herren, wir möchten auf dieser Grundlage die europäische Politik weiter vorantreiben.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Sehr gut, jawohl!)

Wir brauchen ein starkes Bayern in Europa, und wir brauchen ein starkes Europa in der Welt um unserer eigenen Interessen willen. Dies ist die Kontinuität der Politik der CSU. Daran hat sich nichts geändert. Alle gewollten Fehlinterpretationen des Interviews sollten damit aus der Welt geschafft sein, ebenso alle Versuche, uns gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner: Herr Dr. Albert Schmid. Bitte.

(Zurufe von der CSU: Muß das sein? – Abg. Alois Glück: Die Leute wollen doch noch etwas anderes hören! – Weitere Zurufe von der CSU)

Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD): Meine Damen und Herren! Die Körpersprache war heute so herrlich interessant; wie gut, daß das Fernsehen das überträgt! Die Körpersprache des Herrn Ministerpräsidenten bei der Rede des Fraktionsvorsitzenden der CSU habe ich ebenso aufmerksam beobachtet wie vorher die des Europaministers bei der Rede des Ministerpräsidenten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der FDP)

Solches ist häufig viel aussagekräftiger als die Worte, die gewechselt werden. „Realsymbolik“ nennen das diejenigen, die etwas mehr davon verstehen als wir.

(Abg. Alois Glück: Sie brauchen sich nicht als Amateurpsychologe betätigen!)

Meine Damen und Herren, die Äußerung des Europaministers vom 18. März 1993 findet unsere volle Zustimmung. Sie enthält folgende Elemente.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Würdinger?

Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD): Ja, gern.

Präsident Dr. Vorndran: Bitte.

Frau Würdinger (CSU): Herr Kollege Dr. Schmid, zurückkommend auf Ihre Äußerung zur Körpersprache darf ich Sie fragen, was Ihr ständig verlegenes Lächeln während der Rede des Herrn Ministerpräsidenten bedeuten sollte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Ritzer: Das war nur ein Lächeln!)

Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD): Meine Damen und Herren, meine Begleitung zur Rede des Ministerpräsidenten war Ausdruck des Mitleids mit dem dargestellten Zickzackkurs

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

zwischen den klaren Positionen des Herrn Gauweiler auf der einen Seite und den klaren Positionen des CSU-Vorsitzenden Waigel und des CSU-Fraktionsvorsitzenden Glück auf der anderen Seite.

(Frau Abg. Würdinger: Verlegen!)

– Das macht verlegen, meine Damen und Herren, wenn man sich in einem solchen Zickzackkurs entscheiden muß.

Herr Goppel sagt sehr richtig:

Wir spüren doch,

– wenn man gegen die Europäische Union sei –, daß das den Nationalismus im Lande schürt.

– Wie recht er hat! Er sagt weiter:

Anderes

– wenn wir dies nicht unterstützten –

wäre Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen

– recht hat er –

und Verrat an der europäischen Aufbauarbeit zweier Generationen, die aus Gefahren und Konflikten der Vergangenheit gelernt haben.

Recht hat er, meine Damen und Herren. Er sagt dann:

Solche Fehler dürfen wir nicht wiederholen.

Recht hat er, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Wie immer!)

Ich hätte mir gewünscht, daß nicht nur Herr Glück eine Verbeugung vor dieser inhaltlichen Position des Herrn Goppel gemacht hätte, sondern daß auch der Ministerpräsident die Haltung seines Kabinettsmitglieds, des von ihm wiederberufenen Europaministers, jedenfalls in der historischen Bewertung bestätigt hätte.

(Abg. Alois Glück: Haben Sie nicht zugehört? Krampfhaftige Bemühungen sind das!)

Meine Damen und Herren, daß die Vorsitzende der bayerischen SPD, Frau Renate Schmidt, und ihre Wirksamkeit in Bayern von Ihnen mittlerweile sorgenvoll zur Kenntnis genommen wird, das stimmt uns natürlich zuversichtlich.

(Lachen bei der CSU – Abg. Dr. Matschl:
Das wundert Sie selbst! – Abg. Hofmann:
Das glauben Sie ja selber nicht!)

– Ich bin ein ungeheuer gläubiger Mensch.

(Dr. Schmid Albert (Regensburg) [SPD])

(Abg. Dr. Matschl: Wenn es sonst niemand tut, dann müssen wir es tun!)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, liebe Frau Kollegin Rieger, ich betrachte Ihre Diskussion in dieser Frage mit größter Sorge, und ich frage mich: Fühlen Sie sich eigentlich wohl in der Gesellschaft, in der Sie sich da mit Ihrer europapolitischen Position bewegen?

(Frau Abg. Rieger: Wir haben zumindest eine!)

Herr Ministerpräsident, am Schluß Ihres Beitrags haben Sie – ich will es nicht bayrisch sagen, was man da herausläßt – Ihr Motiv völlig dekuviert. Sie sagen: „Es geht um die Wahlen, und dann werden wir bei den Wahlen 1994 sehen, wie die Leute sich entscheiden.“ So haben Sie Ihren Kurs und Ihren Kurswechsel begründet.

Meine Damen und Herren, ich behaupte, daß die Republikaner in Bayern, nicht nur weil es einen bayerischen Häuptling an der Spitze gibt, Zuspruch finden, sondern auch, weil es ihnen da und dort leichtgemacht wird, und zwar durch die Senkung von Barrieren, von Hemmschwellen, von verbalen Hemmschwellen, so daß sie in unverantwortlicher Weise draufsatteln können. Es geht doch in erster Linie zu Ihren Lasten, wenn die Reps Zustimmung finden. Es geht auch zu unseren Lasten, aber in einer anderen Relation: zwei Drittel zu einem Drittel; es geht also zu Ihren Lasten.

Hier wurde gesagt, welche Ergebnisse die Umfragen haben und wie die Bevölkerung im Moment denkt. Es wurde gesagt, daß man Ängste berücksichtigen muß. Wenn das so ist, Herr Ministerpräsident, dann nehmen wir das ernst. Ich bin jemand, der auch in der Asyldebatte gesagt hat: Laßt uns die Ängste der Menschen ernst nehmen.

(Zurufe von der CSU)

– Das habe ich hier doch hundertmal gesagt. – Nur, meine Damen und Herren, was heißt es denn, die Ängste ernst zu nehmen? Das heißt doch nicht, die Ängste zu schüren und zu verstärken.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Präsident Dr. Vorndran: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Rieger?

Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD): Bitte.

Frau Rieger (DIE GRÜNEN): Ich möchte Sie bloß fragen, wie Sie sich dann erklären, daß wir mit unserer Position eben keine Stimmenverluste an die Republikaner haben, im Gegensatz zur SPD und zur CSU.

Dr. Schmid Albert (Regensburg) (SPD): Frau Rieger, über das, was die grüne Politik kennzeichnet, müßte man einmal sehr ausführlich separat reden. Ich habe niemals Ihre ökologische Kompetenz bestritten. Aber

Ihre Kompetenz auf anderen Politikfeldern bestreite ich in vielen Punkten.

Meine Damen und Herren, die Angst ist da. Angst gibt es nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Regimes und der europäischen Strukturen, auch nach der Wiedervereinigung in Deutschland, darüber hinaus um uns herum vor dem größer gewordenen Deutschland. Das ist gar nicht zu bestreiten. Aber dieser Angst kommt man nur mit Rationalität, Aufklärung und pragmatischer Handlungskompetenz bei, nicht durch verbales Bedienen derer, die solche Ängste empfinden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, es tut mir leid, es sagen zu müssen: Das war heute ein Eiertanz. Schauen Sie, Sie sind doch viel zu intelligent, um nicht zu wissen, daß Sie mit Ihrem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ diese Überschriften hervorgerufen haben; und Sie wollten das doch auch, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten doch diese europapolitischen Duftnoten hinterlassen und sich ganz bewußt von der Europapolitik anderer in Ihren Reihen abheben, sowohl der CSU als auch der CDU. Heute haben Sie versucht, das zum Teil wieder einzufangen und allein auf die staatsrechtliche Frage des Bundesstaates zu lenken.

Ich habe mich mit dieser staatsrechtlichen Frage überhaupt nicht befaßt, weil das für mich wirklich Kategorien des 19. Jahrhunderts sind. Ich habe mich mit den Grundlinien befaßt. Dabei bleibe ich auch. Ich bleibe Ihnen auch nicht die Antwort dazu schuldig, was wir damit wollen. Wir wollen die europäischen Möglichkeiten, die es jetzt gibt und wovon vor allem wir als hochentwickeltes Land profitieren können, nutzen. Wir haben doch Chancen in Europa. Wir haben sie auch dann, wenn die Währungsstandards so angehoben werden, daß sie unseren Standards entsprechen.

Wir wollen das, was schief läuft – Zentralismus, Überbürokratisierung – reformieren, aber nicht, indem wir einen Antieuropaaffekt nähren, sondern indem wir das Hauptmittel einsetzen: das der Demokratisierung der europäischen Strukturen; darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch von Franz Josef Strauß haben Sie sich verabschiedet. Das haben Sie auf eine konkrete Frage erklärt. In der „Süddeutschen Zeitung“ heißt es: „Abkehr von Franz Josef Strauß“. Dort steht die bündige Antwort: Ja. – Das hätten Sie besser nicht getan. Ich habe es Ihnen schon vor 14 Tagen gesagt, und zwar unter Verweis auf die Rede von Strauß vom 3. Februar 1988, wo er zur Europäischen Gemeinschaft sprach. Damals war das Ende – wenn auch noch nicht das schnelle Ende – des kommunistischen Europa schon absehbar. 1988 war Gorbatschow am Ruder. Strauß war bei Gorbatschow. Es war absehbar, daß das Ende Anfang der neunziger Jahre kommen würde, vielleicht

(Dr. Schmid Albert (Regensburg) [SPD])

noch nicht 1989 oder 1990, sondern vielleicht erst 1991, 1992, 1993.

Im Lichte dieser absehbaren Entwicklung hat Strauß gleichzeitig zwei Ziele vertreten: die Weiterentwicklung der Wirtschaftsgemeinschaft zur Entwicklungsgemeinschaft und gleichzeitig die Vertiefung des damals bereits bestehenden Europa. Das halten wir nach wie vor für richtig. Die Wiedervereinigung schafft keinen neuen europapolitischen Tatbestand.

Meine Damen und Herren, der Begriff der Nation wurde mehrere Male strapaziert. Golo Mann hat in der deutschen Geschichte drei Merkmale hervorgehoben: die zentrale Lage Deutschlands in Europa, den Protestantismus, der von Deutschland ausging, und die Schwachentwicklung der Reichsidee in Deutschland; diese Idee entwickelte sich viel schwächer als in allen Ländern um uns herum, zum Beispiel schwächer als in Frankreich oder England. Die deutsche Nation ist nicht der Gradmesser für die europäische Politik. Da liegen mir die bayerischen Interessen in Europa näher als die Berücksichtigung nationaler, bundesstaatlicher Belange auf der europäischen Ebene. Da ist mir das bayerische Hemd näher.

Wenn Sie meiner Rede sorgfältig zugehört haben, dann haben Sie bemerkt, daß sie in die Richtung der Übertragung von Kompetenzen auf Bundesebene nach Europa ging und nicht in Richtung auf Übertragung von Landeskompetenzen auf Europa. Gegen das zweite wehren wir uns ganz, ganz entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Auf Bundesebene bin ich zu vielem bereit, aber auf Landesebene auf keinen Fall. Das ist das – damit antworte ich auf Ihre Frage –, was wir uns über den Tag hinaus europapolitisch vorstellen.

Im übrigen, ein Gutes hatten Ihre Äußerungen dahin, daß wir über die Europapolitik noch einmal miteinander streiten konnten. Ich finde es gut, wenn dieses bayerische Parlament nicht nur Tagesordnungen mit 30, 40, 50 Tagesordnungspunkten auf Kreistagsniveau abhandelt – oder bestenfalls auf Bezirkstagsniveau –, sondern daß wir auf zentrale Fragen auch kontroverse Antworten geben. Solche Antworten waren für die parlamentarische Auseinandersetzung, die Sie mit Ihren Äußerungen, die wir in der Sache nicht teilen, ausgelöst haben, kein Nachteil.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Das Wort hat nun Herr Abgeordneter von Gumpfenberg.

Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hier ist in der Debatte vieles zu dem gesagt worden, was der Herr Ministerpräsident im Rahmen seiner vorweggenommenen Regierungserklärung in der „Süddeutschen Zeitung“ in Form eines Interviews erklärt hat. Lassen Sie mich dazu ein paar Feststellungen treffen.

Die erste Feststellung: Es ist erkennbar, daß sich die CSU auf einem ungeheuren Schlingerkurs befindet.

(Lachen bei der CSU)

Das wird erkennbar, wenn mir gestern ein mir durchaus gut bekannter Abgeordneter der CSU sagte: Bis vor diesem Interview war ich ein Außenseiter in dieser Partei, und nun fühle ich mich als Teil der Mehrheit. – Ich will den Namen dieses Kollegen gar nicht nennen. Aber er hat genau das erklärt, was nun der Kurswechsel der CSU ist. Er hat nämlich zu verstehen gegeben: Bislang gab es eine Position des Herrn Gauweiler, die wir berechtigterweise kritisiert haben, und nun gibt es eine Meinung des Ministerpräsidenten, des Herrn Gauweiler und der Mehrheit der CSU gegen die Meinung des Herrn Goppel. Das ist nämlich der Frontverlauf heute.

Ich muß dem Herrn Ministerpräsidenten durchaus attestieren, daß er – davon verstehe ich etwas –

(Lachen bei der CSU)

wirklich ausgezeichnete PR-Eigenschaften hat; das ist unbestritten.

Was ist denn die Zielsetzung dessen, was hier passiert, meine Damen und Herren? Wir sind uns, wenn man den Erklärungen des Herrn Fraktionsvorsitzenden Alois Glück folgt, weitestgehend einig in der Bewertung europäischer Politik.

(Abg. Alois Glück: Aber wir haben doch keine Meinungsverschiedenheiten!)

– Herr Kollege, ich war verleitet, Ihnen bei dem, was Sie erklärt haben, Beifall zu zollen, weil dies im Grunde genommen auch unsere Position ist. Nur, Herr Kollege Glück, ist diese von Ihnen hier vertretene Position nicht identisch mit der Position des Herrn Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident versucht außenwirksam – Herr Kollege Schmid hat dies explizit und richtig analysiert –

(Widerspruch bei der CSU)

Wähler zu bekommen mit einer Diktion, die im Grunde genommen sicherlich in Richtung des rechten Flügels der im Wählerspektrum befindlichen Menschen ist. Das ist die PR-Leistung. Das ist aber auch die Bandbreite Ihrer Politik. Sie müssen sich Ihrer Verantwortung zu Europa bewußt sein: Welchen Kurs wollen wir eigentlich verfolgen?

(Abg. Dr. Matschl: Den richtigen!)

Sie, Herr Kollege Glück, haben eindrücklich nachvollziehbar gesagt: Wir wollen ein gemeinsames Europa. Wir wollen die Einbindung des Ostens. Dies ist alles nicht zu wiederholen. Ich kann das alles unterstreichen. Nur bitte, Herr Kollege Glück, versichern Sie sich der Zustimmung des bayerischen Ministerpräsidenten. Das ist für mich wichtiger. Oder halten Sie ihn davon ab, morgen in der FAZ gegebenenfalls ein Interview zu geben, das dann möglicherweise wieder falsch interpretiert werden könnte.

(Freiherr von Gumpenberg [FDP])

Lassen Sie mich aber auch ein paar Worte zu den GRÜNEN sagen. Liebe Frau Kollegin Rieger, Sie befinden sich in einer Allianz mit der CSU. Das ist nicht nachvollziehbar.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegin Rieger, Sie haben es bei einer jüngsten Debatte nicht zugelassen, daß ich eine Zwischenfrage stellte.

(Zuruf der Frau Abg. Rieger)

Ich will diese Zwischenfrage jetzt stellen, Frau Kollegin, und ich frage auch die Mitglieder Ihrer Partei oder die Kollegen Ihrer Partei, die hier im Landtag sind: Was veranlaßt Sie eigentlich, sich an den europäischen Wahlen zu beteiligen? Geht es Ihnen schlicht um den Mammon, den Sie dort kriegen, um das Geld?

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Richtig!)

Sie lehnen doch Europa ab. Wie können Sie sich denn glaubhaft an diesen Wahlen beteiligen? Insofern befinden Sie sich auch in der Allianz mit der CSU. Herr Kollege Günther Müller hat – Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob Sie die Äußerung des Herrn Kollegen Günther Müller kennen – in der „Landshuter Zeitung“ vom Mittwoch, Seite 5, Spalte 4, erklärt: „Als Konsequenz“ – –

(Unruhe)

– Wenn Sie ein bißchen ruhiger sind, kann ich leiser sprechen, herzlichen Dank. – Herr Kollege Müller hat in der Landshuter Zeitung erklärt:

(Abg. Herbert Müller: Günther müssen Sie dazusagen!)

– Günther Müller, Bundestagsabgeordneter, gleichzeitig Europaabgeordneter, hat wohl fünfmal hintereinander, seinen Rücktritt aus dem Europäischen Parlament angekündigt. Die Allianz besteht darin, daß Herr Müller gesagt hat:

Herr Stoiber, als Konsequenz zu Ihren Äußerungen sollten Sie ehrlicherweise sich nicht an den Europawahlen beteiligen.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie einfach: Wie stehen Sie zu der Äußerung dieses ja Ihrer Partei angehörigen Kollegen?

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch ein paar Dinge sagen. Es ist sicherlich richtig: Europa ist ein Haus, das in der Konstruktion befindlich ist. Jeder von Ihnen, der Bauherr war oder ist, weiß, daß es durchaus passiert, daß nicht alles auf den ersten Spatenstich oder in der ersten Maßnahme richtig erfolgt. Das muß konstruiert werden. Wir müssen Korrekturen machen. Eine dieser Korrekturen, die wir unbestritten machen müssen, meine Damen und Herren, ist – wir als FDP und ich als Person haben dies heftigst kritisiert – sicherlich, darüber nachzudenken,

wie wir die Privilegierung derer, die in der EG sitzen, die ihr angegliedert sind, die in nachgeordneten Institutionen sitzen, überprüfen und möglicherweise abschaffen. Ich kann Ihnen das aus der Vielzahl der Briefe sagen, die ich bekommen habe: Es ist für den Bürger nicht nachvollziehbar, daß in der Landeshauptstadt München im Europäischen Patentamt Menschen – ich will keine Neiddiskussion führen – sitzen, die im Grunde genommen keine nationalen Steuern zahlen, obwohl sie Münchner sind, die keine Sozialabgaben zahlen, obwohl sie Münchner sind. Dies ist den Menschen draußen im Lande nicht vermittelbar. Das müssen wir angehen.

Wir müssen aber auch, meine Damen und Herren – und das sage ich auch in aller Offenheit –, gegen die Steuerfreiheit der Parlamentarier im Europäischen Parlament angehen. Da gibt es auch eine Vielzahl von Privilegien, die es abzuschaffen gilt. Dies sage ich auch in aller Offenheit. Wir müssen die Steuerprivilegien der EG selbst, also derer, die dort beschäftigt sind, abschaffen.

Ist es nachvollziehbar für Sie, meine Damen und Herren, daß es hier ein Büro der Europäischen Gemeinschaft in München oder in Bonn gibt und die Herren, die diesen Büros vorstehen, diplomatischen Status haben, obwohl sie Deutsche sind, und auch in diesem Lande keine Steuern bezahlen? Dies sind auch Fragen, die wir kritisch an die EG richten müssen und die wir uns stellen müssen.

(Abg. Diethel: Bangemann fragen!)

– Herr Kollege, entschuldigen Sie, ich muß Sie jetzt aufklären. Hören Sie mir bitte aufmerksam zu. Zuständig für diesen Bereich ist Ihr Parteikollege Peter Schmidhuber.

(Abg. Diethel: Aber auch Herr Bangemann!)

– Nein, ich wollte es nur ergänzend anfügen. Das würde ich so sehen.

Meine Damen und Herren, noch einmal abschließend zu der gesamten Thematik der heutigen Erklärung des Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob Sie mit dem Kurs, den Sie verfolgen, Europa einen Gefallen erweisen. Wir von der FDP – und dies möchte ich an der Stelle auch einmal sagen – sind überzeugte Föderalisten. Wir hier im Bayerischen Landtag sind genauso – und wir nehmen dies auch für uns in Anspruch – Bayern wie Sie, Herr Ministerpräsident. Wir haben uns in sehr vielen Fragen sicherlich differenziert und auch konkret just zu diesen Problemen geäußert. Daher ist Ihre Kritik unberechtigt, Herr Ministerpräsident. Wir sind überzeugte Bayern. Wir sehen in der Bewertung die Europäische Gemeinschaft auch aus der Sicht eines Bayern. Soweit stimmen wir sicherlich mit der Erklärung des Herrn Glück überein.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank sind wir überzeugte Bayern!)

Aber, meine Damen und Herren, nicht nachvollzieh-

(Freiherr von Gumpenberg [FDP])

bar ist und wird nie sein der Schlingerkurs, der hier in der CSU gefahren wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Matschl)

– Herr Kollege Matschl, ich will hier niemand zitieren. Aber es ist doch auffallend, und Sie müssen mir doch recht geben, daß es bislang einen Kollegen gab, der seine Position innerhalb der CSU

(Abg. Dr. Matschl: Das haben Sie schon gesagt!)

– nein, ich will das nur wiederholen – als eine Außen-seiterposition beschrieb und der nunmehr sagt: Ich bin eigentlich mitten im Geschehen drin. Das läßt doch nichts anderes zu als die Vermutung, daß ein Kurswechsel stattgefunden hat. Nichts anderes kann ich doch behaupten. Ich weiß von dem Kollegen, daß er der Position des Herrn Gauweiler sehr nahe war. Also hat doch die gesamte CSU einen Kurswechsel vollzogen. Anders ist es nicht nachvollziehbar.

Aber ich will die Zeit nicht übermäßig strapazieren, meine Damen und Herren. Es ist vielleicht auch positiv, daß wir Europadebatten führen, und zwar auch kontrovers führen, weil die Europawahlen nicht nur im Raum stehen, sondern weil es auch darum geht, das Interesse der Menschen draußen – dies ist nahe am Nullpunkt angekommen – wieder zu wecken und sie für Europa zu begeistern. – In diesem Sinne, meine Damen und Herren, herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner: Herr Dr. Fleischer.

(Abg. Diethel: Deutsch-national bis in die Knochen!)

Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann diesen Vorstoß von SPD und FDP heute nur abhaken unter dem Motto: Der Wahlkampf ist eröffnet. Die SPD hat hier eine Position gebracht, die nichts anderes ist, als den Weg zum blanken Zentralismus zu bereiten. Offensichtlich wird sie von den eigenen parteipolitischen Schatten eingeholt; denn sie ist eine zentralistisch strukturierte Partei.

Ich vermisse, daß die SPD heute eine Konzeption für eine Europapolitik dargelegt hätte. Die SPD war in der ganzen Europafrage nie auf der Seite der Befindlichkeit der Bevölkerung. Sonst hätte sie zugestimmt, daß die Bevölkerung eine Chance bekommt, über den europäischen Einigungsprozeß abstimmen zu können.

(Zuruf des Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg])

Das heißt, Sie haben sich tatsächlich von dem entfernt, was die Bevölkerung bewegt.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Herr Schmid heute hier die Regelungswut der Bayerischen Staatsregierung geißelt, hat er ja recht.

Aber man kann ja nicht die eine Regelungswut mit der der anderen entschuldigen. Was die Bevölkerung interessiert und was wichtig ist: daß die etablierten Parteien in Brüssel tatsächlich ein Europa der Bürokraten mit einer unglaublichen Regelungswut aufgebaut haben. Diese Regelungswut kann so nicht weitergehen, weil sie unsere demokratischen Freiheiten und unsere bürgerlichen Rechte in der Zwischenzeit bereits unterdrückt.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Freiherr von Gumpenberg?

Dr. Fleischer (DIE GRÜNEN): Nein, die Zwischenfrage des Herrn Kollegen Gumpenberg möchte ich doch der Bevölkerung ersparen, denn die Debatte wird auch übertragen, glaube ich.

(Heiterkeit bei der CSU)

Dann einige Worte auch zur FDP. Die FDP hat natürlich die Sorge, bei diesem Wahlkampf unter die Räder zu kommen, da sie als Filzverlängerungspartei für die CSU auftreten möchte. Allerdings ist sie eine Partei ohne Programm, denn sie hat bis jetzt nur zwei Programmpunkte präsentiert. Der eine Punkt war, eine Privatisierung im Freistaat einzuläuten. Ich denke, das macht Herr Stoiber in der Zwischenzeit selber. Und das zweite ist die Harmonisierung der Notrufnummern. Ich glaube, auch dies wird geschehen.

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Und wie war es mit dem Wahlrecht?)

Aber wo sind denn die europapolitischen Interessen der FDP abseits davon, einen Herrn Bangemann für 35 000 Mark pro Monat als Europakommissar nach Brüssel zu schicken? Das Ganze ist doch von A bis Z ungläubhaft.

Und jetzt zu den heutigen Sachaussagen: Es ist legitim, wenn ein bayerischer Ministerpräsident oder wer auch immer darüber nachdenkt,

(Abg. Freiherr von Gumpenberg: Also doch Allianz! Allianz!)

daß es doch an der Zeit ist, sich einmal das Urteil des Bundesverfassungsgerichts anzusehen. Wenn Sie es gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts genau festschreibt, daß über Maastricht der Weg zum europäischen Bundesstaat Gott sei Dank nicht geebnet ist. Wer diesen Weg zum europäischen Bundesstaat will, muß die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verändern. Dafür braucht er eine Zweidrittelmehrheit. Das ist auch gut so, daß diese Hürde vorgeschaltet worden ist, denn ein kritikloser Weg in einen Bundesstaat ist nicht das, was die Probleme lösen hilft, weder innenpolitisch noch außenpolitisch und auch nicht im Umgang mit einem Rechtsradikalismus, den es in diesem Lande gibt und der zu bekämpfen ist.

Das Problem kann auch nicht damit gelöst werden, daß die SPD hier sagt, es ist nichts anderes als ein populistisches Auftreten der CSU und der Staatsre-

(Dr. Fleischer [DIE GRÜNEN])

gierung. Ich denke, da müssen Sie vor der eigenen Haustüre kehren, auch bei Ihrer Parteivorsitzenden. Denn wer hat denn populistisch die Position im Asylbereich geräumt? Das waren nicht die GRÜNEN, sondern das war die SPD. Ich muß sagen, wenn schon, dann Glaubwürdigkeit in der Politik. Es macht wenig Sinn – und ich glaube, so kann man die Bevölkerung auch nicht hinters Licht führen –, daß man immer abwechselnd dem anderen Populismus vorwirft.

Das heißt, man muß auch darüber nachdenken, daß sich seit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Kommunismus etwas getan hat. Wir können doch nicht so tun, als könnten wir weiter eine Europäische Union und nicht ein vereinigtes Europa fortschreiben. Man kann doch nicht so tun, als ob die wirtschaftlich florierenden Staaten um Benelux und Brüssel herum die anderen schlicht und einfach ausgrenzen können. Das vermisse ich auch in den Aussagen von SPD und FDP, sich einmal ernsthaft damit auseinanderzusetzen, wie man denn für die frei gewordenen Länder etwas tun kann, für Slowenien, für die Slowakei, für Tschechien und für die anderen. Das bleibt bei der ganzen Regelungswut nämlich ständig außen vor. Ich denke, es ist notwendig, daß man endlich einmal anfängt, dies zur Kenntnis zu nehmen und auch den Weg zu bereiten, daß diese Länder im Konzert der europäischen Völker mitmachen können. Sie gehören nämlich zu Europa.

Die SPD hat auch immer eine eindeutige Aussage gegen den Vertrag von Maastricht vermissen lassen. In diesem Vertrag von Maastricht ist ein plumper Wachstumswahn festgeschrieben. Es ist das Sozialdumping festgeschrieben, gegen das die SPD sonst immer Sturm läuft, und es ist festgeschrieben, daß die Ökologie außen vor bleibt. Ich kann also außer einer zentralistischen Position bei der SPD abseits von parteitaktischen Momenten nichts erkennen, die ja interessant sind, aber hier, glaube ich, nicht zum Ziele führen.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wenn die Suggestivfrage kommt, warum sich die GRÜNEN und Bündnis 90/Die GRÜNEN bei europäischen Wahlen beteiligen, dann kann ich Ihnen antworten: weil wir damit die Informationen sammeln, um nach außen gehen zu können und der Bevölkerung auch darzulegen, daß das, was im Parlament von etablierten Parteien oft gesprochen wird, nichts anderes als schöne Worte sind und daß Sie eben nicht bereit waren bis jetzt, die Milliarden-Subventionsbetrügereien aufzuhalten, die im Umfeld der EG ablaufen und einige Multis fett und reicher machen. Dazu brauchen wir die GRÜNEN als Korrekturfaktor. Unter den hier im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien sehe ich keine, die das besser könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Vorndran: Nun hat der Herr Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Dr. Goppel, das Wort.

(Zurufe und Unruhe bei der SPD und der FDP)

Staatsminister Dr. Goppel: Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gelingt doch gelegentlich immer noch, die Sehnsucht der Opposition so weit auf die Spitze zu treiben, daß sie einen noch herzlich begrüßt. Dafür bin ich Ihnen außerordentlich dankbar.

(Frau Abg. Jungfer: Also ich höre Sie immer sehr gern!)

– Das hätte ich mir vor ein paar Jahren gewünscht, als ich hier gelegentlich in der kulturpolitischen Diskussion angetreten bin. Aber lassen Sie mich in aller Ruhe und Nüchternheit und in Kürze, um die Debatte, die sich anschließt, nicht noch weiter hinauszuschieben, sagen, daß Sie sich einfach aus einer Rede vom 18. 3., Interpellationsantwort, drei Stellen ausgesucht haben, die Ihnen besonders gut passen. Zu der Frage Bundesstaat steht in der Rede vom 18. März folgender Text. Ich bitte zuzuhören und dann die Zwischenfrage nochmals zu stellen oder in der Beschämung, die Sie dann empfinden werden, zu schweigen.

Ein Bundesstaat kann und darf die EG nicht werden, denn dadurch würde sie regionale und nationale Identitäten einebnen und den Menschen ihre Identität nehmen. Sie ist aber eine Schicksalsgemeinschaft.

So hieß es am 18. März. Es ist überhaupt keine andere Äußerung als das, was jetzt Gegenstand des Interviews des Ministerpräsidenten war.

Zweitens zur Frage: Was ist mit der Integration? Verlangsamung, Erweiterung, oder was kommt? Am 18. März hieß es:

Unsere Aufgabe bleibt es, einen Beitrag zur Überwindung der Akzeptanzkrise zu leisten, in der die Europapolitik unweigerlich steckt. Dafür kann eine zeitliche Streckung des europäischen Einigungsprozesses hilfreich sein und gegebenenfalls auch möglich.

Das ist eindeutig die Position, die weiterhin vertreten wird.

Dritter Punkt: die Frage der Zuständigkeiten des Europäischen Parlamentes. In dem Punkt reklamiere ich nun einmal ausdrücklich, daß ich das seit zwei Jahren mit den Kollegen aus dem Europaausschuß immer diskutiere, und zwar in jeder Sitzung, und daß aus unserer Position Begriffe wie Subsidiarität und Regionalausschuß in die europäische Diskussion eingebracht worden sind. Ich zitiere:

Ich fürchte, daß mancher von uns in der Diskussion draußen nicht genügend differenziert urteilt und mit der Forderung, dem Europäischen Parlament mehr und mehr Kompetenzen zu geben, manchmal leichtfertig gerade die eigene Zuständigkeit aufs Spiel setzt.

Meine Damen und Herren, es muß die Diskussion in diesem Landtag darüber geben, was wir in Zukunft in der Zuständigkeit des Europäischen Parlaments ha-

(Staatsminister Dr. Goppel)

ben wollen. Ich finde, daß das, was heute morgen hier diskutiert worden ist, wichtig ist: Außenpolitik gemeinschaftlich zu betreiben. Ich halte es für falsch, daß Agrarstrukturpolitik letztlich im Europäischen Parlament gemacht wird. Das muß gemäß der Subsidiarität zurück zu den Ländern. Auch anderes wie ein Standard im Umweltbereich, der sicherstellt, daß anderswo dieselben Maßstäbe gesetzt werden wie bei uns, muß dort beraten werden. Da müssen wir gemeinschaftlich sauber diskutieren und differenzieren. Nichts anderes hat der Ministerpräsident gefordert; nichts anderes ist unsere Politik seit den Jahren, in denen Bayern Europapolitik mitmacht. Ganz so lange machen wir es ja noch nicht. Mit Georg von Waldenfels haben wir damit vor fünf oder fünfeneinhalb Jahren intensiv angefangen, und jetzt stellen wir fest, daß wir unsere Position nicht geändert haben.

(Frau Abg. König: Na, na!)

– Nein, nein. Wir haben ganz konsequent in der Debatte, egal, wer uns hier gegenübersteht, nur eines festgestellt: Sie, meine Damen und Herren, haben Äußerungen, die von uns konsequent gemacht werden, immer ignoriert, nehmen sie aber jetzt auf und erklären sie ab sofort für diskutabel, diskutabel im Sinne Ihrer Ablehnung. Insoweit ist die Diskussion heute besonders wichtig, weil sie nämlich deutlich macht, daß Sie etwas anderes in Europa wollen, als Sie bis jetzt immer gemeint haben, wenn Sie in den letzten fünf Jahren erklärt haben, wir seien einer Meinung.

In der Frage der Subsidiarität gibt es in Bayern keinen Diskussionsbedarf, weil wir nach meinem Empfinden immer gesagt haben – die FDP vielleicht ausgenommen –, Subsidiarität ist etwas, was wir als Prinzip in der EG nach oben und nach unten anwenden. Wir wollen auch etwas zurückholen, darüber waren wir uns einig.

Jetzt kommt die Frage: Wo werden Zuständigkeiten der EG begründet? Aus den Reihen der CSU ist nie etwas anderes zu hören gewesen als: durch die Aufgaben, die übergeordnet für alle miteinander im Konzert der Welt bei 40% Anteil der Weltbevölkerung zu erfüllen sind. Das sind: Außen- und Sicherheitspolitik, Verteidigung, Außenhandel, Koordination in der Wirtschaftspolitik, Maßstäbe und grundsätzliche Normen für Umweltschutz, Soziales und ähnliches, Asyl- und Einwanderungspolitik. Das ist alles. Warum soll dann ein Bundesstaat entstehen – so darf ich fragen –, wenn die riesige Menge von Zuständigkeiten den Ländern bleibt? Warum muß am Ende alles an diesem Begriff hängen? Wenn nicht alles an dem Begriff hängt, Frau Kollegin König

(Abg. Prof. Dr. Doeblin: Sie hängen es doch!)

– nein –, warum bestehen Sie dann darauf, daß jetzt an dieser Stelle eine Diskussion darüber geführt wird?

(Zuruf der Frau Abg. König)

Ich will das nicht weiter diskutieren.

Es gibt keine Verschiebung der Koordinaten in der CSU. Aber es gibt eines; das will ich Ihnen ausdrücklich sagen: Es gibt den Unterschied in der Betrachtung einer Thematik. Da gibt es jemanden, der ganz euphorisch an die Sache geht – zu denen zähle ich auch nicht – und der in dieser Euphorie sagt: Europa ist unser Segen; dazu gehöre ich genausowenig. Und es gibt diejenigen, die innerhalb der politischen Diskussion sagen: Die Bedenken sind wichtiger als alles andere, und solange nicht das letzte Bedenken ausgeräumt ist, darf es das vereinte Europa nicht geben.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Müller?

Staatsminister Dr. Goppel: Sofort; zwei Sätze muß ich noch dazu sagen.

Diese ganze Bandbreite schließt uns alle miteinander ein. In dieser Bandbreite finden Sie in jeder Partei unterschiedliche Positionen. Ich gehöre zu denen, die die Chancen, die wir in der Zukunft haben, gerne formulieren, weil sie glauben, daß es Menschen gibt, die man dafür gewinnen kann, konstruktiv an Europa mitzuarbeiten. Es gibt in der CSU auch eine ganze Reihe von Menschen, die so denken. Die Entwicklung in der Öffentlichkeit spricht dafür, daß das angesichts des Wahljahres 1994 auch richtig ist. Sie sagen: Wir müssen den Bürger in seinen Bedenken ernstnehmen und die Bedenken formulieren, damit er weiß, daß sie bei uns gut aufgehoben sind.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin jedem dankbar, der das tut. Sie wissen, daß ich in der Diskussion im Landtag immer gesagt habe, ich bin froh über die kritischen Anmerkungen des Kollegen Gauweiler, weil sie dazu beitragen, daß mancher von uns in dieser Runde sehr viel aufmerksamer an die Diskussion geht; das habe ich gesagt, und das ist nachweisbar. Das Verfassungsgericht hat in vielen Punkten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es richtig ist, die Bedenken wahrzunehmen. – Bitte sehr.

Präsident Dr. Vorndran: Herr Abgeordneter Müller.

Müller Herbert (SPD): Herr Minister, wären Sie bereit, Ihre Erklärung, die die SPD in ihrem Dringlichkeitsantrag zitiert hat, heute zu wiederholen?

Präsident Dr. Vorndran: Herr Minister.

Staatsminister Dr. Goppel: Grundsätzlich wiederhole ich alles, was ich gesagt habe, nie wieder, weil ich der Meinung bin, das ist langweilig.

(Abg. Herbert Müller: Sie dürfen es aber!)

Den Inhalt wollten Sie wohl wissen, und im Inhaltlichen würde ich es wiederholen.

(Abg. Herbert Müller: Sie stimmen dem zu?)

Ich hätte keine Probleme damit, genausowenig wie der Herr Ministerpräsident. Aber ich würde es in der Summe wiederholen, mit all den anderen Äußerungen.

(Staatsminister Dr. Goppel)

gen, die Sie in der üblich kunstvollen Weise weglassen haben.

Damit erklärt sich auch meine Körpersprache, lieber Herr Kollege Schmid. Wenn jemand an dieser Stelle eine Rede von einer Dreiviertelstunde Dauer, die die Meinung der Staatsregierung wiedergibt, in drei Sätzen zusammenfaßt und Pünktchen dazwischen macht, um nachher zu fragen: „Herr Ministerpräsident, teilen Sie den Duktus, den Inhalt, den Wortlaut und alles, und wenn nicht, warum?“, dann bin ich leicht verkrampft und muß sagen: So eine Art von Chuzpe, so eine vordergründige Art und Weise, jemandem klarmachen zu wollen, daß man in der SPD mit seinen Vorstellungen von künftiger Union entdeckt worden ist, ist natürlich etwas, was man der Bevölkerung auch klarmachen muß. Ich habe entdeckt: Sie stehen unter Europäischer Union auch nicht den Bundesstaat. Sie verstehen unter Europäischer Union wohl etwas, das sich in der alten Ideologie der SPD irgendwann festgeschrieben hat, nämlich die Einheit, in der alles von der Zentrale bestimmt wird und

(Abg. Dr. Ritzer: Ach! – Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]: Unsinn!)

– Herr Fleischer hat es vorhin gesagt – in der die Zentrale letztlich alles zu melden hat. Das wollten wir nie.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die Debatte nur das erreicht hätte, daß endlich alle begreifen, der Sozialismus ist immer noch auf dem alten Weg und Sie sind doch noch in der alten Ideologie verhaftet, dann wäre unglaublich viel gelungen; denn dann hätte sich der Nebel über dem europäischen Meer gelichtet. Das halte ich für ganz wichtig; denn allemal hat die Bevölkerung den Eindruck gehabt, in der politischen Landschaft ist Nebel, es tutet – man weiß nicht, von welchem Schiff –, alle miteinander fahren auf dem Meer – die GRÜNEN paddeln natürlich und haben keinen Tuter dabei –, aber ansonsten ist auf diesem Meer alles in undurchsichtiger Unordnung.

Jetzt aber wird Ordnung geschaffen. Daher bin ich dem Herrn Ministerpräsidenten – unabhängig von der Mitgliedschaft im Kabinett, wo ich sowieso immer ein gewisses Maß an Dankbarkeit aufbringe – sehr dankbar, daß er mit seiner Äußerung in der „SZ“ dafür gesorgt hat, daß Sie nun die Katze aus dem Sack lassen, und das ist bei den Tätigkeiten auf dem Meer ja sehr wichtig; denn normalerweise bedeuten „Katzen im Sack“ – auch die Tierschützer werden mir das nachsehen – eher, daß jemand ein Wesen ersäufen möchte.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Kümmern Sie sich um den
Schwarzen Peter!)

Es ist gut, daß sie ihre Katze aus dem Sack lassen und damit deutlich machen, daß die SPD einen anderen Weg in Europa will. Das ist deswegen wichtig, weil die Sozialisten aus den zwölf Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament gelegentlich Mehrheiten ha-

ben, die für diesen Kontinent gefährlich werden können.

(Beifall bei der CSU – Abg. Prof. Dr. Doeblin:
Vor allem, wenn die CSU mitwirkt!)

Präsident Dr. Vorndran: Das Wort hat nun Herr Professor Doeblin.

(Abg. Diethel: Das darf doch
nicht wahr sein!)

Prof. Dr. Doeblin (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab in der heutigen Debatte ein zahlenmäßiges, quantitatives Übergewicht der Redner der Aktionseinheit GRÜNE/CSU, so daß es nur gerechtfertigt ist, wenn wir unsere europafreundlichen Positionen hier noch einmal deutlich machen.

Ich möchte insbesondere etwas zurechtrücken: Hier sind ganz falsche Schlachtordnungen eingenommen worden. Hier wird von Herrn Stoiber, von Rednern der CSU und der GRÜNEN so getan, als ginge es hier um die Frage „Bundesstaat Europa“. Hier wird so getan, als kämpfe die CSU gemeinsam mit den GRÜNEN gegen diesen heranwachsenden Moloch Bundesstaat und die FDP und die SPD seien für den europäischen Bundesstaat. Meine Damen und Herren, diese Diskussion geht doch völlig an der Sache vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Der Bundesstaat ist für uns doch überhaupt nicht mehr das Thema; das ist doch von allen Parteien inzwischen deutlich gesagt worden. Nein, meine Damen und Herren, Sie versuchen Gräben aufzureißen, um von den Gräben abzulenken, die in Ihren eigenen Reihen zwischen den Pro-Waigelianern und den Pro-Stoiberianern bestehen. Es ist wirklich interessant und über den Tag hinaus festzuhalten, wie sehr Sie sich inzwischen mit den GRÜNEN ins gleiche Boot gesetzt haben.

(Abg. Spatz: Fleischer ist Stoiber-Fan!
Die Extreme treffen sich!)

Ich sage deutlich nicht, daß die GRÜNEN sich in Ihr Boot gesetzt haben; Sie haben sich ins Boot der GRÜNEN gesetzt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wenn Sie davon sprechen, daß man nicht alles regeln dürfe und auf europäischer Ebene nicht alles festschreiben dürfe, muß ich fragen: Wer hat sich denn seit der Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht immer wieder kritisch zu Wort gemeldet und behauptet, daß es Herrn Genscher nicht gelungen sei, auf politischer Ebene zur Standardisierung, Harmonisierung, Vereinheitlichung zu kommen? Das waren Sie. Sie haben immer kritisiert, daß es bei der politischen Einigung zu wenig Fortschritte gebe, daß das Europaparlament zu wenig Recht bekommen habe. Auf wessen Kosten hätte es denn letztlich diese Rechte bekommen sollen, wenn nicht auch auf Kosten der Rechte des Freistaats Bayern? Umgekehrt haben Sie Herrn Waigel immer gelobt, weil er so weitreichende Regelungen im Bereich der Wirtschafts-

(Prof. Dr. Doeblin [FDP])

und Währungsunion gefunden hat. Was ist denn der Ecu anderes als ein Geschöpf des Herrn Waigel?

(Beifall des Abg. Spatz)

Ich habe letztes Mal gesagt, Herr Waigel ist der Vater des Ecu. Vor einem Jahr hätte ich hier noch Beifall dafür bekommen. So ändern sich die Zeiten. Aber das ist doch der Punkt, worauf wir aufmerksam machen, wenn wir von Schlingerkurs sprechen, daß Sie früher mit dafür verantwortlich waren und diese Verantwortung auch öffentlich akzeptiert haben, daß es in der Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa weitreichende Festlegungen gab, über die man in einzelnen Punkten diskutieren konnte. Wir haben als FDP auch kritische Beiträge dazu geleistet. Wir waren manchmal von dem währungspolitischen Hurra-Stil des Herrn Waigel und der CSU nicht so überzeugt. Ich entsinne mich, daß wir hier im Parlament einiges dazu gesagt haben. Nur, wenn Sie heute sagen, das stimmt alles nicht mehr und wir sind gegen einen überbordenden europäischen Bundesstaat, dann stehen Sie damit im Widerspruch zu Ihrer eigenen Politik von noch vor einem Jahr oder kürzer. Darauf wollten wir hinweisen. Dazu haben Sie heute keine glaubwürdigen Antworten geliefert, und das haben wir kritisiert.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/13238 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der GRÜNEN.

(Abg. Freiherr von Gumppenberg: Allianz! –
Abg. Prof. Dr. Doeblin: Aktionseinheit!)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/13256; das ist der Antrag der FDP. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP und der SPD. Gegenstimmen? – Die Fraktionen der CSU und der GRÜNEN.

(Abg. Freiherr von Gumppenberg: Allianz! –
Gegenruf des Abg. Alois Glück)

Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, der Herr Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit teilt mit Schreiben vom 2. November 1993

mit, daß er beabsichtige, vor dem Landtag heute eine Erklärung zum Thema

„Konsequenzen aus den jüngsten Vorfällen um HIV-infizierte Blutspenden“

abzugeben. Nach der Geschäftsordnung ebenso wie nach Artikel 24 unserer Verfassung müssen die Mitglieder der Staatsregierung jederzeit gehört werden. Ich erteile Herrn Staatsminister Dr. Glück das Wort.

Staatsminister Dr. Glück: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die folgende Regierungserklärung dient in gleicher Weise der Unterrichtung der bayerischen Bevölkerung und des Bayerischen Landtages über den Umfang der Gefahren im Umgang mit Blut und Blutprodukten und mögliche Maßnahmen zur Minimierung von Risiken.

Mein durch die Vorgänge in Koblenz besonders betroffener Kollege Ullrich Galle aus Rheinland-Pfalz hat vor kurzem festgestellt, der Aids-Skandal eigne sich nicht zur parteipolitischen Profilierung.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]: Der Seehofer ist gefragt und nicht der Galle! Das ist unsachlich!)

– Herr Kollege Schmid, ich habe das im Sinne des Bedauerns gesagt, daß in seinem Lande jetzt Dinge aufgetaucht sind, mit denen er nichts zu tun hat.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]: Ein scheinheiliges Bedauern ist das!)

Ich habe gestern – fragen Sie ihn – ein sehr freundschaftliches und auch mitfühlendes Gespräch mit ihm geführt. Das ist mein Stil, und Sie sollten einen auch einmal ausreden lassen, Herr Schmid.

(Beifall bei der CSU)

Der Feststellung des Herrn Kollegen Galle aus Rheinland-Pfalz, der Aids-Skandal eigne sich nicht zur parteipolitischen Profilierung, kann ich uneingeschränkt zustimmen. Die täglich neuen Botschaften von Versäumnissen und Fehlern fordern von jedem politisch verantwortlich Handelnden den geraden Weg der Sachlichkeit und des effizienten Einschreitens. Unangebracht sind Nachlässigkeit ebenso wie Überreaktion oder gar Hysterie. Lassen Sie mich festhalten:

Erstens. Das zur Zeit bestehende Restrisiko hat sich auch durch die bis jetzt bekanntgewordenen Fälle krimineller Handlungen einzelner Plasmahändler nicht erhöht. Nach wie vor können wir von einem Infektionsrisiko von 1 : 100000 ausgehen. Damit liegt es weit geringer als Risiken bei vielen anderen medizinischen Eingriffen. Zum Vergleich: Das Narkoserisiko beträgt 1 : 20000. Wir können daher immer noch davon ausgehen, daß Blut und Blutprodukte in der Bundesrepublik Deutschland zu den sicheren Arzneimitteln gehören. Die Qualität der Blutzubereitung wurde in den letzten Jahren sogar wesentlich verbessert.

Zweitens. Das Bayerische Sozialministerium hat umgehend alle notwendigen Schritte eingeleitet, um

(Staatsminister Dr. Glück)

trotz ständig neuer Informationen endlich Klarheit zu gewinnen, ob und inwieweit bayerische Patienten durch kriminelles Fehlverhalten einzelner mit der Blutzubereitung befaßter Einrichtungen konkret gefährdet wurden. Hierüber habe ich die Bevölkerung lückenlos aufgeklärt und werde dies weiter tun. Da ich in den gestellten Anträgen ebenfalls ein großes Informationsbedürfnis sehe, werde ich auch auf die dort gestellten Fragen noch näher eingehen. Um die Verunsicherungen der möglicherweise betroffenen Patienten abzubauen, empfehle ich, den kostenlosen anonymen Aids-Test in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus werde ich durch ein Spezialistenteam zentral und gezielt die 16 bayerischen Einrichtungen, die Blutzubereitungen herstellen, einführen oder in den Verkehr bringen, unangemeldet und verstärkt überwachen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Die Staatsregierung wird sich darüber hinaus – nicht zuletzt auf Grund der Erkenntnisse über die jüngsten Vorfälle – verstärkt dafür einsetzen, daß durch Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen – Stichwort beispielsweise Arzneimittelgesetz – und weitere Maßnahmen das verbleibende Restrisiko bei Blutprodukten weiter vermindert wird. Dabei gilt, daß die Verantwortung für die Sicherheit von Blut und Blutprodukten im wesentlichen beim Bund liegt, insbesondere die Gesetzgebung, die Zulassung von Blutprodukten und deren Herstellung und Prüfverfahren. Die Länder haben die Verantwortung für die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften, die Überwachung der Herstellerfirmen und den eventuell notwendigen Rückruf von Medikamenten.

Viertens. Kriminelle Aktivitäten können leider manchmal nicht von vornherein verhindert werden. Dies gilt gerade für den Fall der UB-Plasma-Labor Koblenz, die das Spenderblut nicht individuell, sondern gepoolt auf HIV-Antikörper getestet und, was zunächst völlig unglaublich klingt, nach einer dpa-Meldung vom 3. November 1993 seit 1986 möglicherweise mit Wissen von Behörden bewußt HIV-infiziertes Blut vertrieben haben soll.

Um die Gefährdungslage richtig einzuschätzen, sind die verschiedenen Kategorien von Blut und Blutprodukten streng voneinander zu trennen.

Erstens Vollblutkonserven, Erythrozyten und Thrombozytenkonzentrate: Diese werden zum Ausgleich von Blutverlusten etwa nach Unfällen bei Operationen benötigt. Hiervon werden in der Bundesrepublik 3 bis 4 Millionen Beutel jährlich hergestellt. Durch Testung der Blutspende werden bei zirka 100 000 Blutspendern ein bis zwei HIV-Infektionen aufgedeckt. Diese Spenden werden sofort eliminiert. Seit 1. Oktober 1985 werden Blutkonserven auf HIV-Antikörper getestet. Mit den derzeit routinemäßig zur Verfügung stehenden Untersuchungsverfahren zum HIV-Antikörpernachweis können allerdings frische HIV-Infektionen, die noch nicht zu einer Antikörperbildung geführt haben, nicht erfaßt werden.

Der Zeitraum zwischen Infektion und Antikörperbildung, in dem Antikörpertests negativ ausfallen, obwohl eine Infektion vorliegt, wird diagnostisches Fenster genannt. Der Zeitraum hierfür wird unterschiedlich angegeben zwischen sechs Wochen und sechs Monaten. Das durch dieses diagnostische Fenster bestehende Restrisiko von 1:1 000 000 kann durch Quarantäne und Zweittestung des Spenders allenfalls verringert, aber noch nicht ausgeschlossen werden. Inaktivierungsverfahren sind nicht ohne Wirkungsverlust, zum Beispiel der roten Blutkörperchen, durchführbar.

Zweitens gefrorenes Frischplasma: Es wird benötigt für Blutungen bei Patienten, die Blutplasma einschließlich Gerinnungsfaktoren brauchen. Die Infektionsrate dieser Produkte ist verschwindend gering. Um das Restrisiko noch weiter zu verringern, kann hier die Quarantänelagerung dienen. Frischplasma ist der Stoff, durch den die Firma UB-Plasma traurige Berühmtheit erlangt hat.

Drittens. Weiterverarbeitete Plasmaprodukte – PPSB, Blutgerinnungsmittel Faktor VIII und IX – werden benötigt für angeborene Blutgerinnungsstörungen oder nach Verletzungen, Operationen und Unfällen. Bei konsequenter Anwendung der nach dem Stand der Wissenschaft und Technik als sicher geltenden Herstellungsverfahren werden die HIV-Erreger inaktiviert; das Risiko ist damit gleich Null.

Viertens. Kein Risiko besteht nach Expertenmeinung wegen zuverlässiger Inaktivierungsverfahren bei Humanalbumin, Immunglobulinen und Impfstoffen. Ein absolutes Nullrisiko gibt es allerdings auch hier nicht.

Das Bundesgesundheitsamt nimmt für sich in Anspruch, entsprechend dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Vermeidung von HIV-Infektionen durch Gerinnungspräparate gegenüber den Herstellern dieser Präparate Maßnahmen getroffen zu haben, um eine möglichst umfassende Produktsicherheit zu gewährleisten. Insbesondere sei angeordnet worden, Risikogruppen von der Blut- bzw. Plasmaspende auszuschließen, Plasma aus verschiedenen Herkunftsländern nicht zu mischen, wirksame Verfahren zur Inaktivierung von HI-Viren durchzuführen, in der Packungsbeilage einen Hinweis auf die Möglichkeit einer Übertragung bekannter und unbekannter Erreger zu geben und die Qualität der Fertigprodukte durch umfassende Unbedenklichkeitsprüfung jeder Charge zu sichern.

Die vom BGA angeordneten Maßnahmen wurden den für die Arzneimittelüberwachung zuständigen Regierungen jeweils unverzüglich zur Kenntnis gegeben, damit diese deren Vollzug überwachen konnten.

Über die vom BGA und den Herstellern im Rahmen ihrer jeweiligen Verantwortung ergriffenen Maßnahmen hinaus waren Anordnungen der Bezirksregierungen auf Grund der damaligen Risikobewertung, also 1985, nicht veranlaßt, zumal das BGA in den an pharmazeutische Unternehmer in Bayern gerichteten Bescheiden davon abgesehen hat, vor dem obligatorischen Einsatz von HIV-Antikörpertests am 1. Oktober

(Staatsminister Dr. Glück)

1985 hergestellte Gerinnungspräparate als „nicht verkehrsfähig“ zu deklarieren.

Auch ein Rückruf dieser Präparate – ich beantworte jetzt auch schon den Dringlichkeitsantrag der SPD, soweit das hier möglich ist – hätte zwangsläufig die Gerinnungspräparate sämtlicher Hersteller betreffen müssen und damit zu einer sicheren Gefährdung aller Bluterpatienten geführt. Aufgrund des damaligen Erkenntnisstandes wurde das Risiko einer Übertragung von HI-Viren geringer eingestuft und daher auf die einschneidende Maßnahme des Rückrufs dieser lebenswichtigen Arzneimittel verzichtet. Dies war die übereinstimmende Meinung der Experten und aller Länder.

Gerinnungspräparate sind sehr teuer und erfordern eine aufwendige Lagerung. Deshalb ordern pharmazeutische Großhandlungen, Apotheken und Krankenhäuser jeweils nur den laufenden Bedarf. Somit konnte davon ausgegangen werden, daß nach dem 01. 10. 1985 größere Lagerbestände „alter“ Präparate nicht vorhanden waren.

Im übrigen wurde in den bayerischen Hämophiliezentren die Indikation zur Gabe von Gerinnungsprodukten von jeher auf das unbedingt lebensnotwendige Maß beschränkt, so daß der Anteil der HIV-infizierten Bluterkranken in Bayern niedriger liegt als in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Von den dem BGA gemeldeten 373 Verdachtsfällen einer HIV-Infektion durch Anwendung von Blutpräparaten steht nunmehr fest, daß sich 360 Patienten mit Sicherheit vor dem 01. 10. 1985 infiziert haben, fünf Patienten mit Sicherheit nach diesem Datum, sieben im Verlauf des Jahres 1985. Die Unsicherheit darüber, bei wie vielen der 373 Verdachtsfälle es sich um Patienten handelt, die nach dem 01. 10. 1985 infiziert worden sind, hat den Bundesgesundheitsminister bekanntlich zu seinen Maßnahmen gegenüber dem Bundesgesundheitsamt veranlaßt.

Vor 1985 wurde auch der Keim zur Tragödie der Bluterkranken gelegt, die auf Plasmaprodukte angewiesen sind. Man rechnet damit, daß von 3000 Blutern damals zirka 1200 betroffen waren, in Bayern 200. 50 Prozent der Bluter hatten sich schon bis Mitte 1982 angesteckt. Heute sind Bluter grundsätzlich nicht mehr gefährdet als andere Patienten.

Die Risikobewertung läßt sich also nochmals zusammenfassen: Bei Humanalbumin, Immunglobulinen und Impfstoffen besteht nach menschlichem Ermessen kein HIV-Infektionsrisiko; bei Blut und Plasma ist seit 1985 nur ein äußerst geringes Risiko anzunehmen.

Die jetzt bekanntgewordenen, skandalösen Vorfälle betreffen vor allem das gefrorene Frischplasma der Firma UB-Plasma-Labor GmbH in Koblenz. Weitere Firmen, die Plasma von dieser Firma bezogen, weiterverarbeitet oder nach Umetikettierung weiterveräußert haben, sind nachzeitigem Kenntnisstand die Firma Biotest in Hessen, die Firma Pharma Dessau in Sachsen-Anhalt, die Firma Octapharma in Nordrhein-

Westfalen, die Firma Immuno in Baden-Württemberg und die Firma AB-O Plasma GmbH in München.

Im einzelnen handelte es sich um folgende Vorfälle. Plasmalieferungen der Firma UB-Plasma haben nach derzeitigem Sachstand in Bayern unmittelbar oder mittelbar folgende Krankenhäuser erhalten:

Unmittelbar: Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth; Klinikum Bayreuth; Kreiskrankenhaus Lichtenfels; Kreiskrankenhaus Burglengenfeld; Kreiskrankenhaus Oberviechtach.

Mittelbar: Kreiskrankenhaus Nabburg; Chirurgische Klinik Innenstadt München; Krankenhaus Dritter Orden, München; Klinikum Passau; Kreiskrankenhaus Kemnath, wobei die Kreiskrankenhäuser Nabburg und Kemnath nach neuesten Erkenntnissen weder durch die Firma UB-Plasma noch durch die Firma AB-O, sondern durch andere Krankenhäuser mit diesen Arzneimitteln beliefert wurden, weswegen sie in der anfänglichen Liste nicht aufgeführt worden sind.

165 Präparate der UB-Plasma wurden sichergestellt. Wieviel Präparate angewendet wurden, wird zur Zeit von den Regierungen ermittelt. Die Regierung der Oberpfalz meldet z. B. vorläufig 1717 dieser Präparate.

Ermittelt werden auch die betroffenen Patienten. Einige Krankenhäuser haben bereits festgestellt, daß Patienten an ihrer Grundkrankheit, also nicht an Aids inzwischen verstorben sind. Für Niederbayern liegen nach gegenwärtigem Sachstand abschließend folgende Erkenntnisse vor:

Das Klinikum Passau hat 30 über die Firma AB-O gelieferte Plasmabeutel bezogen. Drei davon konnten noch sichergestellt werden; drei gingen kaputt, weil die Beutel geplatzt sind; 24 Beutel wurden insgesamt zwölf Patienten verabreicht. Von den betroffenen Patienten sind acht an ihren Grundleiden verstorben. Die restlichen vier wurden benachrichtigt und haben sich freiwillig testen lassen. Zwei bereits vorliegende Testergebnisse sind negativ. Die zwei sind im Krankenhaus schon getestet worden, sie wollten zum Arzt gehen.

Der Regierungsbezirk Schwaben hat Fehlanzeige erstattet. Die Ermittlungen in den anderen Regierungsbezirken dauern noch an.

Eine HIV-Infektion durch diese über Koblenz bezogenen Präparate wurde in Bayern bisher nicht festgestellt. Ich hoffe, daß dies auch künftig so bleiben wird.

Zum zeitlichen Ablauf der dem Sozialministerium von den zuständigen Stellen in Rheinland-Pfalz übermittelten Informationen und den vom Sozialministerium eingeleiteten Maßnahmen berichte ich wie folgt:

Einblick in die Geschäftsgebaren der Firma UB-Plasma bekam das bayerische Gesundheitsministerium erstmals am 18. 08. 1993, als diese Firma versuchte, heimlich still und leise fünf Chargen, also Beutel, potentiell HIV-kontaminiertes fresh frozen Plasma, gefrorenes Frischplasma, aus den Krankenhäusern Burglengenfeld und Hohe Warte in Bayreuth zurückzuholen. Diese Chargen stammten von zwei

(Staatsminister Dr. Glück)

Stammspendern, die bei einer Spende als HIV-reaktiv aufgefallen waren, jedoch später HIV-negativ getestet wurden. Wir haben diesen Vorfall sofort zum Anlaß genommen, das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium sowie die anderen obersten Landesgesundheitsbehörden, das Bundesgesundheitsministerium sowie das Bundesgesundheitsamt darüber zu informieren. Damit ist der Stein ins Rollen gekommen.

Am 22. 10. 1993 teilte das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium mit, daß Ermittlungen ergeben hätten, daß die Rückstellmuster früherer Plasmaspenden eines am 25.02.1993 erstmals HIV-positiv getesteten Spenders im Aids-Zentrum des Bundesgesundheitsamtes HIV-negativ getestet und in Umlauf gebracht wurden.

Vom fraglichen Spender waren seit 15.09.1992 insgesamt elf Chargen zum Klinikum Bayreuth und Krankenhaus Hohe Warte in Bayreuth geliefert worden. Zwei Chargen davon waren bereits am 18.10.1993 zurückgerufen worden. Die Rückstellmuster der restlichen Chargen, die nach dem Arzneimittelgesetz beim Hersteller zur möglichen Gegenkontrolle vorrätig gehalten werden müssen, sind beim Aids-Zentrum des BGA HIV-sero-negativ getestet worden.

Wie schon im ersten Fall habe ich die Krankenhäuser am 22.10.1993 gebeten, die Chargen dieses Fertigarzneimittels in Quarantäne zu nehmen und nicht mehr zu verwenden. Außerdem sollten die Empfänger des schon verabreichten fresh frozen Plasma ermittelt und – nach Möglichkeit – einem HIV-Antikörpertest unterzogen werden. Darüber hinaus habe ich vorsorglich alle Krankenhäuser und Ärzte aufgefordert, Chargen dieses Fertigarzneimittels nicht mehr anzuwenden.

Eine neue Dimension nahm diese Angelegenheit an, als sich am gleichen Tag herausstellte, daß die Münchner Herstellerfirma AB-O Plasma GmbH von diesem Fertigarzneimittel im Zeitraum November/Dezember 1992 zwölf Chargen geliefert bekommen und nach Umetikettierung mit einer eigenen, um zwei Ziffern erweiterten Chargen-Bezeichnung an drei Krankenhäuser in Berlin und eines in Heidelberg geliefert hatte. Arzneimittelrechtlich ist diese Vorgehensweise nicht zu beanstanden, da AB-O im Besitz einer Herstellungserlaubnis nach dem Arzneimittelgesetz ist.

Diese Firma wurde ebenfalls direkt angeschrieben. Ferner hat die hiervon unterrichtete Regierung von Oberbayern sofort die Ermittlungen aufgenommen und der oben genannten Firma aufgegeben, die Empfänger dieser umetikettierten Fertigarzneimittel unverzüglich über den Sachverhalt zu informieren. Weiterhin wurden hierüber die für die belieferten Krankenhäuser örtlich zuständigen Arzneimittelüberwachungsbehörden unterrichtet.

In der Nacht des 27. 10. 1993 informierte das Polizeipräsidium Koblenz das Staatsministerium des Innern über den Verdacht, daß das fresh frozen Plasma der Firma UB-Plasma nicht ausreichend auf HIV-Antikörper getestet worden sei und deshalb nicht ausge-

schlossen werden könne, daß bislang ausgelieferte Plasma-Beutel möglicherweise mit HI-Virus infiziert seien. Die zuständigen rheinland-pfälzischen Arzneimittelaufsichtsbehörden hätten daher die Sicherstellung aller 1993 ausgelieferten Chargen von fresh frozen Plasma angeordnet.

Noch in der Nacht wurden die bayerischen Polizeidienststellen alarmiert und angewiesen, in den mitgeteilten Krankenhäusern das fragliche Plasma sicherzustellen. Aufgrund dieser Polizeiaktion wurden in den Krankenhäusern Burglengenfeld 46 Chargen, Oberviechtach zwölf Chargen, „Hohe Warte“ in Bayreuth 112 Chargen gestellt, und im Klinikum Bayreuth zwei Chargen sichergestellt; in Lichtenfels waren keine mehr vorhanden. Nunmehr hielt ich es für geboten, einen totalen Anwendungsstopp für alle Blutprodukte der Firma UB-Plasma auszusprechen. Darüber hinaus habe ich die betroffenen Krankenhäuser angewiesen, ein Look-back-Verfahren für die Empfänger dieser Fertigarzneimittel vorzunehmen.

Auch die Firma AB-O Plasma gehörte zu diesem Empfängerkreis. Im Zeitraum vom 20. Juli 1992 bis 11. August 1993 hat sie 976 Chargen Frischplasma von der Firma UB-Plasma bezogen, als „eigene Ware“ umetikettiert und an Krankenhäuser in Bayern – Klinikum Passau, Krankenhaus des Dritten Ordens München-Nymphenburg und Chirurgische Klinik der LMU, Klinik Innenstadt – sowie in Bad Soden, Berlin, Frankfurt, Heidelberg, Karlsbad und Limburg geliefert. Neben der Information der obersten Landesgesundheitsbehörden, des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesgesundheitsamtes habe ich die Notwendigkeit gesehen, ebenfalls einen Anwendungsstopp für das freshfrozen Plasma der Firma AB-O Plasma auszusprechen. Die Polizei, die bei ihren Ermittlungen von der Regierung von Oberbayern unterstützt wurde, stellte bei ihrer Aktion jedoch nur mehr drei Chargen des Frischplasmas im Klinikum Passau sicher.

Am 29. Oktober 1993 habe ich die sieben Regierungen angewiesen, alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Krankenhäuser abzufragen, ob sie Frischplasma von der Firma UB-Plasma oder der Firma AB-O Plasma erhalten haben, und Firmen, die Blut- oder Blutprodukte herstellen, einschließlich der Blutspendedienste daraufhin zu überprüfen, ob die Tests auf HIV-Antikörper dort ordnungsgemäß durchgeführt wurden. Ein abschließendes Ergebnis liegt mir noch nicht vor.

In der Zwischenzeit haben auch pharmazeutische Unternehmer Blutzubereitungen zurückgerufen, in denen sie Blutplasma der Firma UB-Plasma weiterverarbeitet haben. Von der Biotest, Dreieich, sind Lieferungen gegangen an die Krankenhäuser Schwabing und die Chirurgische Klinik der LMU, Klinikum Innenstadt, an das Klinikum Großhadern, das Städtische Krankenhaus Rosenheim und die Universitätsklinik Würzburg. Von der Firma Pharma Dessau in Dessau ging eine Lieferung an die pharmazeutische Großhandlung Stumpf GmbH & Co. in Nürnberg. Humanalbumin wurde an die pharmazeutische Großhandlung Andreae-Noris Zahn AG in Nürnberg sowie Human-

(Staatsminister Dr. Glück)

immunglobulin Anti D „Dessau“ an Apotheken beim Klinikum Hof und beim Elisabeth-Krankenhaus Straubing sowie an die St.-Michaels-Apotheke in Oettingen geliefert. Die Firma Octapharma, Langenfeld, hat ihre Arzneimittel an die Kreiskrankenhäuser München-Pasing und Deggendorf, die Städtische Klinik in Weiden, das Städtische Krankenhaus München-Harlaching und an die Krankenhäuser der Barmherzigen Brüder in Regensburg geliefert.

In diesen Fällen sind die Regierungen angewiesen worden, die jeweilige Rückrufaktion zu überwachen und dem Sozialministerium den Ausgang der Angelegenheit mitzuteilen. Da diese Rückrufmeldungen teilweise erst am 2. November 1993 eingegangen sind und versandt wurden, liegen noch keine Ergebnisse über die von den Regierungen durchgeführten Ermittlungen vor.

Die betroffenen bayerischen Krankenhäuser wurden von mir aufgefordert, ein Look-back-Verfahren für die Produkte der Firma UB-Plasma in Koblenz durchzuführen. Das heißt, daß die Patienten von den acht Krankenhäusern ermittelt und zu einem HIV-Test veranlaßt werden. Dies gilt auch für die Patienten, die mit Fertigarzneimitteln von Firmen behandelt wurden, die Produkte der UB-Plasma-Labor weiterverarbeitet oder weiterveräußert haben.

Was die Münchner Firma AB-O Plasma angeht, die von UB-Plasma 976 Plasmabeutel bezogen hat, so kann nach dem derzeitigen Stand der Überprüfung deren Verfahren arzneimittelrechtlich nicht beanstandet werden. Freilich beklagen sich die betroffenen Krankenhäuser zu Recht, über die wahre Herkunft der Präparate getäuscht worden zu sein. Das Look-back-Verfahren in diesen Fällen ist unbedingt erforderlich, um betroffene Patienten ausfindig zu machen. Sie und ihre Partner haben ein Recht darauf zu wissen, wie es um sie steht. Ich habe mittlerweile feststellen können, daß sich an diesem Look-back-Verfahren für die Präparate aus Koblenz alle bayerischen Krankenhäuser beteiligen – jedenfalls die Krankenhäuser, die sich betroffen fühlen müssen.

Darüber hinaus habe ich für die bisher nicht entdeckten HIV-Infizierten vor dem 1. Oktober 1985 exemplarisch ein Look-back-Verfahren bei zwei ausgewählten Krankenhäusern meines Geschäftsbereichs angeordnet. Es handelt sich um das Krankenhaus „Hohe Warte“ in Bayreuth und das Deutsche Herzzentrum des Freistaates Bayern. Sollten hierbei Infektionsfälle gefunden werden, werde ich dafür Sorge tragen, daß diese Aktion, so aufwendig sie ist, bayernweit durchgeführt wird.

Ferner habe ich im Sozialministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die folgende Aufgaben hat: den Sachverhalt lückenlos zu dokumentieren, durch abgestimmte Maßnahmen die Entwicklung zu steuern, notwendige Rechtsänderungen, falls erforderlich, im Wege einer Bundesratsinitiative vorzubereiten und zu prüfen, ob und wie zusätzlich Kontrollen auch bei den Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen Nord- und Südbayern vorgenommen werden

können. Ich habe außerdem ein Bürgertelefon eingerichtet, das jedem Fragesteller zur Verfügung steht – und zur Zeit nicht stillsteht. Zweihundert Anrufe täglich sind die Norm. 80 bis 90% der Anrufer beziehen sich auf Immunglobuline und Impfstoffe, bei denen, wie gesagt, nach menschlichem Ermessen kein Risiko besteht, für die es aber dennoch Rückrufaktionen gegeben hat. Es ist sichergestellt, daß die Anfragen zum Nulltarif aus allen Landesteilen gestellt werden können.

Jeder kann sich natürlich auch an seinen Arzt, an die 74 bayerischen Gesundheitsämter und die elf psychosozialen Aids-Beratungsstellen wenden. Ich empfehle jedem, der sich Sorgen macht, weil er in der Vergangenheit Blut oder Blutprodukte erhalten hat, sich einem HIV-Test zu unterziehen. Bei Immunglobulinen, Humanalbuminen oder Impfstoffen sehe ich keinen Anlaß hierfür. Die gesetzlichen Krankenkassen haben sich auf meine Bitte erfreulicherweise bereit erklärt, die Kosten des Tests beim niedergelassenen Arzt zu übernehmen. Auch bei den Gesundheitsämtern ist der HIV-Test nach wie vor kostenlos.

Derzeit werden folgende Maßnahmen zur Sicherheit von Blut und Blutprodukten eingesetzt:

Erstens. Sorgfältige Befragung und Untersuchung der Blutspender. Bayern hat bereits Ende 1991 alle Blutspendedienste unterrichtet, ihre Spenderinformationen den Anforderungen des Urteils des Bundesgerichtshof vom 30. April 1991 anzupassen. Beim HIV-Test der Blutspende – obligatorisch seit 1. Oktober 1985, in Bayern teilweise sogar seit Mai 1985 – wird auf HIV-1 und HIV-2 getestet. Im Suchtest positive Blutspenden werden verworfen, auch wenn der Bestätigungstest negativ ausfällt.

Zweitens. Inaktivierung von Krankheitserregern, soweit für die Art des Blutproduktes geeignete Verfahren vorhanden sind. Das ist nicht der Fall bei Blutkonserven und bei gefrorenem Frischplasma.

Drittens. Eine Verschärfte Überwachung von Einfuhr, Herstellung und Inverkehrbringen von Blutzubereitungen ist in Bayern seit 24. September 1993 angeordnet. Bei Einfuhren aus Nicht-EG-Ländern soll der ausländische Herstellerbetrieb von bayerischen Inspektoren vor Ort überprüft werden. Bayerische Hersteller und Blutspendedienste sind mindestens im Zweijahresturnus von den Regierungen zu inspizieren, sofern keine Verdachtsmomente vorliegen – andernfalls selbstverständlich öfter.

Viertens. Blut und Blutprodukte werden – strenge Indikationsstellung – nur verabreicht, wenn dies der Arzt aus medizinischer Sicht für notwendig erachtet, um lebensbedrohliche Zustände zu behandeln. Hier sei die kritische Frage erlaubt, ob die Bundesrepublik Deutschland wirklich Spitzenreiter im Verbrauch von Blut und Blutprodukten sein muß.

Fünftens. Um bei festgestellten Spendern von Blut oder Plasma eine Benachrichtigung der Empfänger zu erleichtern, wurde am 13. April 1993 den zuständigen Institutionen eine sorgfältige Dokumentation einschließlich der Chargenbezeichnung des Präparates bei der Verabreichung von Blutprodukten in den

(Staatsminister Dr. Glück)

Krankenakten dringend empfohlen. Die Bayerische Krankenhausgesellschaft hat zugesichert, ihren Einfluß im Sinne einer geordneten Dokumentation bei den bayerischen Krankenhäusern geltend zu machen.

Weitergehende Maßnahmen werden im Sozialministerium zur Zeit geprüft und, soweit der Bund zuständig ist, in der Arbeitsgemeinschaft der leitenden Medizinern und in der Gesundheitsministerkonferenz eingebracht werden, nämlich:

Erstens. Anordnung eines Quarantänezeitraums bei Blutplasma auf vier bis sechs Monate durch das Institut für Arzneimittel des Bundesgesundheitsamtes, um auch spätere Serokonversionen zu erfassen. Quarantäne bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die Blutspende erst freigegeben wird, wenn der Spender nach diesem Zeitraum eine HIV-negative Spende abgegeben hat. Wegen der geringen Haltbarkeit von Blutkonserven – maximal 6 bis 8 Wochen – ist eine Quarantänelagerung in diesem Fall leider nicht praktikabel.

Zweitens. Festlegung standardisierter, sicherer Inaktivierungsverfahren für weiterverarbeitete Plasmaprodukte durch das Institut für Arzneimittel.

Drittens. Prüfung, ob die Zulassung der herkömmlich hergestellten Faktor-VIII-Präparate – Stichwort Blutgerinnungspräparate – aufgrund der veränderten Nutzen-Risiko-Abwägung einzuschränken oder zu widerrufen ist, sobald die Gesamtversorgung allein durch gentechnologisch hergestellte Faktor-VIII-Präparate sichergestellt ist. Hier gilt es, die Herstellungs- und Genehmigungsverfahren gentechnologisch hergestellter Arzneimittel politisch zu unterstützen und ideologisch bedingte Vorbehalte zurückzustellen. Es geht nicht an, gentechnologisch hergestellte Produkte wie zum Beispiel Insulin wie selbstverständlich anzuwenden und gleichzeitig gegen die hierzu notwendigen gentechnischen Produktionsanlagen lautstark vorzugehen.

Viertens. Empfehlung des P-24-Antigentests – Nachweis eines Virusbestandteils –, der das diagnostische Fenster um ein bis zwei Wochen verkleinern kann. Allerdings hat das Expertengespräch vom Mittwoch ergeben, daß dieser Test die Sicherheit nicht wesentlich erhöht.

Fünftens. Aufnahme eines Drogensuchtests in das Spenderuntersuchungsprogramm bei entsprechendem Verdacht.

Sechstens. Weitere Verbreitung der Eigenblutspende. Bei über 200 bayerischen Kliniken ist eine Eigenblutspende derzeit bereits möglich; weitere 48 Krankenhäuser beabsichtigen, diese Möglichkeit anzubieten. Der Einsatz von Eigenblut-Transfusionen ist in zirka 20 bis 30 Prozent aller Operationen möglich, und zwar dann, wenn eine Operation vorausgeplant werden kann.

Siebtens. Festlegung von Standards für Importplasma, zum Beispiel bestimmte Inaktivierungs- und Testverfahren, nachdem heute noch 60 Prozent des

Bedarfs an Blutplasma durch Importe gedeckt werden müssen. Die Qualität muß Inlandsprodukten entsprechen.

Achtens. Verbesserung und Aktivierung der Überwachungsinstrumente. Die Herstellerfirmen werden derzeit von den Regierungen überprüft. Jeder Hersteller und Blutspendedienst wird durchschnittlich im Zweijahres-Rhythmus besucht. Kürzere und effektivere Kontrollen müssen erreicht werden. Dabei wird auch zu prüfen sein, ob eine Zentralisierung auf eine oder zwei Regierungen Synergieeffekte erbringt. Außerdem werde ich – wie bereits dargelegt – ein Spezialistenteam bilden, das aus einem für die Überwachung besonders qualifizierten Arzt und einem Apotheker besteht und – wie schon erwähnt – auch überraschende Besuche vornimmt.

Neuntens. Verbesserung der Dokumentation. Wir haben heute durch die Datenverarbeitung die Möglichkeit, Blut und Blutprodukte und alle damit zusammenhängenden relevanten Daten vom Spender über den Verarbeiter bis zum Anwender auf Knopfdruck zu verfolgen. Ich sehe im konsequenten Einsatz dieses Mittels die Möglichkeit einer nahezu lückenlosen und schnellen Dokumentation und auch ein Instrument der Kontrolle und damit der Sicherheit der Blutspende. Das setzt allerdings voraus, daß hier alle Länder und der Bund mitziehen. Im übrigen könnte man mit Hilfe dieser Dokumentation auch feststellen, wo beispielsweise die 500 Liter Blut aus Rumänien verblieben sind – dies ist eine Schlagzeile von heute. Man erlebt immer wieder die unangenehmsten Überraschungen.

Zehntens. Verbesserung des im Arzneimittelgesetz vorgesehenen Stufenplanverfahrens, zum Beispiel durch eine niedrigere Meldeschwelle zur Abwehr von Arzneimittelrisiken.

Elfens. Verpflichtung der Anwender und Hersteller, jeden Verdachtsfall von Serokonversion nach Anwendung von Arzneimitteln sofort zu melden.

Zwölftens – besonders wichtig: Erhöhung der Spendermotivation. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in der Bundesrepublik Deutschland Spitze beim Verbrauch von Blut, warum aber nicht Spitze beim Blutspenden?

Dreizehtens und damit auch letztens: Auch eine staatliche Chargenfreigabe wird zu prüfen sein. Dies würde bedeuten, daß jede Charge von einer staatlichen Behörde gesondert überprüft und freigegeben werden müßte. Festzuhalten ist aber, daß eine solche Prüfung keineswegs dazu führen darf, die Hersteller aus ihrer Eigenverantwortung zu entlassen.

In diesem Zusammenhang muß auch die Entschädigungsfrage von durch Blut und Blutprodukte HIV-infizierten angesprochen werden. Bundesweit ist von 2300 betroffenen Menschen auszugehen. Zu den in Bayern lebenden 200 infizierten Blutern kommen weitere 50 Personen, die sich durch Blut oder Blutprodukte infiziert haben. Insgesamt sind nach derzeitigem Stand auf diese Weise 92 an Aids erkrankt, davon 69 Bluter.

(Staatsminister Dr. Glück)

Bei der Hälfte der Infizierten bricht die Krankheit nach zirka 10 Jahren aus; die Lebenserwartung von erkrankten Menschen liegt bei zirka 18 Monaten. Schon jetzt sind viele gestorben, ohne oder auch nur geringe finanzielle Hilfen erhalten zu haben.

Bund und Länder haben sich grundsätzlich geeinigt, aus humanitären Gründen einen Hilfsfonds zu bilden. Eingesetzt werden sollen 10 Millionen DM. Der Bund wird 2 Millionen DM einbringen, die Länder 3 Millionen DM, aufgeschlüsselt nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel. Das bedeutet für Bayern eine Beteiligung in Höhe von 400 000 bis 500 000 DM.

Aus diesem Topf sollen Aids-Erkrankte, die über Blut und Blutprodukte infiziert worden sind, einen monatlichen Betrag von bis zu 1500 DM erhalten. Die pharmazeutische Industrie und die Versicherungswirtschaft müssen sich ihrer Verantwortung endlich auch bewußt werden und sich ebenfalls an diesem Hilfsfonds beteiligen.

(Beifall bei der CSU)

Die namentliche Meldepflicht von HIV-Infizierten führt nicht zur Verbesserung der Sicherheit von Blut und Blutprodukten. Jede Blutspende ist auf eine Infektion zu überprüfen. Eine namentliche Meldepflicht würde dies nicht entbehrlich machen, allerdings könnten namentlich erfaßte spendenwillige, aber HIV-infizierte Menschen von vornherein von einer Spende ausgeschlossen werden.

Eine namentliche Meldepflicht hätte auch den Vorteil, daß ich die Fragen der Fraktion der GRÜNEN nach den Aids-Infektionen in den einzelnen Regierungsbezirken und Landkreisen samt den jeweiligen Steigerungsraten seit 1990 exakt beantworten könnte. Ich kann dies nicht tun, weil diese Meldepflicht nicht besteht. Insofern gehen diese Fragen an meinen Möglichkeiten vorbei.

Im übrigen sieht sich die Bayerische Staatsregierung in ihren Grundpositionen zur Bekämpfung der Krankheit Aids erneut bestätigt, weil sie die gedankliche Auseinandersetzung von Anfang an sehr viel intensiver als andere geführt hat und die Aspekte der Sicherheit vor Ansteckung mit in den Vordergrund gerückt hat. Steckte, meine Damen und Herren, nicht in der Tatsache, daß heute ganz selbstverständlich von jeder, der in den letzten Wochen Blutpräparate aus Koblenz erhalten hat, erwartet wird, daß er sich testen läßt, während dies seinerzeit von den sogenannten Risikogruppen nicht verlangt wurde, ein Stück Unehrllichkeit?

(Beifall bei der CSU)

Der Deutsche Bundestag hat einen Untersuchungsausschuß eingerichtet – übrigens einstimmig bei nur einer Enthaltung –, der alle im Zusammenhang mit der Sicherheit von Blut und Blutprodukten stehenden Fragen einschließlich der Aufklärung der Ereignisse in der Vergangenheit untersuchen soll. Vorsitzender soll Kollege Gerhard Scheu von der CSU sein – ein Mann, der für seine akribische Arbeitsweise bekannt

ist und, glaube ich, gerade der richtige Vorsitzende für solch einen Untersuchungsausschuß ist. Die Staatsregierung verfolgt mit Interesse die Arbeit auch dieses Ausschusses und erwartet hiervon weitere Aufschlüsse, die auch wir selbstverständlich umsetzen wollen.

Wie immer, meine Damen und Herren, wenn Fehler und Defizite aufgedeckt werden, erscheint der Ruf nach dem Staat, der selbst die Verantwortung von der Spende bis zur medizinischen Anwendung übernehmen soll. Das Beispiel des schrecklichen Aids-Skandals in Frankreich zeigt, wie falsch dieser Ruf sein kann. Dort versagte nicht die Privatwirtschaft, sondern die zentralistische staatliche Organisation.

(Abg. Diethel: Richtig!)

Richtig, meine Kolleginnen und Kollegen, sind allein differenziertere Lösungen, Transparenz aller Abläufe und effiziente Kontrollen. Hier ist der Staat gefordert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte das Hohe Haus um Mithilfe bei der Bewältigung der anstehenden Probleme.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Ich danke Ihnen, Herr Staatsminister, und rufe nun die zu diesem Thema eingereichten Dringlichkeitsanträge auf, nämlich:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Schmid Albert, Haas und Fraktion SPD betreffend Aufarbeitung des HIV-Skandals in Bayern (Drucksache 12/13241)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück Alois, Kobler, Fischer Anneliese und anderer und Fraktion CSU betreffend Sofortmaßnahmen zur Sicherheit von Blut und Blutprodukten (Drucksache 12/13242)

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat das Ende der heutigen Sitzung auf 13 Uhr festgelegt.

(Abg. Diethel: So ist es!)

Die Fraktionen haben sich allerdings darauf geeinigt, daß die beiden Anträge sehr kurz begründet werden sollen. Ich darf Herrn Kollegen Müller das Wort erteilen.

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedauere es, daß wir aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht intensiver zu diesem Thema Stellung nehmen können. Ich will mich aber an die Absprache halten.

Allerdings will ich nicht nur zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD etwas sagen, sondern ich muß auch etwas zu den Ausführungen des Herrn Staatsministers sagen. Herr Staatsminister, die von Ihnen erbetene Hilfe zur Bewältigung dieser Frage werden Sie von uns bekommen. Ich habe Ihnen das bereits zugesichert, und wir stehen dazu.

Wir haben auch dankbar registriert, daß Sie versucht haben, zumindest im großen und ganzen zu vermei-

(Müller Karl Heinz [SPD])

den, parteipolitische Auseinandersetzungen zu provozieren. Es wäre nicht nötig gewesen, auf Herrn Galle zu verweisen, Herr Staatsminister. Ich darf Sie in aller Höflichkeit daran erinnern, daß Sie es waren, die am Anfang versuchten, den Herrn Galle politisch zur Rechenschaft zu ziehen und damit eine parteipolitische Dimension in diese Diskussion zu bringen.

Wir werden im Sozialpolitischen Ausschuß Gelegenheit haben, zu anderen Positionen, die Sie eingenommen haben, insbesondere zu Ihrem Anpreisen der bayerischen Aids-Linie, Stellung zu nehmen. Sie hat ebenfalls nicht verhindert, daß es zu diesem Skandal kam.

Meine Damen und Herren, auch wir müssen im Rahmen unserer Zuständigkeiten die Konsequenzen ziehen, das ist gar keine Frage. Es wäre fatal, wenn wir uns mit der Formel „schwarze Schafe gibt es überall“ oder „gegen Kriminelle ist letzten Endes niemand gefeit“ zurückziehen oder gar selbstzufrieden und selbstgerecht feststellen würden, daß der Kelch scheinbar an Bayern vorbeigegangen ist. Wir müssen uns darauf einstellen, daß in diesem Skandal noch mehrere Dinge an die Öffentlichkeit kommen, wenn ich nur an die jüngsten Tatenmeldungen denke, wonach 500 Chargen aus einer Sendung in Österreich verschwunden sind und vielleicht auf dem Markt herumgeistern – eine geradezu gespenstische Vorstellung.

Lassen Sie mich aber, wie gesagt, nur noch einige Sätze sagen. Es geht darum, Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren, um unserer Verpflichtung nachzukommen, tätig zu werden. Wir sind der Auffassung, daß das Arzneimittelgesetz revidiert werden muß. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, ob es nicht Importverbote für Blutersatzmittel aus ungeklärten Quellen geben müßte; denn wir meinen, daß die bisherigen Mittel nicht ausreichen.

Wir sind vor allen Dingen der Auffassung, daß die Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften verstärkt werden muß. Es ist ein Unterschied, ob eine Arzneimittelproduktion aus festgelegten Komponenten besteht oder ob Blutzubereitungen kontrolliert werden aus einem Stoff, der sich laufend ändert. Unserer Meinung nach reichen die routinemäßigen Kontrollen, die nach dem Arzneimittelgesetz alle zwei Jahre vorgesehen sind, für diese Art der Blutzubereitung nicht aus. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, ob die Regierungen, die dafür in Bayern zuständig sind, optimal ausgestattet sind. Wir meinen, das ist nicht der Fall. Im übrigen wäre darüber zu diskutieren, ob das Blutspendensystem nicht geändert werden muß, ob nicht eine Spenderdatenbank aufgebaut werden muß.

Trotz Ihrer Mahnung zum Schluß, Herr Staatsminister, zur staatlichen Verantwortung möchte ich eines sagen: Es ist für uns keine Frage, daß die persönliche Zuverlässigkeit derjenigen, die Blutzubereitungen vornehmen, künftig viel, viel stärker in den Vordergrund gerückt werden muß. Der Sachkundenachweis, der jetzt im Vordergrund steht, ist wichtig, gar keine Frage. Aber bei bestimmten Arzneimitteln muß

die persönliche Zuverlässigkeit absolut im Vordergrund stehen. Das ist jetzt nicht der Fall. Dort, wo Gewinnmaximierung nach wie vor das wesentliche Handlungsmotiv ist, werden wir es immer wieder erleben, daß überwiegende Rechtsgüter, wie Leben und Gesundheit, leider von skrupellosen Leuten in den Hintergrund gedrängt werden. Darum müssen wir vorurteilsfrei darüber diskutieren, wie wir dem energischer begegnen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Müller. Das Wort hat nun Herr Kollege Kobler.

Kobler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Thematik – das möchte ich ebenso darstellen wie Kollege Müller – verdient es eigentlich nicht – ich erweitere das –, vor dem verhältnismäßig schwach besetzten Plenum unter diesem Zeitdruck abgehandelt zu werden. Es sind ja nicht nur wegen dieses Skandals große Sorgen im Lande vorhanden, sondern es sind bereits 60 000 Menschen in diesem Land von Aids befallen, 10 000 erkrankt und ein großer Teil davon bereits verstorben. Das Thema Aids wird uns deswegen angesichts der gesamten Problematik auch in der nächsten Zeit weiterbeschäftigen müssen.

Diese Geißel hat durch den Skandal, den ich als eine Art krimineller Machenschaften bezeichnen möchte, eine neue Dimension erhalten. Ich möchte mich vor allem bei Staatsminister Dr. Gebhard Glück für die Maßnahmen herzlich bedanken, die seitens der Bayerischen Staatsregierung in der kurzen Zeit getroffen wurden. Man hat schnell, flexibel und wirksam gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen heute an dieser Stelle in keiner Weise nach Schuldigen suchen. Wir brauchen auch nicht eine parteipolitische Polarisierung herbeiführen, und wir brauchen auch keine parteipolitische Profilierung. Das alles ist nicht angebracht. Vielmehr muß ein Weg gefunden werden, wie in der Zukunft noch mehr Sicherheit geschaffen werden kann. Ich meine, die beiden Anträge, die dazu von unserer Fraktion und von der SPD eingebracht wurden, sind der beste Weg dahin. Darauf aufbauend muß versucht werden, die Quarantäneregelung, die Inhalt unseres Antrags ist, zu einem flexiblen und wirksamen Instrument zu machen.

Lassen Sie mich noch kurz zu dem angesprochenen Thema der Blutimporte Stellung nehmen. Ob ein Importverbot eingeführt werden soll oder nicht, möchte ich jetzt dahingestellt sein lassen. Zunächst einmal müssen wir uns stärker an die eigene Brust klopfen. Es kann doch nicht so weitergehen, daß wir in Deutschland mit unserer hochstehenden Medizintechnik mehr als die Hälfte des Blutplasmas aus dem Ausland einführen müssen, teilweise aus Entwicklungsländern. Wir müssen dem Thema Organspende – und auch Blutspende ist eine Organspende – einen anderen Stellenwert geben. Es kann nicht sein, daß

(Kobler [CSU])

wir in unserem hochentwickelten Industrieland auf das „Ersatzteillager Dritte Welt“ zurückgreifen.

(Beifall des Abg. Diethel und bei den GRÜNEN)

Es bedarf einer viel größeren Sensibilisierung der Bevölkerung dafür, daß, nachdem wir eine so hochstehende Medizintechnik haben – für Unfallverletzte, für Organtransplantationen usw. –, auch dafür die Mittel verstärkt aus dem eigenen Land, von den eigenen Bürgern bereitgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, daß wir dafür einfach auf das Ausland zurückgreifen. Bei dieser Bemerkung möchte ich es bereits belassen. Eine Eigenversorgung hätte auch den Erfolg, daß die großen Risiken ausgemerzt werden könnten, die durch Händlerketten, teilweise illegale, vorhanden sind. Das sollte ganz nüchtern und realistisch gesehen werden.

Des weiteren muß uns die Problematik der geschädigten Menschen beschäftigen. Es darf nicht sein, daß diese Menschen alleingelassen werden; wir brauchen für sie eine rasche Regelung. Bundesgesundheitsminister Seehofer hat sehr schnell gehandelt und einen bundesweiten Entschädigungsfonds oder einen Pool vorgeschlagen.

Ich möchte nochmals die Darstellung des Sozialministers Gebhard Glück unterstreichen, wonach es darum geht, auf jeden Fall die Pharmaindustrie und die Versicherungen einzubeziehen; sie sollen hier nicht außen vor gelassen werden. Natürlich muß auch die Politik hier ihren Beitrag leisten.

Wir müssen auch noch einen kleinen Rückblick machen. Mit der ganzen Aids-Politik, die seit Mitte der achtziger Jahre gelaufen ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, werden wir seitens der CSU einmal mehr darin bestätigt, daß wir damals verschiedene Vorsorgemaßnahmen eingeführt haben. Ich erinnere an die Anträge aus dem Jahre 1987, Spenderblut zu prüfen. Darüber wurden wir teilweise ein wenig belächelt. Aber wir waren mit den Anträgen bereits auf dem richtigen Weg.

(Abg. Dr. Albert Schmid [Regensburg]:
Sie haben nur fünf Minuten Redezeit!)

Ich bin nun gehalten, auf die Zeit zu sehen und zum Schluß zu kommen. Wir werden sicher in den Ausschüssen, zum Beispiel im Sozial- und Gesundheitsausschuß, noch mehr Möglichkeiten haben, das Thema zu vertiefen und nach Auswegen zu suchen. Heute sollte nur ein Signal an die Betroffenen gegeben werden, damit sie wissen, daß wir sie, die sich infiziert haben, von der politischen Seite mir ihrem Leid nicht alleinlassen, daß wir das Menschliche sehen und auch mit Geld helfen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Zu einer kurzen Stellungnahme gebe ich nun Frau Scheel und danach Herrn Prof. Doeblin das Wort.

Frau Scheel (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, daß jetzt auch aus den Reihen der CSU Stimmen lautwerden, die das „Ersatzteillager Dritte Welt“ ansprechen bzw. in Frage stellen, warum die Bundesrepublik Deutschland auf der ganzen Welt die meisten Blutkonserven verbraucht. Denn wir sind seit Jahren daran, an diesem Thema zu arbeiten, und haben diese Fragen aufgeworfen. Aber sie sind bislang in dieser Form hier im Hause nicht diskutiert worden. Wie gesagt, deswegen bin ich sehr froh, daß jetzt auch Sie bereit sind, diese Diskussion zu führen.

Bei diesem Blutskandal haben wir es mit Fahrlässigkeit, mit einer großen Schlamperei, mit Gewinnsucht und gerade in diesem Bereich mit einer ungeheuren kriminellen Geschäftemacherei zu tun.

In diesem Bereich wird zum zweiten aber auch deutlich, daß wir eine Gesetzeslage und eine Kontrollpraxis haben, die – ich sage es einmal flapsig – löchriger ist als ein Schweizer Käse.

Staatsanwälte in Koblenz stellen jetzt verständnislos und kopfschüttelnd fest, daß die Prüfungs- und Kontrollmechanismen der Aufsichtsbehörden nicht gerade effektiv sind und daß auch Gummiparagrafen, die wir auf Bundesebene leider haben – immer noch haben –, die Geschäftemacherei gerade mit Blutkonserven regelrecht unterstützen.

Wir GRÜNEN fordern, daß das Arzneimittelgesetz novelliert und parallel ein nationaler Hilfsfonds aufgebaut wird. Ich denke, daß wir es nicht bei einem reinen Appell belassen dürfen, indem wir einfach sagen: Liebe Pharmaindustrie, zahle doch bitte in diesen Fonds mit ein. Vielmehr müssen ganz klare Vorgaben von Seiten der Politik gemacht werden. In der Diskussion war einmal ein sogenanntes Stiftungsvermögen, das zum Großteil aus Mitteln der Pharmaindustrie sowie des Deutschen Roten Kreuzes zu bestücken ist. Auch die Haftpflichtversicherer einschließlich der Rückversicherung und der Bundeshaushalt dürfen nicht ausgenommen werden; das ist keine Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Handlungsauftrag an den Gesetzgeber zur Reformierung des Arzneimittelgesetzes ist relativ klar. Aber angesichts dessen, wie die Diskussion derzeit läuft, befürchte ich, daß in diesem Bereich zur Sicherheit der Patienten, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit Aids, sondern auch im Zusammenhang mit anderen Krankheitserregern, an denen täglich Menschen in diesem Land sterben – das darf man in der Diskussion, die hier geführt wird, nicht vergessen –, ein Gesetzgebungsverfahren notwendig ist, welches es ermöglicht, beispielsweise auch die Gefährdungshaftung einzuführen und Haftungshöchstbeträge zu erhöhen und zu dynamisieren. Das ist ein Punkt, der uns sehr am Herzen liegt. Denn nur wenn die Gefährdungshaftung eingeführt wird, werden bestimmte Unternehmen gewissenhafter arbeiten, als sie es bisher getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Frau Scheel [DIE GRÜNEN])

Ein weiterer Aspekt ist die Beschaffung des Blutes. Es dürfte wirklich klar sein, daß ein höheres Risiko bei der Verarbeitung von Blut von unerkannt bleibenden infizierten Spendern vorliegt. Herr Minister Glück hat hier das diagnostische Fenster angesprochen. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht wirklich aus Solidarität mit den armen Ländern einen Importstopp für Plasmaausgangsmaterial schaffen, wie es zum Beispiel in den Niederlanden, England und der Schweiz bereits gang und gäbe ist.

Zum Schluß: Es ist dringend notwendig, hier sofortige Maßnahmen zu ergreifen – vor allen Dingen auf Gesetzgebungsebene –, damit den Firmen und Organisationen, die mit Blut Geschäfte machen, auf die Finger geschaut werden kann.

Es ist aber gleichzeitig notwendig, etwas für die Opfer zu tun, und zwar für die Opfer in allen möglichen Bereichen, nicht nur in diesem Bereich. Es ist vor allem auch notwendig, Sicherheitsauflagen zu erlassen, die den Sicherheits- bzw. Kontrollbehörden Maßnahmen an die Hand geben, damit sie wirklich effektiv arbeiten und kontrollieren können.

Es darf nicht unter dem Strich – das passiert leider sehr oft – ein Bückling vor der Pharmaindustrie gemacht werden. Denn Sie wissen, die Nähe und die Liebe des Bundesgesundheitsamts zur Pharmaindustrie, wie dies jahrelang der Fall war, wird nicht erst heute als Sumpf im Zusammenhang mit Korruption im Aids-Skandal beschrieben, sondern auch im Zusammenhang mit der Zulassung von Medikamenten und mit der Praxis, die das Bundesgesundheitsamt in den letzten Jahren gerade in diesem Bereich an den Tag gelegt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Vorndran: Das Wort hat Herr Prof. Doeblin.

Prof. Dr. Doeblin (FDP): Der fortgeschrittenen Zeit sowie den Wünschen des Präsidenten und von uns allen folgend, fasse ich mich jetzt sehr kurz.

Meine Damen und Herren! Es liegt eine ungeheure Tragik darin, daß die Empfänger von Blutspenden im Vertrauen auf die Unbedenklichkeit der ihnen verabreichten Blutkonserven nun in einigen Fällen entsetzt feststellen müssen, daß das Vertrauen eben nicht gerechtfertigt war. Es gab kriminelle Handlungen auf seiten der Hersteller. Auf der anderen Seite waren die Kontrollen der Hersteller und die Kontrollen der Blutkonserven offensichtlich nicht ausreichend.

Wir unterstützen nachdrücklich die Forderung, daß die Kontrollen entschieden verstärkt werden. Gerade diese kriminellen Handlungen einiger Hersteller zeigen, daß diese Kontrollen notwendig sind.

Wir fordern weiter, daß ein Entschädigungspool als eine Art Mindestgeste gegenüber denen, die hier geschädigt wurden, eingerichtet wird.

Meine Damen und Herren, im Grunde muß man sich fragen: Warum führt man diese Diskussion erst

heute? All das ist seit vielen Jahren bekannt. Herr Minister, Sie sprechen davon, daß einer der Schritte, die jetzt ergriffen werden, die Verbesserung der Dokumentation durch die Datenverarbeitung sei. Dadurch habe man die Möglichkeit, Blut und Blutprodukte und alle damit zusammenhängenden relevanten Daten vom Spender bis zum Anwender auf Knopfdruck zu verfolgen. – Das tut man in Amerika seit Jahren. Dort ist bei den Herstellern der Blutprodukte sozusagen für jede einzelne Probe bekannt, von wem sie kommt und wer sie im Krankenhaus nachher bekommen hat. Das ist durch EDV festgehalten und per Knopfdruck wieder zu erfassen.

Ich habe mir einmal die Reaktionen angeschaut, die man so hört. Es wird gefragt: Wo sind denn die einzelnen Blutprodukte hingegangen? Darauf wird gesagt: Das müssen wir erst überprüfen; das wird lange dauern; da muß man in den Krankenhäusern auf die Speicher gehen und in den alten Akten nachschauen, wer was bekommen hat. – Meine Damen und Herren, ohne Not arbeitet man in unseren Krankenhäusern offensichtlich immer noch mit veralteten Informationssystemen. Es ist bedauerlich, daß man erst heute auf das stößt, was man seit vielen Jahren hätte tun können, nämlich eine EDV-mäßige Verarbeitung durchzuführen.

Wie ich angekündigt habe, werden wir auch im Ausschuß hierzu Stellung nehmen. Ich belasse es daher jetzt bei dieser Erklärung.

Präsident Dr. Vorndran: Meine Damen und Herren, die Aussprache ist damit geschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, die Dringlichkeitsanträge erstens dem Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, zweitens dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, drittens dem Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis.

Die restlichen zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge überweise ich ebenfalls an die Ausschüsse.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich kurz an ein historisches Datum erinnern, dem in diesen Tagen mehrere Veranstaltungen gewidmet sind.

An diesem Wochenende vor 75 Jahren, am 8. November 1918, ist in Bayern die mehr als 700jährige Herrschaft der Wittelsbacher zu Ende gegangen. Das Königreich Bayern wurde in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 Freistaat und somit Republik. Seitdem ist – mit Ausnahme der zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur – das Volk oberster Souverän, repräsentiert durch den frei gewählten Landtag.

Die Ereignisse im November 1918 haben die damalige Regierung und große Teile des Bürgertums zwar überrascht, aber sie kamen nach dem Wort des bekannten bayerischen Historikers Karl Bosl dennoch „nicht über Nacht“. Schon Monate vorher hatte die bevorstehende militärische Niederlage den Nährboden dafür bereitet. Im Heer und in der Zivilbevölkerung waren die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Im Zusammenhang damit schwand zusehends das

(Präsident Dr. Vorndran)

Ansehen der Monarchie, die die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im entscheidenden Augenblick nicht verteidigen wollte.

Vor diesem Hintergrund war es Kurt Eisner mit einer kleineren Gruppe von Gefolgsleuten möglich, am 8. November 1918 den „Freistaat Bayern“ auszurufen. Mit der Wahl zum Bayerischen Landtag am 12. Januar 1919 und mit der „Bamberger Verfassung“ vom 14. August 1919 wurde der Weg zu einer parlamentarischen Demokratie eingeschlagen, auch wenn er anfänglich blutig gebahnt werden mußte.

In den beiden jüngsten bayerischen Verfassungen von 1919 und von 1946 steht jeweils als erster Satz: Bayern ist ein Freistaat. Vor 75 Jahren war Bayern der erste Freistaat. Ihm folgten bald darauf Sachsen und Thüringen, die beide nach einer zwangsweisen Unter-

brechung von fast 60 Jahren heute wieder den Namen Freistaat tragen.

Auch wenn mit diesem Begriff keine rechtliche Sonderstellung verbunden ist, steht er doch für eine programmatische Idee. Darin spiegeln sich unsere demokratische Tradition und die bayerische Eigenstaatlichkeit wie in einem Brennspiegel wider. Das 75jährige Bestehen des Namens „Freistaat“ ist für uns ein Appell, uns mit allen Kräften für die Erhaltung und Ausgestaltung unseres Freistaates Bayern einzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 13.03 Uhr)